

Thema

FREI UND WILLIG?Freiwilligendienste
im In- und Ausland

Blickpunkt

Café zivil beim
Kirchentag
in Stuttgart

Eine Welt

**Land ohne
Armee:
Costa Rica**

Portrait

**Georg
Schramm****Regionalteile für Zivis
in Baden-Württemberg,
Kurhessen-Waldeck
und Bayern**

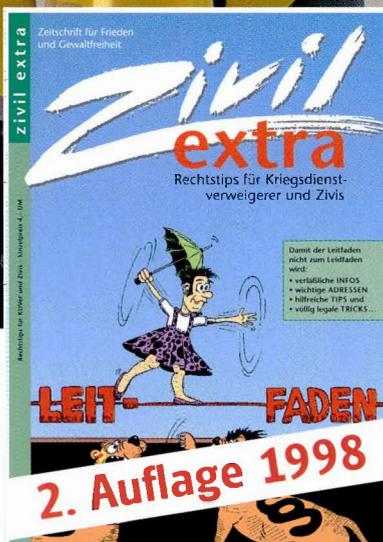
Lieber...

zivil

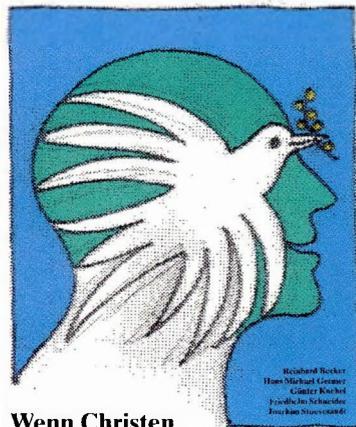


Noch mehr
Infos im
Doppelpack

... als
uni-
informiert!



... auf dem Weg zum Frieden!



Wenn Christen
den Kriegsdienst verweigern...

Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten **zivil**, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschickt. Die Abo-Kosten werden von der Evangelischen Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Bitte ausschneiden und senden an:

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
Vertrieb **zivil**, Postfach 500550, 60394 Frankfurt

Hiermit bestelle ich **zivil** ab Nr. ___ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet 16,- DM (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes gekündigt habe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Datum, 1. Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim **zivil**-Vertrieb (Adresse siehe oben) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

Das Sonderheft **zivil-extra** – ein Muß für Zivilis und alle, die es werden wollen!

Endlich gibt es sämtliche wichtigen Infos in einem Heft:

- Was ist neu bei der Musterung?
- Wie läuft das Anerkennungsverfahren?
- Woran erkenne ich eine gute Zivildienststelle?
- Was heißt das, »Heimschläfer«, »Sonderurlaub«, »Leitfaden«, »Rüstzeiten«...?
- Wer hilft mir, wenn's Probleme im Zivildienst gibt?

Auf 48 Seiten jede Menge Tips und alle wichtigen Adressen für nur 4,- + 1,50 DM Porto in Briefmarken (ab 5 Exemplare gegen Rechnung).

Nachdenkliches und Wissenswertes über Krieg und Frieden, über Gewalt und Gewissen, über Kriegsdienstverweigerung und ihre christlichen Wurzeln ... bietet auf 66 Seiten die Broschüre »Wenn Christen den Kriegsdienst verweigern«.

Bei uns nur im Doppelpack zusammen mit **zivil-extra** zu bestellen für ganze 6,- DM (plus 1,50 DM Porto, ab 5 Doppelpacks gegen Rechnung).

Stuttgart, den 8. Mai 1999

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Krieg im Kosovo, der bis Redaktionsschluß ungebrochen tobte, ist menschlich betrachtet eine Tragödie, und das vor allem für die bislang unbekannte Zahl der unschuldigen Opfer, für jene Menschen, die ein Leben in Frieden wollten und sich nicht am Haß und an der Gewalt beteiligt haben.

Der Kosovo-Krieg ist aber auch politisch gesehen eine Katastrophe – und als solche wirkt er bis zu uns – weil mit den Bomben auf Belgrad und mit deutscher Hilfe Krieg als Mittel der Politik nach Europa zurückgekehrt ist. Und diese Wiederkehr des Krieges ist in keiner Weise von einer breiten öffentlichen Diskussion oder gar einem gemeinsamen Willen der Bevölkerung getragen. Stattdessen scheint es zu einer Art Aufgabenteilung zu kommen: Während die große Politik die Kriegführung rhetorisch und materiell unterstützt, ist der kleine Mann, die kleine Frau für Hilfsaktionen zugunsten der geschundenen Flüchtlinge zuständig, ihre Meinung zum Krieg ist nicht gefragt. Man muß darauf bestehen: Eine breite öffentliche Debatte über derart schwerwiegende Fragen wie Kriegseinsätze in Gang zu bringen, ist eine der wichtigsten Aufgaben demokratischer Politik. Aber schon die alte Regierung unter Kohl ist dieser Debatte aus dem Weg gegangen und hat lieber Fakten geschaffen; die neue Regierung tut es ihr nach. So bewahrheitet sich einmal mehr:

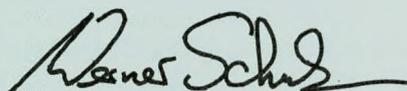
Wer dem Krieg den kleinen Finger reicht, dem nimmt er die ganze Hand, früher oder später. Der kleine Finger, das war für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg die Wiederbewaffnung, 1955 von der Regierung Adenauer gegen den entschiedenen Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgedrückt. Dann kamen die Wehrpflicht und die NATO (1956), der Aufbau der Rüstungsindustrie, Abschreckung, Hochrüstung und die langen Jahre des Kalten Krieges, bis es schließlich, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, nur noch ein kleiner Schritt war: Sanitäter in Kambodscha, Hilfstrupps für die UNO in Somalia, Marineschiffe in der Adria, Hilfsflüge für Sarajevo, UNO-Einheiten nach Bosnien... und jetzt Jet-Piloten nach Jugoslawien.

Vom überzeugten »Nie wieder Krieg!« zum halblauten »Nennen wir es mal Krieg...« (Scharping) – die Atempause dauert noch nicht einmal ein Menschenleben lang.

Der Krieg hat wieder deutsche Soldaten. Deutsche Waffen hat er schon lange. Weltweit und massenhaft. Und deshalb stimmt es natürlich nicht, daß wir gegenwärtig – wie es überall heißt – eine »historische Zäsur« erleben, daß Deutschland mit dem NATO-Kontingent zum ersten Mal seit '45 wieder direkt an einem Krieg beteiligt sei.

Eine wirkliche historische Zäsur wäre es dagegen, wenn zivile Konfliktbearbeitung erstmals den Vorrang vor militärischen Anstrengungen erhalten würde; wenn deutsche Sicherheitspolitik hieße, konsequent den Aufbau und Einsatz eines Zivilen Friedensdienstes zu betreiben, wie es kürzlich etwa auch der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Manfred Kock, forderte: »Wir dürfen es in Europa nicht soweit kommen lassen, daß der Griff zu militärischen Mitteln künftig zum Regelfall bei der Konfliktlösung wird. Wir brauchen mehr Menschen, die gewaltfreie Methoden der Vermittlung und des Interessenausgleichs in Krisensituationen beherrschen. Die Gewalt muß ein Ende haben.«

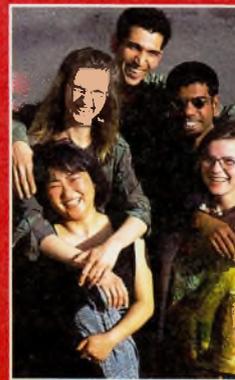
Herzlich Ihr/Euer




Fundsachen/Info	4
KDV international	6
Impressum	7
Blickpunkt Kirchentag	8
Café zivil - volles Programm!	8
Auf nach Stuttgart! – Tips für Touris von A-Z	10
Der Krieg im Kosovo	12
Aktion	14
Konfliktlotsen in einer Berliner Grundschule	



zivil Thema: FREI UND WILLIG?	15
Freiwillige Friedensdienste im Ausland	16
Das Freiwillige Soziale Jahr	19
»Natürlich zwanglos« – Ein Tag im Freiwilligen Ökologischen Jahr	20
Freiwillige Dienste – die Alternative zur Wehrpflicht?	22
Freiwilligen-Agenturen	24
Das geplante Freiwilligen-Gesetz	25
Freiwillig verPFLICHTet – Alternativen zum Zivildienst	25



Buchtipp	27
Schwert in Frauenhand – ein Tabubruch	
Portrait	28
Der Kabarettist Georg Schramm	
Preisrätsel	29
Graffiti	30
Eine Welt	32
Costa Rica - Land ohne Arme	
Recht	34
Ist die Wehrpflicht verfassungswidrig?	
Zivildienst aktuell	35
Briefe	37
Berufsperspektiven	38
Diakon/Diakonie	
Rüstzeiten	40
Gedanken	43
Von Yehudi Menuhin	
Galerie	44
»Dandimarch«, Mahatma Gandhis Salzmarsch	



Titelfoto: Bavaria Bildagentur/Montage zivil

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo. Wer darüber hinaus über Chancen und Hindernisse einer »Kultur des Friedens« auf dem laufenden bleiben will, kann die Hefte zum zivilen Preis von 16,- DM jährlich abonnieren.

Der Bestellabschnitt für AbsolventInnen eines Freiwilligen Sozialen Jahres, KDVer, Krankenschwestern, LehrerInnen, MitarbeiterInnen in Kirche und Diakonie, SozialpädagogInnen künftige oder ehemalige Zivis und andere friedensbewegte Menschen befindet sich auf Seite 2.

zivil wird gedruckt auf 100 % Altpapier, chlorfrei recycelt!

Ferien und Urlaub bei RTL2.

Eine kleine Themenauswahl aus den RTL 2-Sendungen der Monate August und September '98:

»Sex im wilden Westen – Wie Amerika seine Unschuld verliert«, »Sitzen, schwitzen, saufen – Mit dem Bus nach Lloret de Mar«, »Heiße Inseln im Ouzo-Rausch – Sonnige Ferien in Griechenland«, »Vollrausch, Strips und heiße Nächte – Sommerfeste in Deutschland«, »Gauener, Trickser, Straßenräuber – Abzocke im Urlaub«, »Oberbayern olé – Mallorca wir kommen!«, »Partys, Promis und Paella – Traumurlaub auf Ibiza«, »FKK und Dosenbier – Camping-Kult in Deutschland«, »Sexy-Land Germany«, »Das nackte Deutschland – Strandreport '98«, »Liebe unterm Eiffelturm – Erotische Nächte in Paris«, »Die heiße Schiene nach Paris – Von Schlafwagen-schaffnern und Sexreportern.«

Aus: *Tourism Watch* 1/99

Kriegsdienstverweigerung:

Wehrersatzamt sucht Bewerber

Aus „Stamberger Neueste Nachrichten“

»Hohlspiegel«, 13/99

»Ja zur Integration der CDU – Gegen die doppelte Staatshörigkeit«

Titel einer nachgemachten Unterschriftenliste dreier Schüler aus Welzheim/Baden-Württemberg, die gegen die CDU-Kampagne auf die Straße gingen und prompt 90 Unterschriften von Menschen bekamen, die offenbar alles unterschreiben, was irgendwie so aussieht, als könnte es gegen Ausländer sein.

Lebende Austern

»Solange man nicht weiß, was sie empfinden, wenn sie lebend verspeist werden, darf man es eigentlich auch nicht tun.«

Der niederländische Tierschutzbund in einer Kampagne gegen den Verzehr lebender Austern.

»Friedenszusatzausstattung«: Unterhose, weiß

»(1) Der Verzicht auf die Bereitstellung bestimmter Teile der Friedenszusatzausstattung ist zu Beginn des Grundwehrdienstes schriftlich zu erklären. Er ist unwiderruflich, wirkt für die gesamte Dauer der Dienstzeit und begründet einen Anspruch auf die einmalige Entschädigung von 50 DM.

(2) Bei Verzicht nach Absatz 1 werden folgende Teile der Friedenszusatzausstattung – entsprechend dem jeweiligen Ausstattungssoll – nicht mehr unentgeltlich bereitgestellt: Unterhemd, weiß, ärmellos; Unterhemd, weiß, kurzer Arm; Slip, weiß; Schlafanzug, Jacke, Männer; Schlafanzug, Hose, Männer.«

Aus der »Allgemeinen Verwaltungsvorschrift (VwV) zu § 5 des Wehrsoldgesetzes (WSG) vom 22. Januar 1997«, Ergänzung vom 1. Juli 1998

»Lügen für den guten Zweck«

Überschrift im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt für einen Artikel über Zivis und ihre Motivation.

Abschreckung

»Der ohne Not geforderte Untersuchungsausschuß zum angeblichen Rechtsradikalismus in der Bundeswehr hat viele junge Menschen vom Dienst in den Streitkräften abgeschreckt.«

CDU-MdB Paul Breuer über die hohe Zahl der Kriegsdienstverweigerer



Delikatessengeschäft in der Genfer Altstadt, gesehen von Ex-Zivi Tobias Oelsner

Verpflichtung 2000

für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit

Aufgrund des Appells aller FriedensnobelpreisträgerInnen hat die UNO-Vollversammlung im November 1998 eine Resolution verabschiedet, nach der die Jahre 2001 bis 2010 zur »Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit für die Kinder der Welt« erklärt werden. Die folgende »Verpflichtung 2000« konkretisiert dieses Anliegen, wurde bereits von mehreren FriedensnobelpreisträgerInnen unterzeichnet und soll von möglichst vielen Menschen als persönlicher Beitrag unterschrieben werden.

In Anerkennung meines Anteils an der Verantwortung für die Zukunft der Menschheit, besonders für die heutigen Kinder und die zukünftigen Generationen, verpflichte ich mich in meinem täglichen Leben, in meiner Familie, meiner Arbeit, meiner Gemeinde, meinem Land und meiner Region:

1. Das Leben und die Würde jeder Person ohne Diskriminierung oder Vorurteil zu respektieren;
2. Aktive Gewaltlosigkeit zu praktizieren, Gewalt in allen ihren Formen zurückzuweisen: physisch, sexuell, psychologisch, ökonomisch und sozial, besonders gegenüber den am meisten Entrechteten und Verwundeten, wie Kindern und Heranwachsenden;
3. Meine Zeit und materiellen Mittel zu teilen in einem Geist der Großzügigkeit, um Ausschließung, Ungerechtigkeit sowie politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung ein Ende zu bereiten;
4. Die Meinungsfreiheit und kulturelle Vielfalt zu verteidigen und immer Dialog und Zuhören den Vorzug gegenüber Fanatismus, Verleumdung und der Ablehnung anderer zu geben;
5. Verantwortliches Konsumverhalten zu unterstützen sowie Entwicklungspraktiken, die alle Formen des Lebens respektieren und die Balance der Natur auf diesem Planeten bewahren;
6. Mich an der Entwicklung meiner Gemeinschaft zu beteiligen, mit vollständiger Partizipation der Frauen und dem Respekt für demokratische Grundsätze, um gemeinsam neue Formen der Solidarität zu schaffen.

Als persönlichen Beitrag zu einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit werde ich:

 Datum Unterschrift

 Name, Vorname¹⁾

 Adresse²⁾: PLZ, Stadt

 Straße

 Land

 Alter Geschlecht (w) (m)

Bitte diesen Appell vervielfältigen und im eigenen Umfeld verbreiten und unterschrieben zurücksenden an:

Appell der Nobelpreisträger für die Kinder der Welt
 B. P. 20707
 F- 60207 Compiègne Cedex
 Fax: 0033-3 44 86 39 07
 e-mail: nobel.appeal.2000@wanadoo.fr

Wer mag, kann eine Kopie seiner Selbstverpflichtung an die zivil-Redaktion schicken (Adresse s. Impressum), wir werden die Selbstverpflichtungen in den nächsten Ausgaben veröffentlichen.

¹⁾ Ihr Name als Unterzeichner der »Verpflichtung 2000« wird auf der zu dieser Aktion gehörenden Internetseite erscheinen: www.unesco.org/manifesto2000. Alle für die »Verpflichtung 2000« gesammelten Unterschriften werden der Vollversammlung der Vereinten Nationen für das Jahrtausend im September 2000 übergeben werden.

²⁾ Ihre Adresse wird nicht an Dritte weitergegeben. Diese Information wird lediglich benötigt, um Ihre Unterschrift zu autorisieren und erlaubt es uns, Ihnen eine Bestätigung zu schicken.

Kurz und Knapp

■ Selbstverfasste Texte (Geschichten, Gebete, Gedichte ...) sucht das gemeinnützige »Forum Jugendarbeit« für eine geplante Veröffentlichung. Gefragt sind die Themenbereiche »Tageszeiten«, »Die Gruppe«, »Gott und ich« sowie die Schlagworte des Konziliaren Prozesses »Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung«. Kontakt: Forum Jugendarbeit e.V., Brückstraße 46, 44787 Bochum

■ Der Service Civil International (SCI) eröffnet die Saison mit seinem neuen Programm: In fast 60 Ländern und in über 600 Workcamps vermittelt der SCI junge Menschen, die mit einer internationalen Gruppe in einem gemeinnützigen Projekt arbeiten wollen. Sie können bei einer Stadtranderholung für Kinder in Glasgow mitarbeiten, eine Behinderteneinrichtung in Polen unterstützen, bei archäologischen Arbeiten in Portugal oder in Griechenland anpacken oder in New York AIDS-Infizierten bei ihren täglichen Verrichtungen helfen. Das Sommerprogramm 1999 ist beim SCI für fünf Mark in Briefmarken anzufordern: SCI, Blücherstraße 14, 53115 Bonn.



TeilnehmerInnen eines SCI-Workcamps

■ »Friedenspolitik neu gestalten« ist das Thema einer Tagung, mit der die Evangelische Akademie Baden eine Bilanz der neuen Bundespolitik ziehen möchte. 11.–13. Juni, Kosten für Zivis und Nichtverdiener: DM 87,50. Kontakt: Ev. Akademie Baden, Postfach 22 69, 76010 Karlsruhe.

■ Interessante Tagungen und Seminare zu den Themen Gewaltprävention, Gewaltfreies Handeln, Frauen und Männer ... bietet die Bildungs- und Begegnungsstätte »Kurve Wustrow« an. Das 1999er Programmheft kann bestellt werden bei: Kurve Wustrow, Kirchstraße 14, 29462 Wustrow.

■ Das »Kriseninterventionsteam gegen Gewalt unter Jugendlichen«, das die großen Jugendverbände in Berlin und Brandenburg zum Jahresbeginn gebildet haben, hat eine gebührenfreie Telefon-Hotline eingerichtet: 0800/660 33 02 oder 0177/660 33 02.

■ Eine Streitschrift mit dem Titel »Die neue NATO« hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie (Aquinostraße 7–11, 50670 Köln) herausgegeben. Der Untertitel der 32-seitigen A6-Broschüre lautet: »Modernisiertes Faustrecht – oder: Wie die reichen Länder den Rest der Welt militärisch unter Kontrolle halten wollen«. Preis: 2,- DM.

■ Einen europaweiten Jugendwettbewerb (16–25 Jahre) unter dem Motto »Halt' die Welt im Gleichgewicht« veranstaltet das Bundesumweltministerium. Es werden Projekte gesucht, die Wege zu einer verantwortungsbewußten Nutzung von Boden, Wasser, Luft und Rohstoffen aufzeigen und andere zur Nachahmung anregen. Die Teilnahmebedingungen sind zu finden im Internet unter www.bmu.de. Einsendeschluß ist der 15.8.99.

■ Eine Million Unterschriften gegen die Todesstrafe will die christliche Gemeinschaft Sant' Egidio bis zum Jahr 2000 weltweit sammeln. Derzeit wird die Todesstrafe nach Berichten der UN-Menschenrechtskommission noch in 87 Staaten vollzogen, in 42 Ländern bestehe die Höchststrafe noch, werde aber seit mehr als 10 Jahren nicht mehr vollstreckt, in 65 Staaten war die Todesstrafe Ende 1998 völlig abgeschafft, das waren 4 Staaten mehr als noch ein Jahr zuvor. Die Unterschriften der christlichen Kampagne sollen UN-Generalsekretär Kofi Anan übergeben werden. Kontakt: Sant' Egidio, Schönthalstraße 6, 97070 Würzburg.

■ »Konstruktive Konfliktbewältigung - Konflikt-diagnose und Konfliktmanagement«, so der Titel eines Workshops vom 15.–17.9. in der Ev. Akademie Bad Boll. Kontakt: Tel. 07164/79225

■ Ein Info-Wochenende für Interessierte an einem Freiwilligen-Einsatz im Ausland veranstaltet »Peace Brigades International« vom 12.–13.6. im schweizerischen Zofingen. Kontakt: PBI, Quellenstraße 31, CH 8005 Zürich.

■ Genau 172.024 KDV-Anträge wurden in Deutschland im vergangenen Jahr gestellt, darunter 2025 Anträge von Soldaten und 1099 von Reservisten.

■ Der »Friedensfilmpreis«, der alljährlich im Rahmen der Berlinale und unter der Schirmherrschaft der Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg, IPPNW, verliehen wird, ging in diesem Jahr an die junge türkische Filmemacherin Yesim Ustaoglu für ihren Film »Gunese Yolculuk« (Reise zur Sonne).

Oldtimer-Spendenaktion

Seit fünf Jahren verlost die Lebenshilfe Gießen e.V. Oldtimer zugunsten von Menschen mit geistiger Behinderung. Die Aktion ist eine kreative Idee, neue Geldquellen zu erschließen. Wer mindestens 10 Mark spendet, nimmt an der Verlosung von Oldtimern teil, die wiederum von betuchten Bürgern gespendet wurden. In diesem Jahr



Dauerausstellung zur Kriegsdienstverweigerung

In der Burg Schlaining in Österreich soll eine Ausstellung »Vom Kult der Gewalt zur Kultur des Friedens« entstehen, in der auch die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung ausführlich dargestellt werden soll. Die Organisatoren der Ausstellung bitten um Ideen und Angebote (Ausstellungsstücke – Texte, Bilder, Tonaufzeichnungen, Buttons, Aufkleber, Transparente, Fahnen, Stelltafeln, etc.), die mit dem Thema Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst zu tun haben. Nachricht bitte bis Ende Juni 1999 an Günter Knebel, Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, Tel: 0421/34 40 37

Der Film beschreibt die Freundschaft zwischen Menschen kurdischer und türkischer Abstammung. Kontakt: Friedensfilmpreis IPPNW, Ulla Gorges, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

■ Die Initiative »ReiterInnen für den Frieden« führt auch in diesem Jahr ihren traditionellen Friedensritt durch. Mit Pferden, Ponies, Kutschen und Fahrrädern soll es diesmal von Neuwied (Sitz des christl. Friedensdienstes EIRENE) über Koblenz zum Atomwaffenlager Büchel bei Cochem gehen. Kontakt: Ute Radermacher, Auf den Steinen 3, 51709 Marienheide, Fax: 02264/1443.

■ »Soziale Gerechtigkeit« statt »Innere Sicherheit – Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft« eine Tagung des Bundes für Soziale Verteidigung und des Versöhnungsbundes vom 1.–3.10. (Ort noch offen). Kontakt: BSV, Ringstraße 9a, 32427 Minden.

■ Praktikumsplätze für Jugendliche im europäischen Ausland (3–8 Wochen) werden bei der »Zentralen Praktikumsbörse« während der Jugendmesse »You« in Dortmund präsentiert. Vom 3.–6. Juni kann man sich bei der Messe direkt für ein Praktikum vormerken lassen. Messe Dortmund, Halle 8.

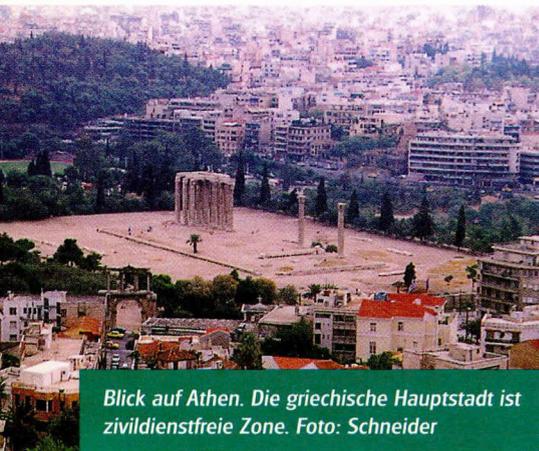


wurde der Aktion ein Rolls-Royce-Phantom II, Bj. 1934 gespendet (Wert laut Gutachten 95 000,- Mark) und ein tadelloses VW-Käfer-Cabrio, Bj. 1963 (Wert laut Gutachten 25 000,- Mark).

Das Oldtimer-Spendenkonto der Lebenshilfe Gießen hat die Nummer 200 626 000 bei der Sparkasse Gießen (BLZ 513 500 25). Name, Adresse und Telefonnummer angeben! Einsendeschluß: 31.10.99.

Eine besondere Art von Strafvollzug

Zivildienst in Griechenland



Blick auf Athen. Die griechische Hauptstadt ist zivildienstfreie Zone. Foto: Schneider

Von Friedhelm Schneider

Zum Jahresbeginn 1998 ist in Griechenland ein Gesetz in Kraft getreten, das – erstmals in der Landesgeschichte – für KDVer nicht mehr das Gefängnis, sondern einen Zivildienst vorsieht (zivil berichtete). Etwa 180 griechische KDVer, vorwiegend Zeugen Jehovas, sind seither anerkannt worden. Mehr als 110 von ihnen haben inzwischen ihren Zivildienst begonnen. In seinem letzten Menschenrechtsbericht begrüßt das Europäische Parlament, »daß Griechenland ein Gesetz verabschiedet hat, das das Recht auf KDV anerkennt; es vertraut jedoch darauf, daß alle Zivildienst-Bestimmungen geändert werden, die Strafcharakter haben ...« Hinter dieser diplomatisch-vorsichtigen Formulierung verbirgt sich die massive Diskriminierung, der griechische KDVer auch nach der Gesetzesreform ausgesetzt sind – zum einen durch die abschreckenden Vorschriften des

neuen KDV-Rechts selbst, zum anderen durch deren repressive Handhabung.

Wer von der zuständigen Kommission als KDVer anerkannt ist, muß, wenn er nicht waffenlos bei der Armee dienen will, außerhalb von Athen und Thessaloniki einen heimatfernen Zivildienst leisten, dessen Dauer die des Militärdienstes (üblicherweise anderthalb Jahre) um 18 Monate übersteigt – so bestimmt es der gesetzliche Rahmen.

Zivildienst als Zwangsarbeit

Während die übliche Arbeitszeit griechischer ZDL bei 40 Wochenstunden liegt, schreiben einige Dienststellen ihren Zivis eine 7-Tage-Woche mit täglich 11 Arbeitsstunden vor. U.a. geschieht dies in Chania (Kreta), wo die örtliche Einrichtung für Geistesranke zudem einen ihrer ZDL zusammen mit Patienten im selben Raum übernachten läßt. Weigert sich ein ZDL, den übermäßigen Arbeitsanforderungen nachzukommen, dann wird er zu einer schriftlichen Erklärung aufgefordert und erhält eine Abmahnung wegen unerlaubter Abwesenheit vom Dienst. Diese wiederum zieht das Risiko nach sich, daß der Verweigerer sein Recht auf Zivildienst verliert und zur Armee einberufen wird. In einer Reihe von Einrichtungen ist es den ZDL wie in einer Kaserne verboten, ihre Dienststelle ohne Erlaubnis zu verlassen.

Eine umfangreiche Liste von Fallbeispielen bestätigt den Verband griechischer KDVer in seiner Analyse: Um künftige Verweigerer abzuschrecken, gibt es eine starke Tendenz, den griechischen Zivildienst zu militarisieren und als Langzeit-Zwangsarbeit auszugestalten. Den Charakter des griechischen KDV-Rechts veranschaulicht exemplarisch das aktuelle Verfahren gegen Lazaros Petromelidis:

Militärjustiz contra KDV

Der heute 36-jährige Familienvater hat bereits 1992 seine KDV erklärt und steht seitdem auf der Fahndungsliste der Polizei. Nach der Verabschiedung des neuen KDV-Rechts beantragt er, diesmal legal, seine Anerkennung als KDVer. Am 27.5.1998 wird er auf der benachbarten Polizeiwache verhaf-

tet; dort muß er die für seine KDV notwendige Bescheinigung abholen, daß er nicht als Waffenbesitzer registriert ist. Nach 5 Tagen Gefängnis wird Lazaros Petromelidis gegen Kautions entlassen. Im Dezember 1998 erhält er für Mitte Januar die Einberufung zum Zivildienst in Kilikis (Mazedonien). Obwohl Wehrpflichtige seines Alters und Familienstandes in der Regel nach 4 Monaten Militärdienst gegen die Zahlung einer Ablösesumme entlassen werden, wird die Zivildienstdauer für Petromelidis auf 39 Monate festgesetzt. Der Verweigerer wendet sich an das höchste griechische Verwaltungsgericht, den Staatsrat, und legt gegen die exzessive Dienstzeit Beschwerde ein. Seinen Zivildienst tritt er aus Protest nicht an. Als Konsequenz wird ihm die Berechtigung, Zivildienst zu leisten, entzogen. Da Petromelidis auch der sich anschließenden Einberufung zum Militär nicht folgt, wird ihm am 15.4.1999 der Prozeß gemacht. Das Marine-Militärgericht von Piräus spricht das härteste Urteil aus, das seit 1995 gegen einen KDVer ergangen ist: Nachdem der Staatsanwalt den Angeklagten als »extrem gefährlich für die öffentliche Ordnung« dargestellt hat, verurteilen die Militärrichter Lazaros Petromelidis zu 4 Jahren Gefängnis.

Am 22.9.1998 hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats eine Resolution über die Menschenrechte Wehrpflichtiger verabschiedet. Im letzten Absatz der Entscheidung heißt es: »Das Recht der Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen sollte respektiert werden.«

Briefaktion zur Freilassung von Lazaros Petromelidis

Der Verband griechischer KDVer hat dazu aufgerufen, international gegen die skandalöse Verurteilung von Lazaros Petromelidis zu protestieren. Wir unterstützen diesen Appell und laden unsere LeserInnen ein, sich schriftlich bei der griechischen Botschaft in Bonn für die Freilassung von Lazaros Petromelidis einzusetzen.

Der Vordruck paßt für einen Din lang Fensterbriefumschlag: bitte ausschneiden oder kopieren!

Datum: _____

Absender:

An die
 Botschaft der
 Griechischen Republik
 An der Marienkapelle 10
 53179 BONN

Sehr geehrter Herr Botschafter,

als BürgerIn eines Landes, dessen Verfassung seit 50 Jahren das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung enthält, verfolge ich mit Bestürzung den menschenrechtswidrigen, diskriminierenden Umgang Griechenlands mit seinen Kriegsdienstverweigerern. Ich appelliere dringend an Ihre Regierung, einen Zivildienst ohne Strafcharakter sicherzustellen, wie ihn der Europarat und das Europäische Parlament wiederholt gefordert haben.

Ausdrücklich protestiere ich gegen die Inhaftierung von Lazaros Petromelidis. Bitte leiten Sie an den Herrn Verteidigungsminister meine inständige Bitte weiter, er möge darauf hinwirken, daß Lazaros Petromelidis aus der Haft entlassen wird.

Hochachtungsvoll

Impressum

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabo.

zivil ist Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V.

Herausgeber:
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Verleger:
Trägerverein EAK e.V.,
Carl-Schurz-Straße 17,
28209 Bremen

Redaktion:
Pfarrer Friedhelm Schneider,
Speyer (leitender Redakteur),
Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat:
Günter Knebel, Bremen;
Holger Giffhorn, Hannover;
Dr. Hans-Richard Reuter,
Heidelberg; Helmut Schlüter,
Köln; Harald Wagner,
Stuttgart; Siegfried Lausch,
Nürnberg

Redaktionsanschrift:
Redaktion *zivil*,
Werner Schulz, Rosen-
bergstr. 45, 70176 Stuttgart,
Tel. 0711/6368214,
Fax 0711/6369009
redaktion.zivil@t-online.de

Vertrieb:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik, GEP
Vertrieb *zivil*, Postf. 500550,
60394 Frankfurt.

Anzeigen:
Burkhard Rodmann (V.i.S.d.P.),
Rodmann & Partner, Kommuni-
kation und Media-Service,
HDV, Mittelweg 111,
20149 Hamburg,
Tel. 040/4 14 19-181,
Fax 040/4 14 19-185
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 1
vom 30.09.96

Das Jahresabonnement (zur
Zeit 4 Hefte) kostet DM 16,-
einschl. Versand. Abonne-
ment-Bestellungen bitte nur
mit dem Bestellabschnitt im
Heft. Bei Umzug bitte Nach-
richt an den Vertrieb mit alter
und neuer Adresse.

Die Mitarbeit interessierter
Leser (insbesondere von
KDVern und ZDL) und LeserIn-
nen durch Artikel, Leserbriefe,
Fotos, Karikaturen u.ä. ist er-
wünscht.

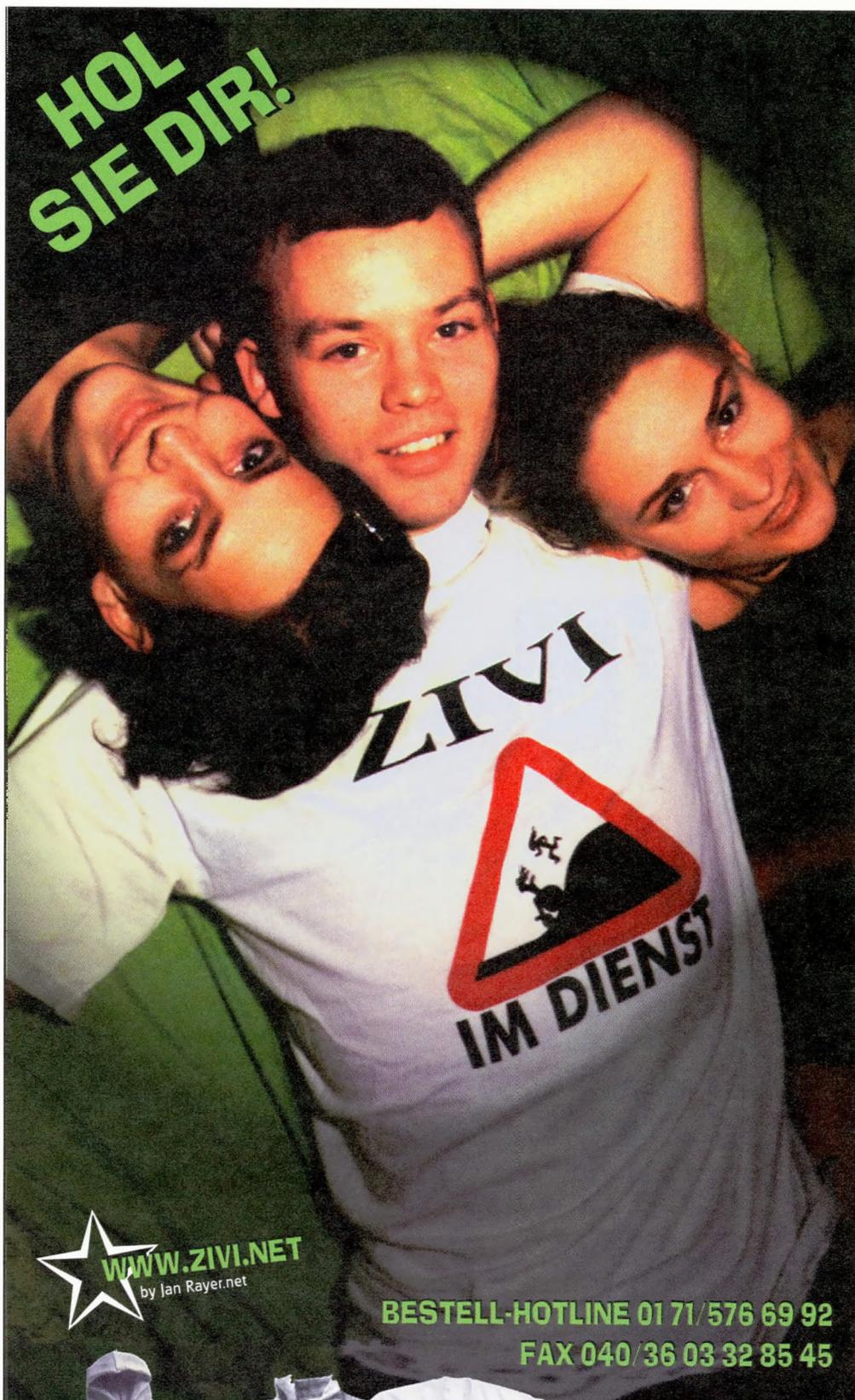
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge sind nicht in jedem
Fall identisch mit der Meinung
der Redaktion. Besprechung
unverlangt zugesandter
Bücher und Schallplatten kann
nicht garantiert werden.

Grafik, Satz und Repro:
Windhueter GmbH, Heinkel-
straße 27, 73614 Schorndorf
Druck und Verarbeitung:
Schnitzer Druck, Fritz-Klett-
Straße 61-63, 71404 Korb

Nachdruck, auch auszugs-
weise, nur mit Genehmigung
der Redaktion (wird gern er-
teilt). Von einzelnen Beiträgen
oder Ausschnitten von ihnen
dürfen Kopien für den per-
sönlichen oder sonstigen
Gebrauch hergestellt werden.

Auflage: 60 000
ISSN 1430-5968

HOL SIE DIR!



 WWW.ZIVI.NET
by Jan Rayer.net

BESTELL-HOTLINE 01 71 / 576 69 92

FAX 040 / 36 03 32 85 45



Kapuzen-Shirt, schwere
Qualität, graumeliert,
Motiv 'classic', 49,90 DM

Zip-Neck-Shirt
Reißverschlusskragen,
graumeliert, 49,90 DM

T-Shirt, 100% Baumwolle,
Quality, in den Motiven
und 'klo', 24,90 DM

Heavy
'classic'

Shirts
Shirts

Größen
M-XXL
Ich will's haben! Bitte schicke uns (für 4 DM Porto und
Verpackung) gegen Rechnung oder Nachnahme
Größe
Größe
Adresse nicht vergessen!
An Tobias Rothenberger
Am Hang 10, 24857
Fahrdorf

Freitag 15.00 Uhr: »Krieg und KAIN Ende«

Ein musikalisches Schauspiel für Maskenspieler, Chor und Begleitensemble. Zum Stück: Der Krieg ist in der Krise. Seit ewigen Zeiten bringt er unsägliches Leid, Zerstörung und Tod. Er dient damit den Mächtigen der Welt, und er hat seine Sache bislang – zusammen mit seinen drei Handlangern, dem Fanatismus, dem Kapital und jener Wissenschaft, die ihre Ziele stets im Machbaren, nicht im Verantwortbaren sieht – auch ganz gut erledigt. Aber die Zeiten haben sich geändert, der Krieg mit seiner Hauruck-Mentalität ist nicht mehr zeitgemäß. Er muß moderner werden. Der Krieg braucht ein neues Image ...



**Freitag 21.00 Uhr:
»Salt'n'Light«**

Power-Pop-Rock, der aufhören läßt und akut ansteckt. Wenn die sieben Musikerinnen und Musiker loslegen, wird es kaum jemanden auf den Stühlen halten.

**Donnerstag 21.30 Uhr:
»Splendid Back«**

Die fünf Jungs aus Mössingen bieten eine musikalische Bandbreite, die vom Power-Rock über Balladen bis hin zu folkig angehauchten Songs reicht. Die richtige Musik für eine ausgelassene Party!



**Donnerstag 15.00 Uhr:
Pantomimenstück**

»Samstags im Park«, gespielt von der Gruppe »Villa Pari«. Verschiedene Menschen und Charaktere begegnen sich im Park und werden durch einen unachtsam weggeworfenen Kaugummi in komische Situationen verwickelt. Die Gruppe »Villa Pari« ent-



stand ursprünglich als Projekt für Feste und Gottesdienstgestaltungen der Heilpädagogischen Einrichtungen im Bodelschwingh-Zentrum in Meisenheim. In den vergangenen Jahren hat die Gruppe bei den evang. Kirchentagen in Bochum, Hamburg und Leipzig mitgewirkt.

Café
Zivil
das Zentrum für
Zivis and friends

Der Kirchentag kommt nach Stuttgart – die *zivil*-Redaktion ist schon da. Wir nutzen unseren Heimvorteil und veranstalten mit vielen Partnern das größte Zivi-Treffen aller Zeiten.

Café *zivil* wird das Zentrum für Zivis and friends während des Kirchentages sein. Von Donnerstag bis Samstag, jeweils von 12–24 Uhr, bieten wir nonstop ein Programm, das es in sich hat. Mitten in der City sind wir schnell und leicht zu finden. Unser »Haus Mitte« bietet eine angenehme Atmosphäre und den idealen Rahmen, um sich zu treffen, zu diskutieren, auszuspannen – und zu feiern. Bei schönem Wetter finden unsere Rock-Konzerte auf der großen Open-Air-Bühne statt! Außer dem Tagesprogramm bieten wir ständig an:

- Infostände
- kompetente Beratung für Kriegsdienstverweigerer, Zivis und Auslandsdienst-Interessierte
- online-Zivildienststellensuche
- Internet-Café
- Kaffee und kleine Snacks
- Kunstausstellung: Die besten Arbeiten aus dem *zivil*-Kunstpreis '99
- den mit 8 Oscars ausgezeichneten Film »Gandhi«

Volles Programm

Café *zivil* beim Kirchentag im Haus »Mitte«
Hohe Straße 9, Stuttgart Mitte, 12.00–24.00 Uhr

Donnerstag, 17. Juni

- 12.00 Eröffnung des Café *zivil*
- 12.30–13.00 Zivildienst-Comedy von ZDL Dennie Klose
- 13.00–14.00 »Zivi bin ich 13 Monate, Kriegsdienstverweigerer mein ganzes Leben?« – Wie Zivis sich sehen. Talkrunde mit jungen Politikern, die Zivildienst geleistet haben.
- 15.00–16.00 »Villa Pari« – Theater mit Pantomime, gespielt von Menschen mit geistiger Behinderung
- 16.00–17.30 »Abgeschoben in den Krieg« – Wie behandeln wir ausländische Deserteure? Talkrunde mit Rudi Friedrich (Connection), N.N.
- 17.30–18.00 Gedichte gegen den Krieg – von Kästner bis Ringelnatz, vorgetragen von ZDL Mathias Biele
- 18.00–18.30 Zoff um Sechs: »Dienen – Tricksen – Totalverweigern« Streitgespräch mit Hans Michael Germer (KDV-Berater), Peter Zickenrott (Wehrpflicht-Vermeidungs-Berater), Detlev Beutner (Totalverweigerer)
- 20.30–23.00 »Splendid Back« – Power-Rock aus Mössingen. Vorgruppe: Zivi-Band »Worm's Eye View«



28. Deutscher
Evangelischer
Kirchentag
Stuttgart 1999
16. bis 20. Juni

Freitag, 18. Juni

- 12.00 Verleihung »zivil-Kunstpries '99« durch Klaus Staeck
- 13.00–14.30 »Helfen unter Zwang?« – Passen Zivildienst und soziale Arbeit zusammen? Talkrunde mit Hans-Ernst Böttcher (Landgerichtspräsident), Jürgen Gohde (Diakonie-Präsident), Wolfgang Lindenmaier (Vorsitzender des Arbeitskreises ÖTV und Kirche)
- 15.00–16.00 »Krieg und KAIN Ende« – Ein musikalisches Schauspiel
- 16.00–17.30 »Ohne Zivis geht es nicht?« – Was tun, wenn die Wehrpflicht fällt? Talkrunde mit Dieter Dzewas (MdB, SPD), Otto Haug (Diakonie Württemberg), Alfred Lorenz (ehem. Personalrat, Bremen), Sabine Grethlein (AWO Württemberg), Michael Osberghaus (Personalleiter, Karl-Olga-Krankenhaus, Stuttgart)
- 18.00–18.30 Zoff um Sechs: »Soziales Pflichtjahr für alle?« Streitgespräch mit Dieter Hackler (Bundesbeauftragter für den Zivildienst) und Heiner Bartling (Innenminister, Niedersachsen)
- 19.00–20.30 Feierabendmahl
- 21.00–23.00 »Salt'n'Light« – Power-Pop-Rock aus Langgöns

Samstag, 19. Juni

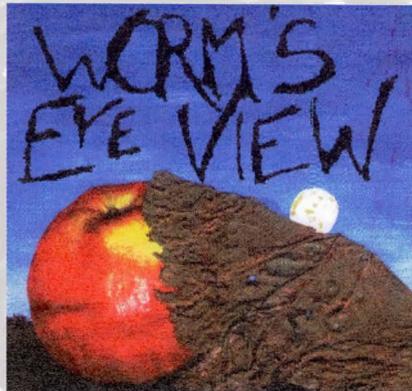
- 12.00–15.00 Wir machen mit bei der Demonstration und Kundgebung der Kampagne Erlaßjahr 2000: »Für einen weitreichenden Schuldenerlaß für die armen Länder der Erde – gegen deutsche Rüstungsexporte als eine Hauptursache der Verschuldung. Für eine umweltgerechte Entwicklung – gegen eine menschenfeindliche Globalisierung«. Treffpunkt: 12.00 Uhr Eingang Messengelände Killesberg 14.00 Uhr Kundgebung auf dem Schloßplatz
- 15.00–16.00 »Zivi-Orchester« – Power-Classic aus München
- 16.00–17.30 »Ziviler Friedensdienst statt Militäreinsätze« Talkrunde mit Brigitte Schulte (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung), Winni Nachtwei (MdB, Bündnis90/Die Grünen), Paul Breuer (MdB, CDU), Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisation)
- 18.00–18.30 Zoff um Sechs: »Keine Zukunft für die Bundeswehr?« Streitgespräch mit Pastor i.R. Ulrich Finckh (Vorsitzender der Zentralstelle KDV), Hartmut Löwe (Evang. Militärbischof)
- 19.00 Lieder gegen den Krieg, von Theodor Ziegler
- 20.30–23.00 »Blueskraft« – Power-Bluesrock aus Reutlingen, Vorgruppe: Zivi-Band »Woodencross«

Alle Veranstaltungen sind kostenlos!



Samstag 21.30 Uhr: »Blueskraft«

Hingehen – zuhören – abfahren: Wer sich von dieser Mischung aus RaB und Rock'n'Roll nicht anstecken läßt, ist selber schuld. Blueskraft bringt die ideale Party-Stimmung zum Abschluß des Café-zivil-Programms.



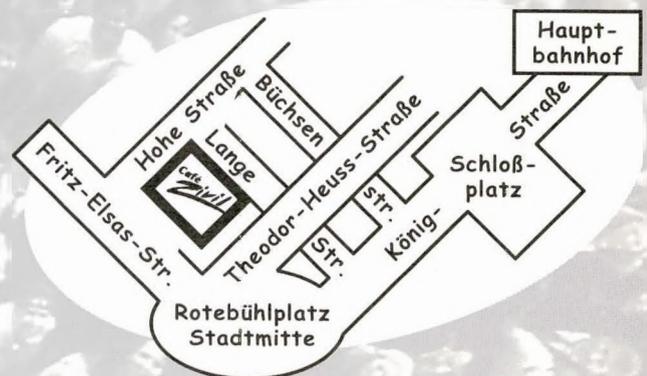
Donnerstag 20.30 Uhr:

»Worm's Eye View«

Die Zivi-Band »Worm's Eye View« aus Ratstatt spielt am Donnerstag um 20.30 Uhr

Obersichtsplan

Café zivil beim Kirchentag im Jugendhaus »Mitte«
Hohe Straße 9, Stuttgart Mitte, 12.00–24.00 Uhr



Trägerkreis Café zivil: DFG-VK – Diakonisches Werk der EKD, Referat Zivildienst – Diakonisches Werk Württemberg, Verwaltungsstelle Zivildienst – EAK-Bundesvorstand – EAK Württemberg – Evang. Landeskirche Baden, Arbeitsstelle Frieden – Evang. Landeskirche Württemberg, Pfarramt für KDV+ZDL – Evang. Kirche der Pfalz, Arbeitsstelle Friedensdienst – Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Pfarramt für KDV+ZDL – Zentralstelle KDV – Zeitschrift zivil

Auf nach Stuttgart

Der 28. Deutsche Evangelische Kirchentag in Stuttgart rückt näher. Vom 16. bis zum 20. Juni 1999 werden sich Besucherströme durch die Straßen der Landeshauptstadt und sozusagen rund um die Haustüre der zivil-Redaktion bewegen. Als eigenen Beitrag zum Kirchentag hat unsere Redaktion das café zivil initiiert, das an drei Tagen von 12 bis 24 Uhr Programm für Zivis and friends bietet (ausführliches Programm s. S. 8). Für die vielen »Touris«, die zum ersten Mal in unsere Stadt kommen, haben wir hier – von A bis Z – ein paar Tips für Stuttgart.

Zusammengestellt von Rainer Menzel

Ausblick

Natürlich bietet der 217 m hohe Fernsehturm den schärfsten Ausblick über »Städtle« und »Ländle«.

Straßenbahn 15 bis Ruhbank; geöffnet 8 bis 22.30 Uhr; Zivis zahlen 5 DM

Aber wer die 5 Mark sparen will, findet auch auf den Anhöhen rings um den ehemaligen Stutengarten (daher Name und Wapen der Landeshauptstadt) ein drucksvolle Perspektiven. Sie dienen im Hochsommer manchem Schwaben auch als Fluchtpunkt, dann nämlich, wenn der Talkessel Backofen-Klima liefert. Beste Möglichkeiten: Karlshöhe und Weißenburgpark.

Um zur Aussichtsplattform der Karlshöhe zu gelangen, sind zehn Minuten Aufstieg über die → Stäffele notwendig. Entschädigt wird man dafür mit einem reizvollen Panorama und einem Terrassenlokal.

Bus 41 bis Marien-/Silberburgstraße

Brezel

Es war der Bäckermeister Gotthelf Grieshaber, der im Jahr 1477 in Bad Urach, unweit von Stuttgart, die Brezel erfand, das jedenfalls schreibt der schwäbische Dichter Thaddäus Troll. Aus nicht näher bekannten Gründen drohte dem Bäcker, so die Sage, der Galgen. Nur wenn ihm ein Backstück gelänge, durch das dreimal die Sonne scheint, sollte ihm Gnade vor Recht widerfahren. Die drohende Schlinge lieferte dem armen Bäcker die rettende Idee.

Sehr gute Laugen-Backwerke (handgemacht, oft noch warm) gibt's in den »Brezelkörble« auf der Königstraße.

Courage

Sabotage gegen Hitler: Am 15. Februar 1933 spricht Adolf Hitler in der Stuttgarter Stadt-

halle. Die Rede wird zum Marktplatz übertragen und vom Rundfunk für die Volksempfänger ausgestrahlt. Hitler kommt gerade in Fahrt, da knackst es kurz in der Leitung, sodann herrscht Stille. Nach mehreren Minuten Schweigen erfolgt die Durchsage: »Die Rede des Führers und Reichskanzlers kann nicht weiter übertragen werden, Sabotage macht es unmöglich.« Mit einer Axt hatten zwei Antifaschisten der KPD das Übertragungskabel gekappt. Im Dezember 1935 verhaftete die Gestapo vier Männer dieser Widerstandsgruppe.

Deportationen

Ein Gedenkstein im Höhenpark Killesberg erinnert an Tausende jüdischer Bürger Stuttgarts, die in den Jahren 1941 bis 1945 von hier aus nach Theresienstadt und Auschwitz deportiert wurden.

U7 bis Killesberg Messe

Engagiert für den Frieden

zeigt sich seit vielen Jahren der Rhetoriker und Schriftsteller Walter Jens. »Blitzlichter« auf sein christliches Engagement, insbesondere in der Friedensbewegung, sind während des Kirchentages in der Stadtbücherei im Wilhelmspalais zu sehen. Das Gebäude war Residenz des letzten württembergischen Monarchen König Wilhelm II. Kirchentags-Gestreife können hier im »Raum der Stille« auch mal abschalten und die Seele baumeln lassen. Liegestühle und Tee stehen bereit.

Am Charlottenplatz; 16.–19. Juni bis 24 Uhr geöffnet, Eintritt frei

Frischlucht

Nur einige Meter vom Trubel der Königstraße entfernt, direkt am Neuen Schloß, beginnt der weitläufige Schloßgarten. Hier kann man durchatmen, spazieren gehen oder einfach faul auf einer Wiese rumliegen. In den Anlagen finden sich neben mehreren Seen und stilvollen Brunnenanlagen auch der Landtag, die Schauspielhäuser, der Landespavillon, das Planetarium, und ein Biergarten, der im Sommer Tausende anzieht.

Galerie der Fälschungen

Mit etwas Glück kann man in einer Stuttgarter Galerie einen Miro oder Picasso entdecken, bei dem die Farbe noch frisch ist. Fast 300 »echte Kujaus« vom Meisterkopierer Konrad Kujau sind zu sehen. Mit seinen gefälschten Hitler-Tagebüchern führte er nicht nur Reporter des Stern an der Nase herum sondern handelte sich auch eine mehrjährige Haftstrafe ein. 1997 kandidierte er – völlig chancenlos – bei der Bürgermeisterwahl in Stuttgart. Sein Slogan: »Wählen Sie das Original«.

(Galerie) Böblinger Str. 49; U14 bis Schreiberstraße

Heilix Blechle

ruft der Schwabe, wenn er erstaunt oder enttäuscht ist (aber auch, wenn er eine Beule an seinem Auto entdeckt). Kommt von den »heiligen Blechla« (Blechmarken) im Mittelalter, die von der kirchlichen Armenfürsorge verteilt wurden und zum Empfang von Brot und Suppe berechtigten. Der Ausruf wandelte sich später in einen verkappten Fluch. Essen an die Ärmsten wird heute von Zivis der Evangelischen Gesellschaft, eva, in der Büchsenstraße verteilt.

Immer frisch

ist bretonischer Fisch oder griechisches Tsa-ziki in der historischen Markthalle. Daneben wird einheimisches »Filderkraut« (Weißkohl), Kartoffeln und Obst und Gemüse aus aller Herren Länder feilgeboten. Das bunte Treiben läßt sich sehr schön von der Empore aus überschauen.

Nicht ganz so frisch ist das Gemäuer: ein schöner Jugendstilbau von 1914.

Hinterm alten Schloß

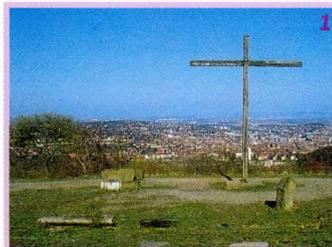
Jüdisches Gotteshaus

Eine jüdische Gemeinde gab es in Stuttgart bereits im 14. Jahrhundert. Die Synagoge wurde 1851–61 als dreischiffige Anlage

im maurischen Stil gebaut. In der sogenannten »Reichskristallnacht« am 9.11.38 ging sie in einer von der SA geführten Aktion in Flammen auf. Von den rund 5000 Stuttgarter Juden konnte etwa die Hälfte emigrieren, fast alle anderen wurden bei der Deportation oder in Konzentrationslagern umgebracht. In der Stadt überlebten nur 250.

Die neue Synagoge entstand erst 1952 und ist Mittelpunkt für etwa 2000 Juden in Württemberg und Sitz des Landesrabbinats.

Hospitalstraße 36; Anmeldung erforderlich; Tel: 0711/22 83 60



1 Blick vom »Monte Scherbelino« auf die Stadt

2 Der chinesische Garten

3 Das schwäbische Nationalgebäck, die Laugenbrezel, muß immer frisch sein

Kunst

zum Beispiel von Joseph Beuys zeigt die Staatsgalerie. Sein »Friedenshase« in der ständigen Ausstellung im Neubau ist für Zivis ein Muß! »Frieden ist Bewegung«, sagte Beuys. Darum verkörperten die lebendigen und erdverbundenen Langohren für den Pazifisten Frieden auf Erden. Das Werk goß er aus einer Nachbildung der Zarenkrone Ivans des Schrecklichen, einem Symbol von Macht und Unterdrückung.

Sehenswert auch: Die Architektur des Kunsttempels vom Briten James Stirling. Er gilt als Hauptwerk postmoderner Architektur im 20. Jahrhundert.

Konrad-Adenauer-Straße; Eintritt für Zivis 3,- DM

Lapidarium

Schwaben sind Sammler-Naturen. So wurden seit der Jahrhundertwende eifrig Überbleibsel von der Spätgotik bis zur Neuzeit zusammengetragen und sind nun im Städtischen Lapidarium zu sehen. Besonders schön: Die Gestaltung des Freilichtmuseums in einem Garten, den der Architekt Eitel (Altes Schauspielhaus) im Stil italienischer Villengärten des 17. und 18. Jahrhunderts um 1910 anlegen ließ. Das Landesdenkmalamt will die »außergewöhnlichen Bestände« nun schützen. Wird ehrenamtlich betreut.

Mörikestraße 14/Bus 41; Mi, Sa, So 14 bis 17 Uhr, kostet nix; Führungen unter Tel: 0711/52 71 07

Monte Scherbelino

Auf dem Berg im Westen Stuttgarts wurden 15 Millionen Kubikmeter Trümmer aufgeschüttet und erinnern an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs. Durch Luftangriffe waren 40 000 Gebäude zerstört, 4371 Menschen getötet und 8908 verletzt worden. Ein Besuch lohnt sich auch wegen des beeindruckenden Ausblicks auf Stuttgart.

Bus 92 bis Birkenkopf

Nationalspeise der Schwaben

sind die Maultaschen. Die findigen Schwaben haben sie erfunden, um an Fastentagen die Fleischfüllung vor dem Herrgott zu verstecken (wird in Nudelteig eingewickelt). Gibt es »in der Brühe«, »geschmälzt« mit Kartoffelsalat oder »geröstet« mit Ei.

Schmecken am besten von der Metzgerei Braun, Johannesstraße (gleich um die Ecke bei der *zivil*-Redaktion).

Online

Stadtinformationen gibt's im Internet unter: <http://www.stuttgart-tourist.de>

Quader aus Granit

schuf der Bildhauer Elmar Daucher als Mahnmal für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. 1970 ließ die Stadt die vier schweren Granitblöcke neben dem alten Schloß am Karlsplatz aufstellen. Die Gedenkstätte an zentraler Stelle war keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis eines jahrelangen Kampfes von Antifaschisten.

Russische Kirche

In der Nikolaus-Kathedrale wird der russisch-orthodoxe Glauben traditionell gelebt

und vereint russische, deutsche, ungarische, kroatische, sogar amerikanische Mitbürger. Unter dem Talar steckt ein Schwabe, der sich gerne als »schwäbisch-orthodoxer« Priester bezeichnet. Der sehenswerte Ziegelstein-Bau mit den Zwiebeltürmchen wurde 1895 auf Anregung der Großfürstin und Herzogin Wera Konstantinowna, Witwe von Herzog Eugen von Württemberg, gebaut. Seidenstraße 69; Straßenbahn 2 oder Bus 40 bis Russische Kirche

Stäffelesrutscher

(von Stäffele = Treppe) wurden die Einwohner Stuttgarts genannt, weil sie im Winter ihre Steilwege an den Hängen des Talkessels als Rutschbahn benutzten. Von über 400 Stäffele ist die Hasenberg-Staffel mit ihren 308 Stufen die längste. Wer das → Lapidarium besucht, kann von dort aus über die Willi-Reichert-Staffel zur Aussichtsplattform auf der Karlshöhe hochsteigen.

Tagblatt-Turm

Unter dem Dach des Symbolbaus der bürgerlich-liberalen Presse in der Weimarer Republik finden sich heute in einer stadtschichtlichen Ausstellung Bilder des jüdischen Künstlers Hermann Fechenbach. Entstanden war die Serie in einem englischen Internierungslager, wo er seine Erinnerungen mangels Holz in Linoleum schnitt.

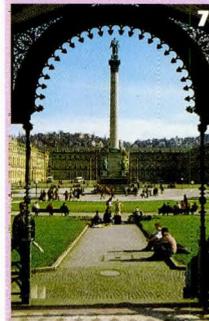
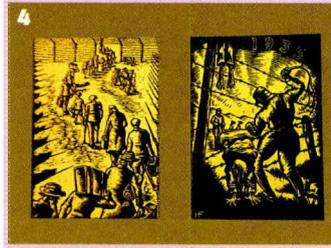
Eberhardstr. 61; geöffnet Mi bis Fr 10 - 20 Uhr, Sa 10 - 16 Uhr

Urbanstraße, Landgericht

Ein in Stuttgart weitgehend verdrängtes Kapitel: Die Rolle des berühmten NS-Sondergerichts, das hier seinen Sitz hatte. In unzähligen Fällen reichten geringe Vergehen aus, um »Volksfeinde« oder »Volksschädlinge« zum Tode zu verurteilen. Der Lichthof diente als Hinrichtungsstätte. 419 Menschen kamen allein vom 26. März 1942 bis zum 12. September 1944 unter das Fallbeil.

Viertel mit Leben

Dank vorbildlicher Sanierungsmaßnahmen in den 70er Jahren konnte das »Bohnenviertel« seinen charmanten Charakter bewahren. Wer gerne durch enge Kopfsteinpflaster-Gassen mit kleinen Geschäften bummelt und Hinterhöfe erkundet, findet dabei Kunst und Kram, sowie



- 4 Erinnerungen des jüdischen Künstlers Hermann Fechenbach sind im Tagblatt-Turm zu sehen
 - 5 Eine kleine Besonderheit: Eine original russische Kirche in Stuttgart
 - 6 Der »Friedenshase« von Joseph Beuys
 - 7 Der Schloßplatz – hier trifft sich alles
 - 8 Mahnmal für die Opfer des Faschismus
- Fotos: Menzel

gute Weinstuben und Lokale der Künstler-Szene.

Um 1400 lag das Viertel für Arme, Kranke und Juden außerhalb der Stadtmauer, an der die Leute ihre Bohnen pflanzten (daher der

Name). 1450 wurde es der Stadt einverleibt.

U1, 2, U4, U11 bis Rathaus

Weißenhofsiedlung

Als Musterhäuser für die Werkbundaussstellung »Die Wohnung 1927« waren sie gebaut worden, als »Araberdorf« von den Stuttgarter Bürgern dann verschmäht. Das Gesamtkonzept für die Siedlung stammt von dem berühmten Berliner Architekten Ludwig Mies van der Rohe, 15 weitere Avantgarde-Architekten planten mit. Der Versuch, sich den veränderten materiellen, sozialen und geistigen Strukturen der Zeit mit Hilfe von »Neuen Wohnungen« anzupassen, fand weltweit Beachtung.

Bus 43 bis Kunstakademie; offen Di bis Sa 10 bis 14 Uhr, So bis 15 Uhr; Eintritt frei

Xondheit

(Gesundheit) sagt der Schwabe, wenn jemand niesen muß.

Yin und Yang,

die Zeichen am Eingang des chinesischen Gartens stehen für die gegensätzlichen Kräfte des Lebens. Drinnen findet man tolle chinesische Kunst, eine schöne Anlage, die von der IGA '97 übernommen und hier wieder aufgebaut wurde. Geheimtip!

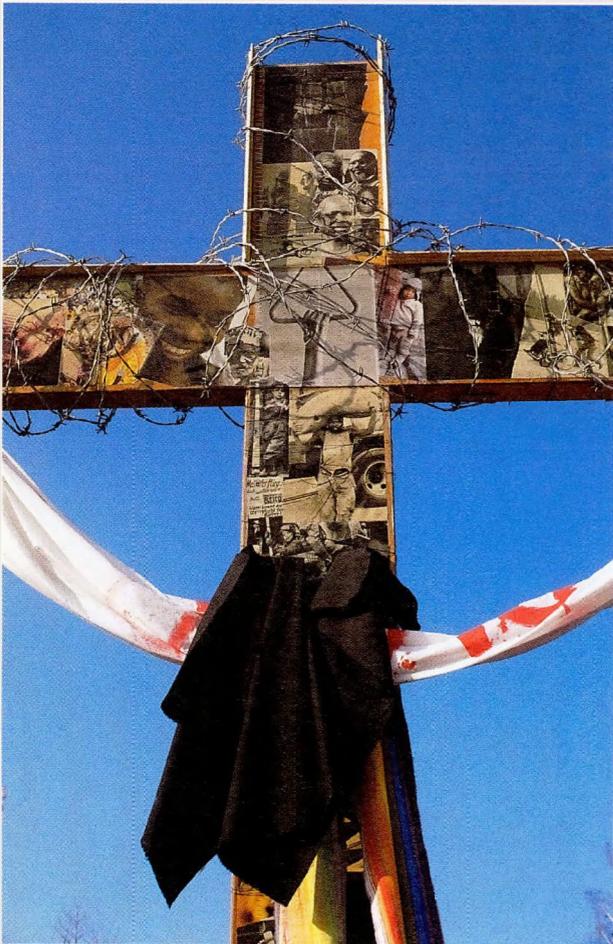
Ecke Panorama/ Birkenwaldstraße; Bus 43 bis »Im Kaisemer«, geöffnet 7 bis 20 Uhr; Eintritt frei

zivil

die Zeitschrift für Frieden und Gewaltfreiheit (früher hieß sie »wub – was uns betrifft«) hat seit 1972 ihren Redaktionssitz in Stuttgart. Während des gesamten Kirchentages befindet sich die Redaktion im Café *zivil*, Haus Mitte (s. S. 8)

»Sie halten Dein Auto an

Zwangsrekrutierungen in Jugoslawien – Mehr als 50 000 Deserteure und Verweigerer sollen untergetaucht sein



Der Krieg in unserem Jahrhundert – dieses Kreuz wurde während des Golfkriegs 1991 von Friedensgruppen an der US-Kommandozentrale für Europa, EUCOM, in Stuttgart errichtet. Foto: zivil

Von Werner Schulz

Es gibt nur wenige Informationen über das Schicksal derjenigen jungen Männer aus Jugoslawien, die sich weigerten und noch weigern, als Soldaten am Krieg um den Kosovo teilzunehmen. Fest steht, daß zahlreiche Wehrpflichtige und Reservisten der Einberufung nicht folgten und untergetaucht sind, und daß beide Seiten, die jugoslawische Armee und die UÇK, deshalb Zwangsrekrutierungen vornehmen. Die jugoslawische Armee mußte offenbar schon vor Beginn der NATO-Angriffe im großen Stil Soldaten zwangsweise rekrutieren, weil die Männer den Einberufungen nicht Folge leisteten. In einem

Bericht aus der Bundesrepublik Jugoslawien vom 19.3.99, veröffentlicht von der Frankfurter KDVer-Organisation »Connexion«, heißt es: »Die Mobilisierung begann irgendwann nach Ende der ersten Runde der Verhandlungen in Rambouillet. Wie schon früher, schlägt die Mobilisierung in den Regionen außerhalb Belgrads viel härter zu als in der Hauptstadt. Schon vor dem Februar begannen sich junge Männer in vielen Städten in Serbien zu verstecken, wie von '91 bis '99. Junge Männer aus Kraljevo und Prokuplje sagen, daß dich jetzt sogar die zivile Polizei schnappt: Sie halten Dein Auto an, fragen nach den Papieren und nehmen Dich mit.« Der Bericht aus Jugoslawien spricht auch davon, daß es am 17. März eine Demonstration von ca 100 Reservisten in Leskovac gegeben hätte, mit dem Motto »Laßt diejenigen, die uns in einen Krieg führen wollen, in den Krieg ziehen, wir werden nicht gehen«. Außerdem habe der inzwischen verbotene Radiosender B 92 am 18. März gemeldet: »Sie nehmen Leute mit, schnappen sie während der Nacht, weil sie nicht freiwillig kommen.«

In den Berichten aus Jugoslawien heißt es auch, daß Mütter und Väter ihre Söhne versteckten. Ein Vater, dessen Zwillingssöhne von der Polizei geholt werden sollten, wird mit den Worten zitiert: »Meine Söhne haben sich sicher versteckt. Der einzige Weg, sie mitzunehmen, geht über meine Leiche. Für wen sollen meine Söhne getötet werden? Für ihre Brüder im Kosovo?«

Urteil: 5 Jahre Gefängnis

Von mindestens 50 000 untergetauchten Verweigerern und Deserteuren in Jugoslawien sprach Mitte April Goran Milanovic, Geschäftsführer der Initiative für Frieden und internationalen Ausgleich in Bonn. Es handle sich vor allem um Männer aus Montenegro und Angehörige der rumänischen und ungarischen Minderheit in der Vojvodina, die

»nicht einsehen, wieso sie für irgendein Serbentum kämpfen sollen.«

Am 17. April erreichte das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerer (EBCO) in Brüssel die Nachricht, daß sich zur Beerdigung des prominenten unabhängigen Journalisten Slavko Curuvija, der ermordet worden war, mehrere tausend Menschen in Belgrad zu einem schweigenden Protest gegen das Milosevic-Regime zusammenfanden. Außerdem wurde berichtet, daß das Militärgefängnis von Novi Sad voll sei mit Männern, die ihrer Einberufung nicht Folge geleistet hätten. Kaum jemand, so hieß es resignierend, könne sich letztlich der Mobilisierung oder der Inhaftierung entziehen. Aus den Flüchtlingslagern in Albanien und Mazedonien wird von Zwangsrekrutierungen durch Einheiten der UÇK berichtet.

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns über EBCO in Brüssel die Nachricht, daß ein Militärgericht einen Wehrpflichtigen, der sich der Einberufung entzogen hatte, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt hat.

Aufruf zur Desertion

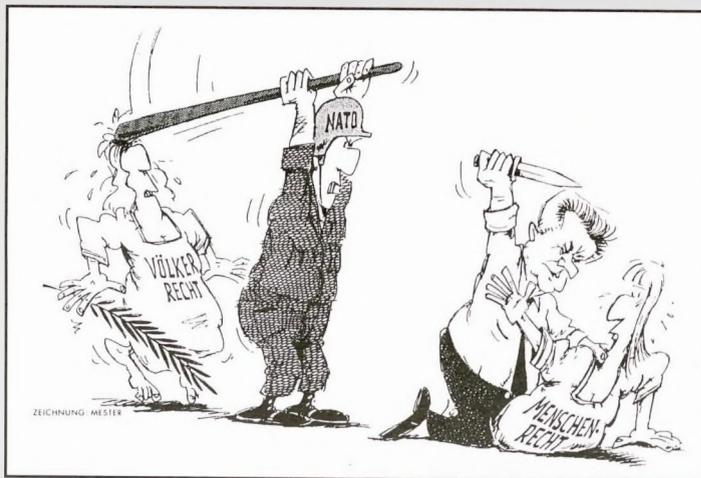
Einen interessanten Vorschlag unterbreitete Mitte April der Berliner SPD-Europaaabgeordnete Christof Tannert, Mitglied des Menschenrechtsausschusses des Europäischen Parlaments. Er forderte alle EU-Mitgliedstaaten auf, durch die Unterstützung von Desertion und Kriegsdienstverweigerung die militärische Macht der jugoslawischen Armee zu schwächen. Die EU-Staaten sollten Deserteuren und KD Vern aus Jugoslawien Asyl gewähren. Tannert stützte sich bei seiner Forderung auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments, die schon 1993 zur Unterstützung von Deserteuren und KD Vern aufrief, bislang aber nirgendwo umgesetzt wurde. Nach wie vor ist z. B. auch in Deutschland Desertion kein anerkannter Asylgrund. »Nötig wäre«, so Tannert, »daß die Regierungen anfangen, Soldaten kriegführender Staaten zum Desertieren aufzufordern, ja dafür zu belohnen«. Die Regierungen Europas sollten ein Programm auflegen, das den Deserteuren eine neue wirtschaftliche Existenz ermögliche und sie gleichzeitig auf ihre Rückkehr und für den Aufbau einer zivilen und demokratischen Gesellschaft vorbereite. »Wenn 50 000 Deserteure aus Jugoslawien dafür je 5000

und nehmen Dich mit«

Euro erhielten, so würde diese Art Demobilisierung 250 Millionen Euro erfordern. Der aktuelle Einsatz der Bundeswehr wird vorsichtigen Schätzungen zur Folge das Dreifache kosten.« Tannert erinnerte daran, daß in der Geschichte Aufrufe zur Desertion sehr wohl praktiziert worden seien: So hätten etwa die Alliierten im Zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten an allen Fronten zum Desertieren aufgefordert. Tannert: »Solidarität, moralische und materielle Unterstützung für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die der Verfolgung ausgesetzt sind, sind ein Gebot der Menschlichkeit, aber auch eine politische Tat, die für den Frieden in Europa eine wichtige Rolle spielen kann.«

Unterdessen registrierten in Deutschland KDV-Beratungsstellen vermehrt Anfragen von Reservisten der Bundeswehr. Wie die Zentralstelle KDV und die Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer, EAK, mitteilten, erkundigten sich seit Beginn der NATO-Bom-

bardements mehr Reservisten und Soldaten der Bundeswehr, sowie deren Frauen und Freundinnen nach Möglichkeiten, den Kriegsdienst im nachhinein zu verweigern.



Zeichnung:
Mester

Kirchliche Fragen an Befehl und Gehorsam

Bereits am 24.2.1999, noch während der Verhandlungen in Rambouillet, hat die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer, EAK, die auch die Zeitschrift *zivil* herausgibt, während ihrer Mitgliederversammlung eine Stellungnahme veröffentlicht. In der Erklärung der evangelischen Zivildienstseelsorger wird die militärische Gewaltandrohung verurteilt und das alleinige Gewaltmonopol der Vereinten Nationen betont. Unter anderem heißt es:

»(...) Wir engagieren uns für Kriegsdienstverweigerer und lehnen militärische Gewaltanwendung grundsätzlich ab. Wir sehen die Menschen, die militärisches Eingreifen bejahen, um unterdrückten Menschen zu helfen, die an Leib und Leben bedroht sind. (...) Aber wir fragen diejenigen, die Befehle geben: Haben Sie die Folgen für den Frieden und das internationale Recht bedacht und können Sie diese Folgen verantworten? Wir fragen diejenigen, die Befehle erhalten: Haben Sie geprüft, ob Sie diese Befehle befolgen dürfen oder die Pflicht haben, sie zu verweigern? Wir erinnern daran, daß die Opfer, die am meisten unter militärischer Gewalt leiden, stets die Frauen und Kinder, die alten und kranken Menschen sind. (...)

Schließlich fragen wir: Fehlen die Milliarden, die militärische Einsätze kosten, nicht für Friedensforschung und gewaltmindernde Konfliktbearbeitung, für humanitäre Hilfe und für Aufbauangebote? (...)

Auch der Ratsbeauftragte der EKD für Fragen der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes, Walter Herrenbrück, betonte öffentlich, die Kirche müsse aus Ihrer Friedensverantwortung heraus die Politik an das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen erinnern, sonst stehe zu befürchten, »daß wir uns an NATO-Kampfhandlungen gewöhnen.« Der gewaltlose Weg müsse bis zuletzt ausgeschöpft werden, was in Jugoslawien nicht der Fall gewesen sei.

Ein sofortiges Moratorium des militärischen NATO-Einsatzes forderten internationale Kirchenvertreter in einem Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan bereits Ende März. In dem gemeinsamen Brief des Ökumenischen Rates der Kirchen, der Konferenz Europäischer Kirchen und des Lutherischen Weltbundes heißt es u. a.:

»Jedes weitere Bombardement erschwert eine Lösung und steigert das Risiko einer Regionalisierung des Konfliktes. Zudem wird die Gefahr einer erneuten Teilung Europas vergrößert.«

Der Krieg in Zahlen

Anfang Mai fliegen 700 NATO-Kampffjets rund um die Uhr Einsätze gegen Belgrad, allein 600 Flugzeuge aus den USA. 4000 Bomben, so ein NATO-Sprecher, seien bereits abgeworfen worden, 20 000 Soldaten seien in Mazedonien und Albanien stationiert. Die Kosten des Krieges sind bereits Anfang Mai gigantisch: Tag für Tag kostet der Krieg die NATO-Staaten 110–130 Millionen Mark. Der deutsche Anteil der Kosten wurde von Experten der Münchener Bundeswehr-Universität auf ein- bis eineinhalb Milliarden Mark bis Ende 1999 hochgerechnet.

Es kostet z. B.

- Eine Stunde Flugzeugeinsatz: DM 25 000,-
- Ein Lenkflugkörper (davon werden etwa 15 pro Tag abgefeuert): DM 1.800.000,-
- Eine Bombe (etw 80 Abwürfe pro Tag): DM 360.000,-

Oft sind die Bomben teurer als die Ziele, die sie zerstören.

Der materielle Schaden, den die Bombardements in Jugoslawien angerichtet haben, wurde Anfang Mai auf 72 Milliarden Mark geschätzt. Unterdessen meldet die Börse in New York Kursgewinne bei einigen Rüstungswerten: Aktien der Firmen Raytheon und General Dynamics, Hauptzulieferer der Marine, stiegen bereits Anfang April um mehr als 10 Prozent, die Notierung von United Technologies, zu dem der Hubschrauberhersteller Sikorsky gehört, kletterte seit Sept '98 auf fast das Doppelte.

Ein Bericht von Armin Beber

Theo ist stinksauer. Da hat er ein einziges Mal seine Luftpumpe verliehen und jetzt, gerade als er sie dringend braucht, kann er sie auf den Müll schmeißen. Kaputt! Doch als er seinen Freund Florian wütend zur Rede stellt, streitet der alles ab. Die blöde Fahrradpumpe wäre noch ganz ge-

lehre wird im Wahlpflichtunterricht auch die Ausbildung zum Konfliktlotsen angeboten. Die Fragen, mit denen die Grundschüler konfrontiert werden, sind auch für Erwachsene nicht uninteressant: Warum streiten sich Menschen? Weshalb eskalieren manche Zankereien? Was hindert viele Streitende, sich wieder zu vertragen?

»Im Grunde sind das dieselben Fragestellungen wie für eine Supervision in der Berufswelt«, betont Margit Bauer, die den Kon-

Wunschziel: anderen helfen

Wer sich das zutraut, die Prüfungen besteht und vom Klassenlehrer empfohlen wird, darf sich als Konfliktlotse fühlen. Mit Extramütze und Ausweis helfen sie dann ab und an in einem vertraulichen Gespräch einen Streit zu beseitigen. So wie sie es gebüffelt und geübt haben.

Ein wirklicher Streit ist allerdings viel schwerer beizulegen, als ein gespielter. Theo und Florian nicken zustimmend. Beide sind schon aktive Konfliktlotsen und haben ihren ersten ersten Streit schon hinter sich. »Streitende lassen sich nicht so einfach zu einer Lösung bewegen«, resümiert Florian. Dabei strebten Konfliktlotsen immer eine »win-win«-Lösung an, betont Theo. »Für einen Kompromiß muß jeder der Beteiligten Zuge-

»Mädchen streiten immer um die Freundin!«

Vom Streit bis zur Versöhnung. Fotos: A. Beber



In Berlin werden Grundschüler zu Konfliktlotsen ausgebildet

wesen, als er sie zurückgegeben hatte, behauptet Florian. Theo solle sich bloß nicht so aufregen.

Soweit die Konfliktsituation. Sie ist gespielt, denn sie ist Prüfungsfall für die elfjährige Mandy, die sich zur »Konfliktlotsin« ausbilden lassen will.

Ihre beiden Klassenkameraden wissen, was von ihnen erwartet wird. Geübt werfen sie sich verfeindete Blicke zu, ballen die Fäuste und mimen die Unversöhnlichen. Um mit den aufgebrachten Streithähnen ein ruhiges Gespräch überhaupt möglich zu machen, muß das selbstbewußte Mädchen erstmal ein paar Regeln klarstellen. Ausreden lassen, zum Konfliktlotsen sprechen, zuhören! Knapp ein Dutzend weiterer Schüler machen eifrig Notizen, beobachten aufmerksam wie Mandy ihre Prüfung zum Konfliktlotsen absolviert.

Unterrichtsfach: »Ent-Streiten«

Streitereien gehören zum Alltag auf den Schulhöfen, auch auf dem der 1. Grundschule im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg. Da wird um den Fußball genauso gezankt, wie ums Poesiealbum, den Gameboy oder das Pausenbrot. So weit, so normal. Aber ein Unterrichtsfach, in dem es darum geht, Konflikte zu lösen?

An dieser Berliner Grundschule gehört die Konfliktbewältigung in den Lehrplan der fünften und sechsten Klassen. Neben dem PC-Kurs und der traditionellen Hausarbeits-

fliktlotsen-Kurs betreut. Seit drei Jahren bemüht sich die Pädagogin, Streitfälle mit den Kindern zu diskutieren und Lösungsstrategien zu vermitteln.

Keine »Leck' mich«-Reaktion

Dafür müssen die Kinder und Jugendlichen vor allem lernen, Auseinandersetzungen zu durchschauen. Wenn beispielsweise ein Streit ganz andere Ursachen hat, als es zunächst den Anschein hat, braucht man mitunter viel Ruhe, um nicht gleich emotional dagegenzuhalten. Der große Bruder, der seine Schwester entnervt anschreit, hat vielleicht Beziehungsstreß. Ein sachliches »Laß' Deine Wut bitte nicht an mir aus.« ist da hilfreicher, als eine »Leck' mich doch ...«-Reaktion.

Der Unterricht lebt von den Beispielen der Schüler. Unermüdlich können sie von sich, Geschwistern, Eltern, Freunden und Bekannten erzählen. Haarklein berichten sie, wer auf wen warum sauer ist. Und daß viele Streitereien unnötig sind, weil schon ein klärendes Gespräch manches Problem lösen könnte, begreifen die zehn- bis zwölfjährigen ziemlich schnell. Dementsprechend idealistisch beantwortet Mandy die Frage, warum sie Konfliktlotse werden will. »Damit die Leute weniger streiten!«

Daß ihre Schüler mit Konflikten so gut umzugehen lernen, daß sie anderen tatsächlich dabei helfen können, einen Streit zu schlichten, ist das Wunschziel, das Margit Bauer hegt. Wenn es auf dem Schulhof mal wieder kracht, sei es wünschenswert, wenn die Schüler einen Streit selbstständig beenden könnten. Muß der Lehrer eingreifen, werde das Problem oft nur auf später verschoben. Deshalb macht sie ihren Schülern Mut, einzugreifen und zu vermitteln.

ständnisse machen.« Der selbstbewußte Schüler tritt glaubhaft für seine Neutralität im Konfliktfall ein. Eine wichtige Voraussetzung, um als Vermittler erfolgreich zu sein, denn gerade Mädchen – so Theos Erfahrung – verstehen im Streitfall keinen Spaß. »Die streiten immer um ihre Freundin.« Der Elfjährige weiß auch, in welchen Situationen er als Konfliktlotse nichts mehr ausrichten kann. Prügeln sich zwei Streithähne, helfe nur noch das Eingreifen der Lehrer. »Aber«, fügt er bedeutungsvoll hinzu, »Gewalt ist nur die Eskalation eines Konflikts.« Das sei wie bei zwei Eisbergen, die kollidieren. Der Grund für den Zusammenstoß liege unter Wasser und sei nicht so einfach ersichtlich. Hört man dem Grundschüler zu, entsteht schnell der Eindruck, daß er weiß, wovon er spricht.

Große Medienresonanz

Daß sie als Konfliktlotsen ein Interview geben, ist für Florian und Theo auch nicht mehr sonderlich aufregend. Das Fernsehen war schon da, die Berliner Zeitungen sowieso. Der Konfliktlotsen-Unterricht in einer Grundschule hat Aufmerksamkeit erregt. Ganz zufrieden ist Margit Bauer mit der Resonanz auf die Initiative, die sie mit einer Kollegin ergriffen hat, trotzdem nicht. Der Ansatz, bereits Fünftklässler als Konfliktlotsen zu schulen, hat sich nämlich noch nicht etabliert. An ihrer eigenen Schule hängt es immer wieder vom Stundenkontingent und vom Wohlwollen des Direktors ab, ob der Kurs zustande kommt. Von anderen Schulen kamen zwar Anfragen, aber aufgegriffen hat die Idee noch keine andere Grundschule. »Vielleicht liegt es daran, daß es kein aufbereitetes Unterrichtsmaterial für dieses Thema gibt«, mutmaßt Margit Braun. Zumindest das wird demnächst kein Problem mehr sein. Die Pädagogin arbeitet daran.

Frei und willig?

Ehrenamtliche Tätigkeiten und freiwillige Dienste stehen hoch im Kurs – besonders in Zeiten leerer Kassen. Da darf die lobende Erwähnung nicht-professioneller HelferInnen in keiner sozialpolitischen Festrede fehlen – auch wenn im Alltag das Amt die Ehre oft verdrängt und Gemeinssinn zum Nulltarif nicht automatisch gesellschaftliche Anerkennung findet. Nicht ohne Grund mehrten sich in jüngster Zeit die Stimmen, die eine spürbare Aufwertung des Ehrenamts fordern – nicht durch verbale Streicheleinheiten, sondern durch Auslagenersatz, Fortbildungsangebote und soziale Absicherung. Immer weniger verbinden sich die Begriffe »Ehrenamt« und »Freiwilligendienst« mit der Vorstellung einer abstrakten, zeitlosen Selbsthingabe oder eines bedingungslosen Langzeit-Engagements. Entsprechend vielfältig sind die Motive, die für die Teilnahme an Freiwilligendiensten genannt werden: Für sich und andere etwas Sinnvolles tun, Leerlaufzeiten überbrücken, eine andere soziale Wirklichkeit erleben, die berufliche Orientierung testen, etwas für die Völkerverständigung tun, sich gegen die Ausgrenzung Benachteiligter engagieren, Praktikumsnachweise oder die Erfüllung der Zivildienstpflicht mit Auslandsdienst-Erfahrungen verbinden ... All diese Gründe für einen ohne Zwang gewollten Dienst lassen sich unterscheiden, nicht aber trennen. Eine Einteilung in anerkanntenswerte und weniger wertvolle Motive ist deshalb nicht sinnvoll – vor allem, wenn sie zur Folge hat, daß Idealismus und Eigeninteresse als Maßstäbe einer Freiwilligkeit erster oder zweiter Klasse gegeneinander ausgespielt werden. Wie frei die Wahl eines Freiwilligendienstes im einzelnen ist, hängt von der Lebenssituation des/der Freiwilligen ab. Ein Blick auf die Begrifflichkeit anderer Sprachen (engl. voluntary, franz. volontaire) zeigt: Wichtig ist, daß der Dienst, für den ein »Volontär« sich entschieden hat, persönlich gewollt und bejaht ist – dies unterscheidet ihn grundsätzlich von den gesellschaftlichen Pflichtdiensten Wehr- und Zivildienst, für die die individuelle Zustimmung des Dienstleistenden möglich, aber nicht konstitutiv ist. Anders als bei Pflichtdiensten, die eine solche Wirkung als Sekundäreffekt nicht ausschließen, muß im Vordergrund des Freiwilligendienstes stehen, daß er als persönlich weiterführend und sozial-, friedens- oder öko-relevant erlebt wird. Mit unserem *zivil*-Thema stellen wir aktuelle Erfahrungen, Beispiele und Diskussionen aus dem Umfeld freiwilliger Dienste vor.

Was das Verhältnis unseres Staates zu den Freiwilligendiensten angeht, ist zu wünschen, daß sich die Einsicht durchsetzt: »Fordern statt fördern« reicht als politische Leitlinie nicht aus. Wer Freiwilligendienste als gesellschaftlich kostbare Erfahrung nicht nur rhetorisch würdigen will, steht in der Pflicht, sich ihre Förderung und Ausgestaltung etwas kosten zu lassen.

F. S.



»Bargeldlos bereichernd«



In vielen Projekten und Einsatzstellen treffen sich Freiwillige aus aller Welt. Foto: zivil

Friedensdienst im Ausland statt Zivildienst in Deutschland

bei Paris seinen Friedensdienst geleistet und eigene Ausländer-Erfahrungen gemacht hat.

Erfahrungen

Langeweile kommt nicht auf beim Rückkehrseminar, zu dem die Arbeitsstelle Friedensdienst der Pfälzischen Landeskirche eingeladen hat. Auch diesmal trifft sich eine Gruppe deutscher Kriegsdienstverweigerer, um nach 15 Monaten Friedensdienst in Frankreich oder Belgien Bilanz zu ziehen. Die Eindrücke sind bunt und vielfältig. Obwohl immer auch Probleme zu bewältigen waren, überwiegt deutlich die positive Einschätzung der Auslandsmonate. Übereinstimmend sehen die Rückkehrer ihren Auslandsdienst als eine Zeit, die ihr Leben bargeldlos bereichert hat – um neue Erfahrungen, Beziehungen und Perspektiven.

Beim Gedankenaustausch der Seminarteilnehmer wird die Frage gestellt, ob alle ihren Auslandsdienst ganz freiwillig auch dann gewählt hät-

Von Friedhelm Schneider

Andreas hat in einem belgischen Kinderheim gearbeitet. Er erzählt lächelnd, daß ihm schon bald der Ruf des grün angehauchten Verweigerers (»écolo-objo«) vorausseilte, weil er Rambo-Filme nicht gut fand und nach langen Diskussionen in seiner Wohngruppe die Abfallkompostierung eingeführt hat. – Bernd, in einem südfranzösischen Altersheim tätig, berichtet überwiegend von ganz normaler Altenpflege – nur manchmal pasierte es, daß seine »pensionnaires« auf die 40er Jahre zu sprechen kamen. Dann wiederholten sie die beiden einzigen deutschen Wörter, die ihnen im Gedächtnis geblieben sind: »Halt! Stillgestanden!« – Für die behinderten Jugendlichen in seiner belgischen Dienststelle war Christoph der erste Deutsche, mit dem sie es je zu tun hatten. – David kam sich bei der Betreuung französischer Obdachloser vor, als hätte es ihn mitten in Westeuropa in die »Dritte Welt« verschlagen. Zurück in Deutschland, empfindet er zu man-

chen seiner früheren Mitschüler eine innere Distanz: »Die ganzen Luxusprobleme, die sich die Leute hier machen – das ist doch alles halb so wild...« Edwin schließlich nimmt die Asyldebatte in Deutschland mit anderen Augen wahr, seit er in einem Flüchtlingsheim

Mein Gewissen als Deutscher ...

»Ich werde manchmal gefragt, wie ich vor meinem Gewissen als Deutscher einen »Zivildienst« im Ausland rechtfertige. Ich unterstütze nicht das System, von dem ich so lange profitiert habe. Ich antworte folgendermaßen: Neben einem sozialen Dienst am Menschen leiste ich noch einen Friedensdienst im Sinne der Völkerverständigung. Obwohl Deutschland auf politischer Ebene gute Beziehungen zu den meisten Ländern hat, ist in vielen Ländern der Ruf der Deutschen ganz schlecht, u. a. auch in Frankreich. Ich kenne inzwischen viele

Leute, die sagen, daß sie ihre Meinung über die Deutschen, seit sie mich kennen, geändert haben. Überrascht stellen sie fest, daß ich die Klischees gar nicht erfülle. Ich behaupte, daß zwei Länder, deren Völker sich gut kennen (nicht nur die Vorurteile), nie gegeneinander in den Krieg ziehen würden. Somit leiste ich einen Friedensdienst und diene gleichzeitig auch meinem Heimatland.«

Guido Wennemer, Auslandsdienst in einem Behindertenheim in Nizza



Deutsche und französische KDVer bei der Pflege eines Judenfriedhofs.
Foto: Schneider

Auch in russischen Kliniken – hier das Moskauer Krankenhaus Nr. 15 – arbeiten freiwillige KDVer aus Deutschland. Foto: zivil



ten, wenn er kein Ersatz für den obligatorischen Zivildienst gewesen wäre. »Heute ja«, lautet durchgängig die Antwort, »vor 15 Monaten wahrscheinlich nicht.« Mehr als ein Jahr, finden die meisten, sei für ein freiwilliges Vollzeit-Engagement nicht realistisch.

Daß es möglich ist, statt des deutschen Zivildienstes einen »Anderen Dienst im Ausland« zu leisten, ist nur den wenigsten KDVer aus der Lektüre des Zivildienstgesetzes bekannt. Das Interesse an sozialen Erfahrungen außerhalb des eigenen Landes wird vor allem da geweckt, wo der Insider-Tip »Auslands- statt Zivildienst« sich im Umfeld ehemaliger Auslandsdienstler herumspricht. Nicht selten weicht die erste Begeisterung einer raschen Ernüchterung, sobald die

Rahmenbedingungen und Begleitumstände der Auslandsdienst-Option in den Blick kommen:

Bedingungen

Anerkannte KDVer werden nicht zum Zivildienst herangezogen, wenn sie sich bei einer anerkannten Trägerorganisation zur Leistung eines Auslands-

dienstes verpflichten, »der das friedliche Zusammenleben der Völker fördern will« und mindestens zwei Monate länger dauert als der deutsche Zivildienst. Der Auslandsdienst muß darüber hinaus »unentgeltlich« (also ohne normale Arbeitnehmerentlohnung) geleistet und vor dem 25. Geburtstag begonnen werden – so bestimmt es § 14b Zivildienstgesetz unter der Überschrift »Andere Dienste im Ausland«.

Aufgrund dieser Regelung haben deutsche KDVer seit 1986 die Möglichkeit, statt ihres Inlands-Zivildienstes einen grenzüberschreitenden Friedensdienst im Ausland zu leisten. Zur Zeit sind ca. 140 Trägerorganisationen für Dienste nach § 14b ZDG anerkannt; allerdings enthält die vom Bundesamt für den Zivildienst herausgegebene Liste eine ganze Reihe von »Karteileichen«, deren Auslandsdienst-Aktivitäten zeitweise ruhen oder sich auf nur eine oder zwei Stellen begrenzen. Ein Blick in die Statistik zeigt den im Vergleich zum Zivildienst sehr geringen Umfang der »Anderen Dienste im Ausland«: Augenblicklich werden insgesamt 942 KDVer

nicht zum Zivildienst herangezogen, weil sie sich gemäß § 14b ZDG entweder bereits im Ausland befinden oder am Bewerbungsverfahren um einen Auslandsdienstplatz teilnehmen (Stand 10/1998). Gleichzeitig sind im Inland rund 133 000 Zivis tätig. Von den ca. 1,5 Millionen KDVer der Jahre 1986 bis 1998 haben knapp 3000 einen »Anderen Dienst im Ausland« ge-

»Mein kleiner Beitrag zur Völkerverständigung«

»Ich arbeite in einem Jugendbegegnungszentrum im Elsaß, was es mir ermöglicht, viele Menschen verschiedener Herkunft zu treffen. Wo Menschen zusammenleben, bleiben Konflikte nicht aus, was bedeutet, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und jedem einzelnen die nötige Toleranz entgegenzubringen.

Gerade im Dialog mit französischen Jugendlichen mußte ich feststellen, daß viele eingefahrene Vorurteile gegenüber Deutschland noch immer in den Köpfen der Menschen stecken. Ich hoffe und glaube, daß ich ein wenig dazu beitragen kann, diese überholten Bilder zu korrigieren.

Ich bin der Meinung, daß man erst in einem Land selbst dessen Kultur, dessen Bewohner sowie deren Art zu leben kennenlernen kann. Seit ich hier bin, habe ich viele Erfah-

rungen gemacht, die ich in dieser Form in Deutschland wohl nicht hätte machen können. Angefangen bei der Jugendarbeit, die einem deutschen Zivi nicht offensteht, bis hin zu ganz persönlichen Erlebnissen, die eng an Frankreich gebunden sind.

Im Rahmen einer Seminarwoche zusammen mit anderen deutschen Auslandsdienstlern und französischen Zivis wurde mir außerdem klar, daß unser Dienst auch eine Form von Widerstand beinhaltet. Widerstand gegen eine Gesellschaft, in der es Menschen gibt, die im Abseits stehen. Menschen, die nicht dem Idealbild entsprechen. So ist es für den einen die Arbeit in einem Altersheim, für den anderen die Betreuung von Schwerstbehinderten, die dazu beiträgt, am Rande der Gesellschaft lebenden Menschen

neuen Mut zu geben oder sie zu reintegrieren.

Früher kamen deutsche Soldaten nach Frankreich und verbreiteten dort Angst und Schrecken, heute zeigen junge Friedensdienstleistende mit ihrem Engagement in sozialen Einrichtungen, daß der Feind von einst längst Freund geworden ist. Diese Freundschaft aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen bedeutet mir viel. Deshalb hoffe ich, daß auch ich nach der Beendigung meiner Dienstzeit in Frankreich meinen kleinen Beitrag zur Völkerverständigung geleistet haben werde.«

Frank Kleiner, Freiwilliger in einem Jugendbegegnungszentrum in Neuwiller-lès-Saverne im Elsaß

Deutsch-französische KDVer- »session« im März '99 bei Lyon.
Foto: Schneider

leistet. Bezogen auf die jährlichen Zivi-Zahlen, hat die Beteiligung am Auslandsdienst noch nie den Promillebereich überschritten.

Hindernisse

Obwohl sich bei den Trägerorganisationen die Anfragen stapeln, ist ein angemessener Ausbau der Auslandsdienste nicht in Sicht – vorwiegend aus finanziellen Gründen. Zwar zählt der Auslandsdienst im nachhinein genauso wie der abgeleistete Zivildienst (z. B. bei der Bewerbung um einen Studienplatz), jede weitergehende materielle Unterstützung durch den Staat bleibt



jedoch aus. So sind es die Trägerorganisationen, die für die Durchführung der Auslandsdienste erhebliche Kosten aufbringen müssen. Eine Reihe von Organisationen macht daher ihren Auslandsdienst-Interessenten die Bildung von Unterstützer-Kreisen zur Auflage, um so einen Teil der anfallenden Ausgaben (für Krankenversicherung, Taschengeld, Begleitseminare



In Israel arbeiten Freiwillige über die deutsche Organisation »Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste«. Auf dem Foto besucht eine Gruppe KDVer die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem.
Foto: zivil

etc.) abzusichern. Immer wieder sind es schließlich Eltern oder Großeltern, von deren moralischer und finanzieller Unterstützung es abhängt, ob Auslandsdienst-Pläne Wirklichkeit werden.

Daß der Staat seiner Fürsorgepflicht gegenüber den jungen Männern im Auslandsdienst nicht gerecht wird, ist zu Zeiten christdemokratisch-liberaler Regierungsverantwortung ebenso zutreffend wie wirkungslos kritisiert worden. Wiederholt hat die damalige SPD-Opposition verlangt, die »krasse Ungleichbehandlung« des Auslandsdienstes mit dem Zivildienst müsse beseitigt werden. Die Frage, ob und wie bestehende Benachteiligungen für zivile Auslandsdienste abgebaut werden, bleibt seit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 ein Prüfstein rot-grüner Glaubwürdigkeit.

Auch auf europäischer Ebene ist für KDVer, die anstelle des Zivildienstes einen Friedensdienst im Ausland anstreben, kein Euro zu bekommen. Zwar hat das Europäische Parlament am 19.1.1994 zivile europäische Dienste gefordert, die KDVer und Freiwilligen gemeinsam offenstehen. Im Freiwilligenprogramm der Europäischen Union sind jedoch Alternativdienste für KDVer ausdrücklich von jeder Förderung ausgenommen.

Chancen

Trotz dieser politisch-strukturellen Probleme bietet der »Andere Dienst im Ausland« allen, die sich auf ihn einlassen, die Chance, sich anstelle des deutschen Zivildienstes in Europa oder Übersee gewaltmindernd zu engagieren und internationale soziale Erfahrungen zu machen. Schon lange sind viele Grenzen in Europa und darüber hinaus offen für multinationale Banken, Wirtschaftskonzerne und Militärverbände. Zivile Auslandsdienste stellen demgegenüber die Dominanz einer ökonomisch-militärischen Logik in Frage, sie setzen Zeichen für eine Welt grenzenloser Solidarität und Menschenrechte.

Praktische Hinweise

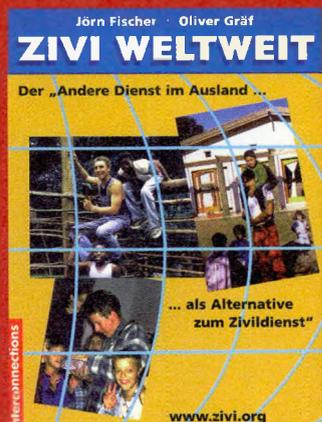
Wer sich eingehender nach den Möglichkeiten eines »Anderen Dienstes im Ausland« erkundigen will, sollte beachten: Nach der Einberufung zum Zivildienst ist die Teilnahme an einem Auslandsdienst nicht mehr möglich, und auch sonst gilt: Auf die Schnelle läuft nichts. Interessenten an einem Dienst nach § 14 b ZDG sollten sich frühzeitig (möglichst im vorletzten Schul- oder Ausbildungsjahr) informieren: Die aktuelle Adressenliste der anerkannten Trägerorganisationen läßt sich über die Internet-Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abrufen (<http://www.bmfsfj.de/zivildie/adressen>). Ein Informationsblatt »Andere Dienste im Ausland« mit Kurzangaben zu Einsatzländern und Bewerbungsvoraussetzungen verspricht das Bundesamt für den Zivildienst (50964 Köln); nützliche Hinweise enthält auch das »Merkblatt zum anderen Dienst im Ausland«, das bei der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Blücherstraße 14, 53115 Bonn) erhältlich ist.

Inzwischen ist auf dem Buchmarkt der erste Ratgeber erschienen, der sich an Interessenten für einen »Anderen Dienst im Ausland« richtet. Das im Buchtitel anklingende Mißver-

ständnis, man könne sich als ganz normaler »ZIVI WELTWEIT« betätigen, wird gleich im Vorwort korrigiert: Zur Diskussion steht nicht ein durch staatliche Sold- und Versicherungsleistungen getragener Zivildienst im Ausland, sondern ein »Ersatzdienst für den Zivildienst mit teilweise erheblichen Unterschieden.« Die beiden Autoren, selbst ehemalige Auslandsdienstler, haben sich durch eigene Erfahrungen anregen lassen und Wissenswertes rund um den Dienst nach § 14 b Zivildienstgesetz zusammengetragen. U.a. enthält ihr Band, nach Ländern und Tätigkeitsbereichen aufgeschlüsselt, einen Überblick über die aktuellen Dienstmöglichkeiten im Ausland. Erfahrungsberichte ehemaliger Auslandsdienstler, u.a. aus »zivil«, tragen zur Veranschaulichung der vielfältigen Sachinformationen bei. Besonders hilfreich ist die Kurzbeschreibung von 134 Trägerorganisationen, die nützliche Angaben zu

Art und Zahl der angebotenen Auslandsprojekte enthält und Hinweise zu Bewerbungsvoraussetzungen und finanziellen Rahmenbedingungen gibt.

Jörn Fischer / Oliver Gräf: ZIVI WELTWEIT. Der Andere Dienst im Ausland als Alternative zum Zivildienst, Freiburg 1999, Verlag interconnections



Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)

Ein Jahr für die anderen – ein Jahr für mich

Fast alle AbsolventInnen sind mit ihren Erfahrungen zufrieden

Von Stefanie Drechsler und Erika Münzer-Siefert

Die Gründe für das Engagement im FSJ sind vielfältig. So kann das freiwillige Jahr z. B. als Vorpraktikum genutzt werden. Neben der persönlichen Weiterbildung und der Möglichkeit, die Eignung für einen sozialen Beruf zu überprüfen, werden auch Motive wie »Ich wollte anderen Menschen helfen« und »Ich wollte etwas Gutes tun«, immer wieder genannt. Unter den Freiwilligen sind ca. 90 % Frauen und nur 10 % Männer, ein Ungleichgewicht, das sich wohl hauptsächlich durch die Wehr- bzw. Zivildienstpflicht für Männer erklärt.

Eingesetzt werden die jungen Leute in verschiedenen pädagogischen Einrichtungen (Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendheime), pflegerischen Einrichtungen (Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Sozialstationen), in Einrichtungen für behinderte Menschen (Werkstätten, Wohnheime, Sonderkindergärten), aber auch in Kirchengemeinden.

Nach dem Gesetz zur Förderung eines FSJ sollen die jungen Freiwilligen als zusätzliche Hilfskräfte eingesetzt werden. Was jedoch in der Praxis nicht immer verhindert, daß personelle und finanzielle Engpässe auf Kosten der Freiwilligen ausgeglichen werden. Hieraus ergibt sich für die Träger des FSJ der Auftrag, dafür Sorge zu tragen, daß die Freiwilligen durch ihre Aufgaben nicht überlastet werden. Dies insbesondere zum gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem gerade der Sozialbereich von massiven Einsparungen betroffen ist.

Pädagogische Begleitung

Das FSJ versteht sich als Bildungsjahr. Deshalb findet neben der praktischen Arbeit auch eine pädagogische Begleitung statt. Zentraler Bestandteil der Begleitung sind 25 Seminartage. Seminar bedeutet für die TeilnehmerInnen: Regelmäßige Treffen mit anderen Freiwilligen, Gelegenheit, sich über die bei der Arbeit gemachten Erfahrungen auszutauschen, Erfahrungen zu verarbeiten, neue Anregun-

gen zu bekommen und Lösungsstrategien für Probleme zu entwickeln. So berichtet eine Teilnehmerin: »Für mich war unheimlich wichtig, daß ich über meine Probleme sprechen konnte. Die Gruppe hat mir dann dabei geholfen, Lösungen zu finden.« Darüberhinaus bieten die Seminare die Möglichkeit, sich mit für die TeilnehmerInnen relevanten Themen auseinanderzusetzen. So werden neben

Die Jugend von heute – süchtig nach Erlebnis und egoistisch, sagen die einen. Ganz schön engagiert, sagen die anderen. 9500 Jugendliche leisteten 1997/98 ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) – Tendenz steigend. Und das für ein monatliches Taschengeld, das noch unter der Vergütung von Zivildienstleistenden liegt. Ist die Jugend besser als ihr Ruf?

den Inhalten, die die konkrete Arbeit betreffen, auch allgemeine und aktuelle gesellschafts- und sozialpolitische Themen aufgegriffen. Aber auch Fragen der Sinnfindung, Lebensorientierung und Gestaltung sind Teil der Seminare. Dabei haben die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, Themen und Inhalte selbst mitzubestimmen. Zu den Bildungszielen gehören: Stärkung der sozialen Kompetenz im Umgang mit Anderen, z. B. Förderung der Fähigkeit zu

Solidarität und Begegnungsbereitschaft, Kennenlernen und Verstehen der Strukturen von Sozialsystemen, Förderung der Persönlichkeitsentwicklung.

Die Begleitung der TeilnehmerInnen beschränkt sich aber nicht nur auf die Seminararbeit. Bei Besuchen durch die ReferentInnen in den Einsatzstellen werden Probleme der praktischen Arbeit, sowie Fragen zum Einsatz geklärt. Auch bei persönlichen Problemen der Freiwilligen stehen die ReferentInnen beratend zur Seite.

Gratwanderung

In einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 1998 wurde die Begleitung durch die Träger von 50 % der Jugendlichen als positiv beurteilt, 34 % bewerteten sie als sehr positiv. Die abschließende Beurteilung des FSJ durch die Freiwilligen fällt nach der genannten Studie insgesamt sehr positiv aus. 96 % der AbsolventInnen würden das FSJ weiterempfehlen. Dazu TeilnehmerInnen: »Ich bin in diesem Jahr erwachsener geworden. Für die Sachen, die ich richtig finde, traue ich mich auch jetzt einzusetzen.« »Ich hätte nicht gedacht, daß ich so geduldig sein kann. Manchmal bekommt man im Al-

tenheim die gleiche Geschichte immer wieder erzählt. Aber ich verstehe jetzt wie wichtig es ist zuzuhören.« So scheint die Gratwanderung zwischen sinnvollem Einsatz und Ausnutzung gelungen. »Ein Jahr für andere, ein Jahr für mich«, so lautet der Slogan eines der ev. FSJ-Träger. Entgegen der allgemeinen Erfahrungen mit Werbung entspricht dieser Spruch wohl der Wahrheit.

Stefanie Drechsler und Erika Münzer-Siefert sind Referentinnen für Freiwillige Soziale Dienste beim Diakonischen Werk Speyer.



61 % der FSJ-TeilnehmerInnen haben Abitur. Die meisten wollen einen Beruf ergreifen, der »mit Menschen zu tun hat«.

Info

FSJ-Träger sind:
Kirchlich:

- Diakonisches Werk und Evangelische Jugendarbeit
- Caritas Verband und Bund der Deutschen Katholischen Jugend
- Nicht kirchlich:**
- Arbeiterwohlfahrt
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband,
- Internationaler Bund für Sozialarbeit
- Deutsches Rotes Kreuz

Bewerbungen für ein FSJ sind an die jeweiligen Träger zu richten. Mindestalter 17 Jahre (In Ausnahmefällen 16 Jahre), Höchstalter 26 Jahre.

Leistungen im FSJ:

- Taschengeld laut Gesetz bis zu 460,- DM (meist +/- 400,- DM)
- freie Unterkunft bzw. Fahrtkostenerstattung
- freie Verpflegung
- Sozialversicherung
- Urlaub
- Anspruch auf Waisenrente und Kindergeld bleibt bestehen
- Ein »Diakonisches Jahr im Ausland« bietet das Diakonische Werk Pfalz an. Kontakt: Referat Diakonisches Jahr, Pf 1260, 67322 Speyer

THEMA: FREI UND WILLIG?

Natürlich zwanglos

Etwas tun für die Umwelt, Kontakt zur Natur: Drei Abiturientinnen arbeiten mit viel Engagement auf einem Öko-Bauernhof.



Die Feldarbeit macht hungrig

Text und Fotos von Rainer Menzel

6.15 Uhr: Ariane steht im Stall. Ihr Haar hat sie zu einem Pferdeschwanz zusammengebunden, sie trägt einen dicken Wollpullover, in der Hand hält sie eine Heugabel. Ariane versorgt die Kühe, wie jeden Tag um diese Zeit. Kleine Lampen werfen karges Licht in den Raum, in dem sich ein starker Geruch von frischem Heu und Mist ausgebreitet hat. Vor dem Melken füttert sie die Tiere, dann sind sie ruhiger und die junge Frau hat es leichter. An die körperliche Arbeit hat sie sich gewöhnt, seit sieben Monaten absolviert Ariane ein Freiwilliges Ökologisches Jahr.

Ihre Einsatzstelle liegt im Schwäbischen Wald, ziemlich in der Mitte zwischen Stuttgart und Schwäbisch Hall. Vom Städtchen Murrhardt aus sind es sieben Kilometer durch hügelige, manchmal schroff ansteigende und abfallende Landschaft bis hinaus zum »Wacholderhof«. Außer Ariane sind noch zwei FÖJlerinnen hier beschäftigt: Silvia und Merilind.

Auf den ersten Blick unterscheidet sich der Hof kaum von anderen landwirtschaftlichen Betrieben in der Gegend: Ein Wohnhaus mit zwei Etagen, ein Hühnerstall und mehrere Holzschuppen; etwas abseits liegen der Stall für Kühe, Schafe und Pferde sowie ein kleines Backhaus. Die Besonderheit, daß der Wacholderhof ein sogenannter

Biolandhof ist, entdeckt man erst allmählich. So gibt es zum Beispiel eine Biogasanlage, die natürlichen Abfall in Strom verwandelt. Massentierhaltung findet man hier nicht, im Gegenteil, die Tiere haben überdurchschnittlich viel Lebensraum. Der Hof umfaßt 12 ha. Davon werden 1,5 ha als Ackerland für Feldgemüse und Futter im Fruchtwechsel benutzt, liegen jetzt, im Vorfrühling aber noch brach. Der Rest sind Wiesen und Weiden. Neben einem Traktor gibt es zwei Arbeitspferde, die für die Pflegearbeiten auf den Feldern, auf den Weiden und im Winter auch im Wald eingesetzt werden. Zum Thema Fortschritt hält man sich auf dem Wacholderhof gern an die Parole von Stanislaw Lec: »Wer Fortschritt sagt, muß auch immer sagen, wovon er fortschreitet.«

8.00 Uhr: Ariane, Silvia und Merilind treffen sich im Meditationsraum zu einer »Zeit der Stille«. Zunächst entspannen sich die FÖJlerinnen und reden dann über Texte aus der Bibel. Die halbe Stunde sei ihnen wichtig geworden, sagen sie, weil es eine Zeit des geistigen Anspruchs sei. Bei der Hofarbeit sei der Kopf oft nicht mehr gefordert. »Das ist ein Nachteil«, sagt Ariane. »Auf der anderen Seite: Man sieht nach jedem Stück Feldarbeit, was man geleistet hat. Das tut gut.« Wenige Monate vor dem FÖJ hatten Merilind, Silvia und Ariane ihr Abi gemacht. Danach wollte Ariane einfach mal etwas tun, wozu sie später vielleicht keine Gelegenheit mehr finden würde, Silvia hatte sich für eine landwirtschaftliche Ausbildung interessiert und wollte das Berufsfeld erkunden, Merilind ging es

um das ökologische Engagement. So wie hier sind es generell überwiegend Frauen, die im FÖJ landen, ganze zehn Prozent sind Männer.

8.30 Uhr: Die drei FÖJlerinnen und die sieben Familienmitglieder des Einsatzstellenleiters Bertholt Burkhardt sitzen beim Frühstück. In der »Stube« steht ein großer gelber Kachelofen, der eine gemütliche Atmosphäre in den Raum bringt. Silvia zeigt auf den Tisch, wo Brot, Butter, Käse, Marmelade und Honig stehen. »Alles Eigenproduktion«, sagt sie stolz. Stolz ist man auch auf den natürlichen Lebensstil, den man sich bewahrt hat. Dazu gehören die gemeinsamen Mahlzeiten ebenso wie der Verzicht auf das Fernsehen. Man habe sich wie eine Großfamilie arrangiert, sagt Silvia.

»Um 5 Uhr raus«

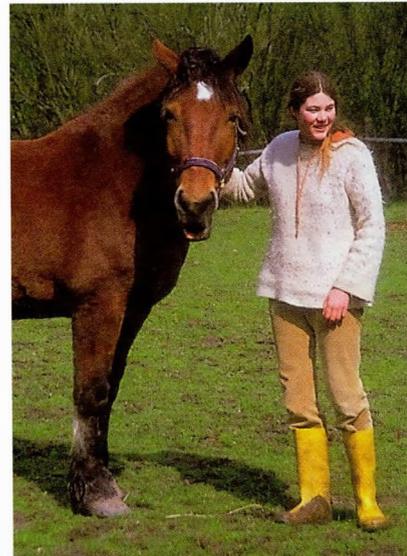
Manchmal wünschen sich die FÖJlerinnen mehr Raum für sich selbst. »Besonders bei Konflikten können wir uns nicht aus dem Wege gehen«, sagt Ariane.

Nicht alle FÖJ-Dienststellen bieten Unterkunft. Nur etwa ein Drittel aller FÖJlerinnen wohnt in den Einsatzstellen, ein weiteres Drittel bei den Eltern, das letzte Drittel in eigenen Wohnungen oder WGs.

9.00 Uhr: Ariane und Silvia transportieren auf einem Handwagen einen großen Eimer mit verbrauchtem Fett zur Biogasanlage. »Das Zeug stinkt manchmal schlimmer als der Misthaufen«, sagt Silvia lachend. Den Humor haben sich die jungen Frauen erhalten, ebenso ihre Motivation. »Man muß schon echtes Interesse an der Sache haben«, sagt Ariane. Das Grundprinzip des FÖJ, die Freiwilligkeit, sei allen sehr wichtig. Dazu komme die Einbindung in die Hof-Lebens-Arbeitsgemeinschaft, wie es in der Stellenbeschreibung heißt. Trotz allem falle es ihnen manchmal schwer, so früh aufzustehen. Besonders freitags und samstags, wenn das Gemüse oder die selbstproduzierten Milchprodukte auf dem Wochenmarkt in Murrhardt verkauft werden.



Silvia ist für die Schafe zuständig



»Da heißt es um 5 Uhr raus! Aber ein bißchen werden wir entschädigt durch den Kontakt mit den Kunden. Das macht Spaß, und wir können eine Menge lernen«, erklärt Silvia.

11.00 Uhr: Die Tiere werden nochmals gefüttert. Es gibt 3 Kühe, 15 Schafe, 2 Pferde, einige Hasen und eine Hühnerschar auf dem Hof. Man verkauft die Produkte der Tiere, aber aus Prinzip weder die Tiere selbst noch deren Fleisch.

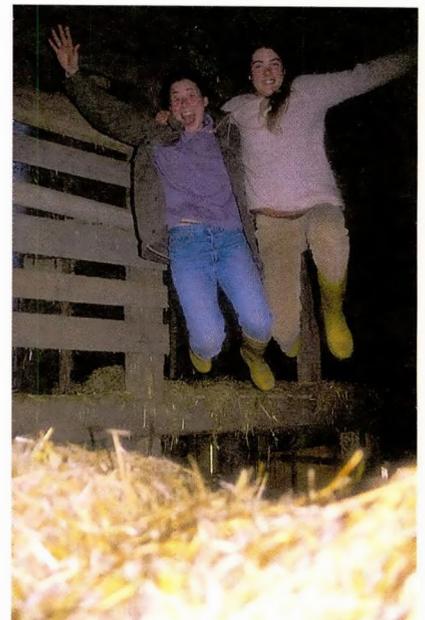
Im Ackerbau stehen ökologische Gesichtspunkte im Vordergrund. Viele Rückschläge gab es in der Geschichte des Hofes, der sich manchmal am Rande der Wirtschaftlichkeit bewegte. Es gab Mißernten, man hatte Schulden ... Aber man hat dazugelernt und dennoch am Ökokonzept festgehalten – auch an der Einstellung, sein Wissen weiterzugeben. Besucher sind auf dem Wacholderhof gern gesehen, trotz der vielen Arbeit, die täglich anfällt. Vor allem an den Wochenenden öffnet sich der Wacholderhof für Familien oder interessierte Gruppen. Und im letzten Jahr fanden sogar zwei Zivi-Rüstzeiten zum Thema »Ökologisch Leben« statt.

11.30 Uhr: Zum Mittagessen gibt es Rohkost, Sauerkraut, Kartoffelsalat und Lamm, alles Marke Wacholderhof. Die Hofgemeinschaft achtet auf eine gesunde Ernährung und bevorzugt Vollwertkost. »Es schmeckt gut und ich fühle mich wohl dabei«, sagt Silvia, »ich werde mich auch in Zukunft vernünftig ernähren.« Berthold Burkhardt erinnert sich an viele Freiwillige, denen das FÖJ wichtige Impulse für das eigene Leben gab. Immerhin arbeite er seit Beginn des FÖJ vor knapp zehn Jahren mit Freiwilligen. In dieser Zeit habe er nur gute Erfahrungen damit gemacht. »Das FÖJ findet gesellschaftlich viel zu wenig Anerkennung«, kritisiert er. Dennoch sind die Stellen für das FÖJ begehrt: Berthold Burkhardt bekam im letzten Jahr für seine drei Stellen 16 Bewerbungen. 1998 standen Bundesweit 1500 Stellen zur Verfügung. Nur jedem vierten Bewerber konnte ein Platz zugewiesen werden!

Seminare

Nicht überall ist man so zufrieden mit dem FÖJ. Für den Einsatzstellenleiter Kai Frank vom Naturschutzzentrum Möggingen beispielsweise führte nach vierjähriger Erfahrung eine ganze Reihe von Gründen dazu, die Stellen zu streichen und durch Zivis und Praktikanten zu ersetzen. »Die hohen Anforderungen bei uns machen die Einarbeitung aufwendig«, sagt er. Anfang September beginne das FÖJ und ende im August. Es gibt keine Überschneidung, und so könnten sich die FÖJlerinnen, die viel Interesse, aber wenig Erfahrung mitbrächten, noch nicht einmal gegenseitig einarbeiten. Schließlich seien da noch die fünf Seminare als schlichte Ausfallzeiten und

»Glückliche Hühner« – Legebatterien sind für einen Öko-Hof undenkbar



nicht zuletzt sein Aufwand als FÖJ-Einsatzstellenleiter beim Träger. »Das FÖJ ist eine gute Sache – für meine Dienststelle allerdings nicht.«

14.00 Uhr: Ariane hackt Holz. Währenddessen erzählt sie von den Seminaren, die zum FÖJ gehören. Sie dienen zur pädagogischen Betreuung, die Teilnahme gilt als Arbeitszeit und ist gesetzlich vorgeschrieben. Ziele der Seminare sind neben dem Erfahrungsaustausch mit anderen FÖJlerinnen die Weiterbildung und Wissensvermittlung von ökologischen und umweltpolitischen Themen. Fünf Mal fänden sie statt, drei Seminare hätte sie schon gehabt, sagt sie. Sie ginge gern hin, weil sie eine Abwechslung zur Arbeit auf dem Hof seien. Meistens seien die Inhalte interessant und natürlich wolle sie auch wissen, was bei anderen abgeht.

16.00 Uhr: Ariane, Silvia und Merilind putzen die Küche. Bei der Hausarbeit müssen sie sich selbst organisieren. Und ausgerechnet hier entstehen immer wieder Konflikte. »Sonst sind unsere Arbeitsbereiche fest zugeteilt und funktionieren auch«, sagt Ariane. »Wenn wir gemeinsam für etwas verantwortlich sind, dann erledigt es keiner.« Außerdem meint sie, daß sie sehr unterschiedliche Menschen wären und es ein Wunder sei, daß es nicht noch mehr Streß untereinander gäbe. Außer einem Mangel an Freizeit kritisieren Ariane, Silvia und Merilind nichts an ihrer Einsatzstelle. Dagegen war bei einem Bundestreffen der Sprecher/innen des FÖJ unter anderem eine bessere Kontrolle der Einsatzstellen durch den Träger verlangt und teilweise unzureichende persönliche Betreuung beanstandet worden.

19.00 Uhr: Merilind, Ariane und Silvia sprechen über ihre Zukunftspläne: Merilind möchte nach dem FÖJ Kunst, Französisch und Deutsch studieren und ein Lehramt übernehmen. Silvia wird eine landwirtschaftliche Ausbil-

dung machen, und Ariane sieht das Studium zur Diplom-Sozialwirtin vor sich. Silvia hatte sich während des FÖJ dazu entschieden, Merilind und Ariane halten an ihren alten Plänen fest.

Nach dem Stalldienst haben die FÖJlerinnen endlich Dienstschuß. »Abends sind wir immer völlig k.o.«, sagt Silvia. »Nur dreimal sind wir in den sieben Monaten ausgegangen. Und morgen um 6.15 Uhr geht es schließlich wieder los.«

Und natürlich muß die ganze Sache auch Spaß machen

Freiwilliges Ökologisches Jahr

Voraussetzungen

- Alter: 16 bis 27 Jahre
- Interesse an Umwelt- und Naturschutz/Ökologie.
- Bereitschaft für konkrete Natur- und Umweltarbeit und aktive Teilnahme an den Seminaren

Man erhält

- ein Taschengeld von ca. 300 DM monatlich.
- freie Unterkunft und Verpflegung oder einen Essens- und Fahrtkostenzuschuß
- volle Absicherung in der Sozialversicherung
- 26 Tage Urlaub
- Arbeitskleidung (zum Teil leihweise)

Anerkennung

- Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) erkennt das FÖJ als Wartezeit an (bei ganzjähriger Teilnahme). Bereits zugewiesene Studienplätze bleiben erhalten.
- Das FÖJ wird nicht generell als Vor-/Praktikum anerkannt. Die Entscheidung liegt bei den Ausbildungsstätten.
- Das FÖJ kann nicht auf die Zivil- bzw. Wehrdienstpflicht angerechnet werden.

Kontakt über

- das Arbeitsamt
- die Träger des jeweiligen Bundeslandes (z. B. Landeszentrale für politische Bildung, Evangelische Jugend in Bayern, Jugendaufbauwerk Berlin, Naturschutz-Zentrum Hessen e.V.)

Freiwillige Dienste – die Alternative zur Wehrpflicht?



Am Tropf der Wehrpflicht hängt die Zivildienstpflicht: Fällt die Wehrpflicht, fällt automatisch auch der Zivildienst. Ohne Zivis aber, so wird häufig argumentiert, funktioniert unser Sozialsystem nicht mehr. Hans-Ernst Böttcher, Landgerichtspräsident in Lübeck, hält dagegen: Für den Juristen sind Wehr- und Zivildienstpflicht heute verfassungsrechtlich nicht mehr vertretbar. Stattdessen sieht er in einem System freiwilliger gesellschaftlicher Dienste eine verfassungskonforme, demokratische und zivilgesellschaftliche Alternative.

Auch Selbsthilfegruppen sind auf freiwilliges Engagement angewiesen. Fotos: zivil

Von Hans-Ernst Böttcher

Ein Denken für die demokratische Zukunft muß bei der Gesellschaft statt beim Staat ansetzen!

An die Stelle des überholten Modells staatlicher Zwangsdienste tritt ein Modell freiwilliger gesellschaftlicher Dienste. Das ist beileibe nicht nur ein Etikettenwechsel. Zunächst ist einmal als entscheidender Unterschied festzuhalten: Während heute das Ob mit der gesetzlichen Vorgabe des staatlichen Zwanges keine Frage für den einzelnen jungen Mann ist, wäre es dann eine freie Entscheidung des und der einzelnen, ob er/sie einen gesellschaftlichen Dienst leistet.

Weiter ist die unterschiedliche Trägerschaft bedeutsam. An die Stelle des hoheitlich verordneten Dienstverhältnisses tritt eine freie Vereinbarung des einzelnen mit dem Träger. Wie übrigens schon heute beim Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahr, das wahrscheinlich ohnehin – bis auf das sicherlich auch für ein Taschengeld zu niedrige Entgelt und einige andere sozial- und familienrechtliche Gesichtspunkte – als interessantes Muster dienen kann.

Über die Trägerschaft kommt der für die reale Demokratie so bedeutsame Gesichtspunkt der Pluralität zum Tragen. Weit mehr als bei dem jetzigen System der Anerkennung des Zivildienstträgers durch das Bundesamt, könnte eine Vielfalt von Trägern sich entfalten und konkurrieren. Statt der Anerkennung/Zulassung der Träger durch ein staatliches Organ böte es sich an, daß ein »staatsfreies« gesellschaftlich konstruiertes Gremium – ähnlich den Rundfunkräten oder den vergleichbaren Organen der Landesmedienanstalten – entscheidet.

Wie könnte das Modell freiwilliger gesellschaftlicher Dienste in der Praxis aussehen? Die bekannten sozialen Dienste, in denen heute Zivildienstleistende Dienst tun, wie DRK, AWO, Diakonie, Caritas etc. wären unter den – nunmehr die Arbeit in eigener Verantwortung organisierenden – Trägern sicherlich ebenso vorhanden wie die vielen kleinen Trägerorganisationen, die heute ebenfalls Zivildienstleistende beschäftigen. Dazu könnten sicher viele Initiativen und Selbsthilfeorganisationen kommen, aber denkbar sind auch Trägerschaften von großen Organisationen auf zusätzlichen Gebieten. Der Phantasie sind keine Grenzen ge-

setzt. Große und kleine Umweltorganisationen und -initiativen lassen sich als Träger vieler Projekte denken. Die Turn- und Sportjugend mag Projekte organisieren, die dem Sportstättenbau und/oder dem Aufbau von Übungs- und Förderungsstrukturen für Jugendliche dienen. Oder: Das deutsch-französische, das deutsch-polnische Jugendwerk oder auch Jugendorganisationen aus zwei Städten in Partnerschaft tragen ein gemeinsames Projekt.

Offen für Männer und Frauen

Ich hoffe, es ist erkennbar geworden: Das Modell »freiwilliger gesellschaftlicher Dienst« setzt, im Gegensatz zu den bisherigen Modellen staatlicher Zwangsdienste, nicht beim Staat an, sondern bei der Gesellschaft; er setzt Freiwilligkeit und Initiative an die Stelle von Zwang und Reglementierung; an die Stelle staatlich verordneter Uniformität tritt gesellschaftliche Pluralität; der militärische Dienst verliert seine Stellung als Modell und Maßstab.

Um auch das noch einmal klarzustellen: Es ist nicht die Einführung der staatlichen Zwangsdienste auch für Frauen durch die Hintertür. Ich bin gegen staatliche Zwangsdienste, schon gegen die vorhandenen für Männer. Deswegen bin ich strikt gegen die Erweiterung (auch noch) auf Frauen. Der Gleichheitssatz gebietet es keineswegs, ein für die Angehörigen eines Geschlechtes nicht (mehr) zu rechtfertigendes Übel nun auch noch auf das andere Geschlecht zu übertragen. Ha-

be ich aber ein Modell echter Freiwilligkeit, zudem noch in aller Regel in nicht-staatlicher Trägerschaft, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß nach individueller Entscheidung der Zugang zum freiwilligen gesellschaftlichen Dienst Frauen und Männern gleichermaßen offensteht.

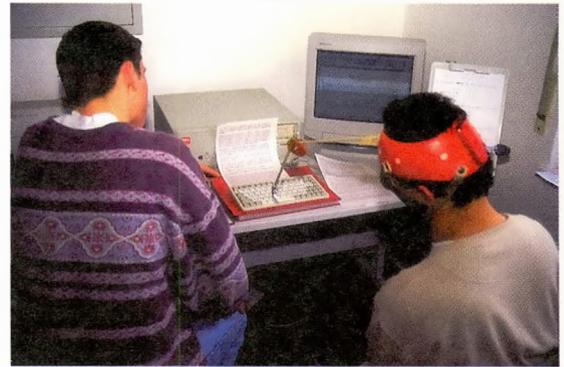
Staatliche Finanzierung

Einige Bemerkungen zum Geld. So eindeutig die Trägerschaft der einzelnen Projekte und des freiwilligen gesellschaftlichen Dienstes insgesamt nicht-staatlich sein soll, so klar muß es sein, daß der Staat mit seiner Finanzkraft für das Entgelt der Freiwilligen und die Kosten der notwendigen übergreifenden Verwaltungsstruktur einsteht. Das Entgelt sollte sich oberhalb des Taschengeldes des heutigen Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahres und wohl etwa in der Höhe des jetzigen Wehr- und Zivildienstsoldes bewegen. Sämtliche bisher für Wehrpflichtige aufgewandten Mittel werden frei. Selbst dann, wenn die Zahl der Freiwilligen Sozialen Dienst Leistenden die Zahl der heutigen Zivildienstleistenden massiv überstiege, ließe sich der Dienst also voraussichtlich gut finanzieren. Dieser Fall dürfte aber selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Frauen zu den Interessenten hinzukommen, eher unwahrscheinlich sein. Weitere Mittel werden frei durch den Abbau der großen zentralen Bürokratien für Wehrdienst- und Zivildienstleistende. Dies betrifft insbesondere das Bundesamt für den Zivildienst.

Bonus-System

Schließlich fehlt noch einer der für mich entscheidenden Punkte des Modells: Das Bonus-System. Wer freiwilligen gesellschaftlichen Dienst leistet, wird – unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes für alle (auch der

Frauen, die bisher regelmäßig von solchen »Gratifikationen« ausgeschlossen waren!) – überall dort, wo es Wartezeiten für bestimmte Ausbildungen, Studien oder Berufe gibt oder wo Vortätigkeiten in bestimmter Höhe gefordert werden oder anzurechnen sind, einen Bonus bekommen. Dies könnte nach einer sehr einfachen Formel geschehen: Wieviel Sozialdienst, soviel Bonus. Nehmen wir an, die Regelzeit für den freiwilligen gesellschaftlichen Dienst ist ein Jahr, so werden z. B. zwei Semester Wartezeit für einen Studienplatz mit numerus clausus gutgeschrieben. Der Bonus wird auf jeden Fall im staatliche Bereich gelten und durchsetzbar sein. Die Geltung und Anwendung im nichtstaatlichen Bereich zu erreichen, wird eine wichtige Aufgabe der Gesetzgebung und der Tarifregelungen im einzelnen sein. Ich bin hier nicht naiv, ich glaube aber, daß z. B. auch die Unternehmer selbst umso mehr bereit sein werden, junge Leute einzustellen, die ein freiwilliges gesellschaftliches Jahr hinter sich haben, je mehr sich einzelne Projekte



»Klassische« Zivi-Arbeitsfelder, wie etwa in der Behindertenhilfe, könnten durch Freiwillige besetzt werden.

und das gesamte Projekt »freiwilliger gesellschaftlicher Dienst« als erfolgreich erweisen. So wie zu wünschen ist, daß der freiwillige gesellschaftliche Dienst bei den Jugendlichen »in« sein wird, so ist zu wünschen, daß er bei denjenigen, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze anbieten, als ein »Markenzeichen« gilt.

Der Autor ist Landgerichtspräsident in Lübeck. Er wird beim Café zivil während des Kirchentages in Stuttgart am Streitgespräch »Helfen unter Zwang?« teilnehmen. (Freitag 13.00 Uhr, s. a. Seite 8/9)

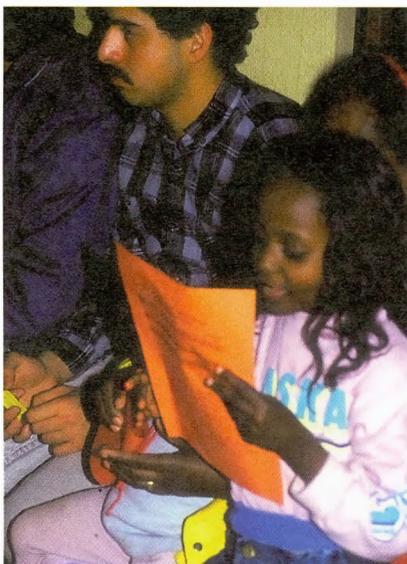
Robert Bosch Stiftung:

Manifest für Freiwilligendienste

100 000 Freiwilligenplätze bis zum Jahr 2005 – gegenwärtig sind es ca. 10 000 – das ist die ehrgeizige Zielvorstellung einer Expertenkommission, die auf Initiative der Stuttgarter Robert Bosch Stiftung die Zukunft der Freiwilligendienste ausmalen sollte. Weil einerseits über kurz oder lang Wehrpflicht und Zivildienst wegfallen und damit enorme Versorgungslücken im sozialen Bereich entstehen werden, weil andererseits schon heute weit mehr junge Menschen zu einem freiwilligen Einsatz bereit wären, als tatsächlich Plätze vorhanden sind, sieht die Kommission dringenden Handlungsbedarf. In dem verabschiedeten »Manifest für Freiwilligendienste in Deutschland und Europa« heißt es: »Das Gemeinwesen kann es sich nicht länger leisten, den guten Willen tausender Jugendlicher zu ignorieren und ihre Bereitschaft zum Engagement brachliegen zu lassen.« Das reiche Deutschland könne und müsse hier kurzfristig reagieren und überdies international Signale setzen. Die Kommissionsmitglieder, Experten aus Politik und Wissenschaft, schlagen eine bundesweite »Stiftung für Freiwilligendienste« als Koordinationsorgan

vor. Jährlich sollen 10 000 neue Plätze geschaffen werden, die dafür notwendigen Kosten von 114 Millionen Mark im Jahr sollen aus EU-Mitteln sowie aus Bundes-, Länder- und Kommunalkassen stammen. Außerdem appelliert die Kommission an Wirtschaftsunternehmen, durch »social sponsoring« in die »Entwicklung der Zivilgesellschaft« zu investieren. Die Pläne für die Ausgestaltung des Freiwilligendienstes lehnen sich eng an das bisherige FSJ bzw. FÖJ an, die Arbeitsfelder entsprechen weitgehend denen des heutigen Zivildienstes, plus Sport, Kultur oder auch z. B. Friedensarbeit.

Die Kommission mißt den Diensten für andere Menschen, für die Umwelt, für eine gute Sache ... eine sehr hohe gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu und sieht es als absolut wichtig an, daß am Ende Belohnungen winken, die von Bonuspunkten bei der Studienwartezeit über Zertifikate für erworbene Kompetenz bis hin zur Anwartschaft auf ein Sabbatjahr während des Berufslebens reichen. Die Mitglieder der Kommission fordern auch eine fachliche Begleitung für alle Freiwilligen. Bezug des gesamten »Manifests« (20 Seiten): Robert Bosch Stiftung, Postfach 10 06 28, 70005 Stuttgart. W. S.



Kleinere Initiativen, etwa in der Flüchtlingshilfe, arbeiten schon immer mit Freiwilligen.

Für eine neue Kultur der Freiwilligkeit.

Das Modell einer Freiwilligen-Agentur in Bremen

Von Heinz Janning und Gerd Placke

Derzeit erlebt die Bundesrepublik den Aufschwung eines neuen Organisationstyps, der die Entwicklung in anderen Ländern nachholt: Sogenannte Freiwilligen-Agenturen versuchen auf lokaler Ebene und auf unterschiedlichste Weise freiwilliges Engagement zu fördern. Diese Agenturen, als professionelle, unabhängige und überverbandliche Anlaufstellen, sind in Ländern wie Norwegen, England, Schweden oder den Niederlanden durch ihre Informations-, Beratungs-, Vermittlungs- und Bildungsarbeit bereits ein unverzichtbares Rückgrat für eine dem freiwilligen Engagement förderliche Infrastruktur. Von solchen internationalen Vorbildern hat die Freiwilligen-Agentur Bremen und deren Trägerverein, der Soziale Friedensdienst Bremen e.V. (SFD), profitiert und zahlreiche Anleihen gemacht.

Seit über 27 Jahren berät und begleitet der SFD Bremen junge Männer, die überwiegend im sozialen Bereich ihren Zivildienst leisten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Abschaffung der Wehrpflicht bzw. des Zivildienstes setzt sich der Verein mit den Möglichkeiten und Grenzen von freiwilligem, ehrenamtlichem oder bürgerschaftlichem Engagement auseinander. Statt neue Dienstpflichten einzuführen, favorisiert der SFD Bremen Modelle und Aktivitäten zur Förderung des freiwilligen Engagements. Denn neben den viel diskutierten Tendenzen zur Entsolidarisierung oder Egoismus-Orientierung gibt es in unserer Gesellschaft eine Fülle von gemeinnützigem und unentgeltlichem Einsatz. Vermutlich ist die Zahl der zum Engagement bereiten BürgerInnen doppelt so hoch wie die Zahl der tatsächlich Engagierten.

Seit dem 5. Dezember 1995 informiert die Freiwilligen-Agentur interessierte Bremerinnen und Bremer und vermittelt Kontakte zu Organisationen. Derzeit gibt es über 150 attraktive Tätigkeiten für Freiwillige aller Altersgruppen in über 85 Organisationen in den Bereichen Kultur, Soziales, Ökolo-

gie, Politik und Sport. Parallel dazu werden gemeinnützigen Organisationen Beratungsprojekte sowie Fortbildungen und Vorträge angeboten. Engagement von Freiwilligen soll auf diese Weise angeregt und für alle Beteiligten konstruktiv nutzbar gemacht und begleitet werden. Ein weiteres Wesens-



Freiwillige des Naturschutzbundes pflegen ein Biotop. Die Gruppe fand sich durch Vermittlung der Freiwilligen-Agentur.

merkmal des Bremer Modells einer Freiwilligen-Agentur ist verbandliche Unabhängigkeit.

Freiwillige lassen sich nicht rekrutieren

Nach den Erfahrungen der Freiwilligen-Agentur haben Menschen, die sich unentgeltlich engagieren wollen, kein Interesse an einem »Arbeitsamt für unbezahlte Arbeitskräfte«; bürgerschaftlich engagierte Menschen lassen sich nicht »rekrutieren«. Es gibt jedoch ein Interesse an neutralen Informationsmöglichkeiten in bezug auf die Mitarbeit in Organisationen, die sich der Bewältigung ökologischer, kultureller, sozialer oder politischer Probleme widmen.

Wie sieht die Unterstützung von interessierten BürgerInnen durch die Freiwilligen-Agentur Bremen konkret aus? Wie kann man Freiwillige für eine »passende« Tätigkeit gewinnen?

Für ein großes Projekt wurde kürzlich eine Presse- und Radiokampagne konzipiert, die sich speziell an die Gruppe der 15- bis 25jährigen wandte. Für insgesamt 12 bestehende Bürgerinitiativen wurden freiwillige Unterstützer gesucht: z. B. Jugendliche, die ihre PC-Erfahrungen einem Internet-Projekt des Naturschutzbundes zur Verfügung stellen konnten. Ein Amateurtheater-Ensemble suchte Leute, die

ihren künstlerischen oder handwerklichen Neigungen »hinter den Kulissen« nachgehen wollten. Es wurden auch junge Menschen gesucht, die ihre literarischen Fähigkeiten in einem »Toleranzbuch« des Jugendringes einbringen konnten. Ein Sportverein hatte die Hoffnung auf Freiwillige, die eine schlummernde Handball-Coach-Kompetenz für das Training mit Kindern und Jugendlichen aufleben lassen wollten ... Nachdem mit den suchenden Organisationen und deren KoordinatorInnen die internen Voraussetzungen für ein gelingendes Freiwilligenengagement erarbeitet und in sogenannten Tätigkeitsprofilen festgehalten worden waren, meldeten sich nach der Werbekampagne über 50 Interessierte, die dann mit den Organisationen in Kontakt getreten sind.

Neben der Werbung unterstützt ein eigens für die Beratung von Interessierten ausgebildetes Team von Freiwilligen in festen Beratungsterminen die Freiwilligen. So beriet man beispielsweise auch einen Journalisten, der sich neutral über eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Hospiz-Arbeit oder in der Telefonseelsorge informieren wollte. Oder einen Rentner, dem nach einem halben Jahr ohne Erwerbsarbeit die Decke auf den Kopf fiel. Eine Neubremerin suchte nach ihrem Umzug durch eine qualifizierte ehrenamtliche Tätigkeit neue Kontakte in der Stadt. Eine frisch pensionierte Lehrerin wollte »irgendwas« Sinnvolles tun und engagierte sich schließlich in einem »Café Welt« in einem Museum.

Die Botschaft der Freiwilligen-Agentur lautet vor dem Hintergrund knapper eigener Ressourcen aber auch, daß es freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement nicht umsonst gibt! Voraussetzungen für diese Arbeit sind qualifizierte organisationsinterne Rahmenbedingungen sowie die Schaffung einer Infrastruktur in Form neutraler Anlaufstellen, die fachlich kompetent und vor allem kontinuierlich arbeiten. Zunächst müssen Zeit und Geld investiert werden, um unentgeltliche Mitarbeit attraktiv zu machen und Menschen zur beiderseitigen Zufriedenheit an sich zu binden. Die Förderung ehrenamtlichen bzw. freiwilligen Engagements durch politische und staatliche Institutionen kommt ebenfalls nicht ohne Investitionen in die lokale Infrastruktur aus.

Wie bereits angedeutet, ist ein Ziel dieser Investitionen, den SkeptikerInnen deutlich zu machen, daß es ein breitgefächertes BürgerInnen-Engagement auch nach dem Ende des Zivildienstes, abseits von Pflichtdiensten, geben wird.

Heinz Janning ist der Initiator der Bremer Freiwilligenagentur, Gerd Placke ist Mitarbeiter des SFD Bremen.

Freiwilligengesetz

Die Chancen für ein Gesetz über den internationalen Freiwilligendienst sind gestiegen

Von Ulrich Frey

Junge Männer und Frauen, die einen längerfristigen Freiwilligendienst machen möchten, haben Mühe, das richtige Angebot einer Trägerorganisation zu finden. Zu unterschiedlich und verwirrend ist die Situation: Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Friedens- und Freiwilligendienste im In- und Ausland (z. B. die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste), andere Dienste im Ausland nach §14b Zivildienstgesetz (ZDG), Europäischer Freiwilligendienst (EFD). Wenn dann ein Träger gefunden ist, lautet die Antwort auf die Anfrage »Kann ich kommen?« oft: »Leider nein, es gibt keinen Platz.« Die Gründe für die Unübersichtlichkeit und das mangelnde Angebot liegen in der unsystematischen Entwicklung der Freiwilligen- und Friedensdienste, der unterschiedlichen Förderung durch den Bund und die Länder sowie der begrenzten Kapazität der Träger, etwa bei der notwendigen pädagogischen Begleitung. Die neue Bundesregierung will die Situation verbessern. Im Koalitionsabkommen vom 20. 10. 1998 heißt es:

»Die neue Bundesregierung mißt dem gesellschaftlichen Engagement der Bürger und Bürgerinnen in Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und in Ehrenämtern, Selbsthilfegruppen und Freiwilligendiensten hohe Bedeutung zu. Die neue Bundesregierung wird daher folgende Schritte unternehmen: (...) Ausbau und rechtliche Absicherung nationaler und grenzüberschreitender Freiwilligendienste.«

Dieser begrüßenswerte politische Wille ist inzwischen unter Beweis gestellt worden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend arbeitet an einem Entwurf für einen grenzüberschreitenden Freiwilligendienst. Träger und Dachverbände im evangelischen und im katholischen Bereich, unter anderem auch die Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), haben die vor drei Jahren unterbrochenen Beratungen über ein Freiwilligengesetz wieder aufgenommen. Wenn es nach ihren Wünschen

ginge, würde das neue Freiwilligengesetz für Deutsche und für solche Ausländer und Ausländerinnen gelten, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in Deutschland haben, für einen Freiwilligendienst im europäischen und außereuropäischen Ausland. Einbezogen ist die Altersgruppe zwischen 18 und 27 Jahren. Weil es sich um ein Gesetz im Bereich der Jugendhilfe handelt, können ältere Jahrgänge zwar einen Freiwilligendienst im Ausland machen, aber nicht im Rahmen des neuen Gesetzes. Vorgesehen wird auch eine ausreichende pädagogische Begleitung der Freiwilligen durch die Träger oder die Einsatzstellen. Konsens ist, daß das Gesetz über ein Freiwilliges Soziales Jahr und ein Freiwilliges Ökologisches Jahr für das Inland bestehen bleiben soll. Das neue Gesetz muß keine Freistellungsregelung für die jungen Männer enthalten, die nach §14b ZDG anstelle des Zivildienstes einen anderen Dienst im Ausland leisten möchten, damit sie

nicht mehr zum Zivildienst herangezogen werden, denn §14b ZDG kann bestehen bleiben. Diskutiert wird noch die Frage, ob das Gesetz auch den Dienst von ausländischen jungen Frauen und Männern in Deutschland unterstützen kann. Die schwierigste ungelöste Frage ist allerdings, ob die Freiwilligen in vollem Umfang in die Sozialversicherung einbezogen werden sollen, ob also die Träger beide Anteile für Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Unfall- und Pflegeversicherung aufbringen müssen. Das würde die Träger vor erhebliche finanzielle Probleme stellen, die den Erfolg eines so verabschiedeten Gesetzes zunichte machen könnten. Eindeutig ist, daß ein Freiwilligengesetz die Einhaltung von Qualitätsstandards im Sinne der Jugendhilfe erfordert und daß dafür seitens des Staates aus Steuergeldern zusätzliche Zuschüsse erforderlich sind, weil die Träger an die Grenzen ihrer Möglichkeiten zur Finanzierung und Refinanzierung der Dienste gestoßen sind.

Ulrich Frey ist Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V. (AGDF) in Bonn.

Freiwillig verPFLICHTet

Die Alternativen zum Wehr- bzw. Zivildienst sind eng umgrenzt

Von Peter Tobiasen

Alle im folgenden genannten alternativen Dienste können nur gewählt werden, bevor man zum Zivildienst einberufen wurde. Ein Wechsel aus dem laufenden Zivildienst in diese »Alternativen« ist nicht möglich.

Zivil- und Katastrophenschutz

Wer sich für mindestens sieben Jahre freiwillig als Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz verpflichtet, wird nicht

zum Zivildienst herangezogen. Pro Jahr muß man etwa 200 Stunden an Ausbildungen, Übungen und Einsätzen teilnehmen, also mehr als vier Stunden pro Woche. Der Dienst nimmt folglich mehr als einen Abend pro Woche in Anspruch. Die Verpflichtung wird neben der normalen Berufstätigkeit absolviert. Deshalb hat man – anders als beim Zivildienst – keine Unterbrechung der Ausbildung oder der Berufstätigkeit hinzunehmen.

Aber Vorsicht: Wer die Verpflichtung vor Ablauf der sieben Jahre abbricht, kann bis zum 32. Geburtstag zum Zivildienst herangezogen werden. Von der im Zivil- und Katastrophenschutz geleisteten Zeit wird nichts (!) auf den Zivildienst angerechnet – unabhängig davon, aus welchen Gründen man die Verpflichtung abgebrochen hat. Probleme gibt es häufig, wenn man aus gesund-

Mindestens 7 Jahre muß man sich beim Zivil- und Katastrophenschutz verpflichten, um nicht zum Zivil- oder Wehrdienst zu müssen.
Fotos: dpa



heitlichen Gründen ausgeschlossen wird (aber für den Zivildienst noch tauglich ist) oder wenn man sich beruflich verändern will und im neuen Wohn- und Arbeitsort keine Möglichkeit findet, die Verpflichtung fortzusetzen. Hauptaufgabe des Zivil- und Katastrophenschutzes ist die Unterstützung der Funktionsfähigkeit und Bewegungsfreiheit der Streitkräfte im Kriege. Das wird in Friedenszeiten – oft gut getarnt – geübt.

Wo man sich als Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz verpflichten kann, erfährt man bei der Kreis- oder Stadtverwaltung.

Entwicklungsdienst

Mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und mindestens zwei Jahren Berufserfahrung hat man manchmal die Möglichkeit, als Entwicklungshelfer zu arbeiten. Wer das macht, wird nicht mehr einberufen. Wegen der hohen Anforderungen eher eine theoretische als praktische Alternative.

Freies Arbeitsverhältnis

Wer aus Gewissensgründen gehindert ist, den Zivildienst (auch in Friedenszeiten) zu leisten, wird nicht zum Zivildienst einberufen, wenn er minde-



Wer in den Polizeidienst eintritt, muß weder Wehr- noch Zivildienst leisten.

stens 25 Monate im Rahmen eines normalen Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses in einem Krankenhaus oder sonstigen Pflegeeinrichtung arbeitet. Die Gewissensgründe gegen den Zivildienst müssen dargelegt und vom Bundesamt für den Zivildienst anerkannt werden.

Nach der bisherigen Praxis werden die Gründe – außer bei getauften Mitgliedern der Zeugen Jehovas – immer angezweifelt. Deshalb sollte ein solches Verfahren von Anfang an

durch einen erfahrenen Rechtsanwalt begleitet werden.

Polizei

Wer im Polizeivollzugsdienst arbeitet, wird nicht zum Zivildienst einberufen, solange er bei der Polizei ist. Wer vor dem 25. Geburtstag bei der Polizei kündigt, kann noch zum Zivildienst einberufen werden. Arbeitszeiten bei der Polizei werden nicht auf den Zivildienst angerechnet.

Die Alternative »Anderer Dienst im Ausland«, nach §14b ZDG, stellen wir ausführlich ab Seite 16 vor.

»Streß und Grenzerfahrungen«

Der Modellversuch »Freiwilliges Jahr im Unternehmen«, FJU

Von Werner Schulz

»Sie sind mitten im Geschehen. Sie arbeiten mit Führungskräften zusammen und entwickeln Verständnis für unternehmerisches Denken und Handeln. Begriffe wie 'Unternehmergeist' und 'Unternehmerische Freiheit' werden durch persönliches Erleben mit konkreten Inhalten gefüllt. Sie entwickeln neue Stärken und entdecken Perspektiven ... Sie üben den Umgang mit Streß und Grenzerfahrungen.«

Was sich wie eine Stellenausschreibung für Nachwuchs-Manager liest, stammt in Wahrheit aus der Info-Broschüre zum sogenannten »Freiwilligen Jahr im Unternehmen«. Seit 1998 betreibt das Familienministerium zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag und der Dresdner Bank dieses Modellprojekt, das zunächst auf drei Jahre angelegt ist und pro Jahr 500 Jugendliche aufnehmen soll.

Weil sich Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Ökologisches Jahr (FÖJ) bewährt hätten und bei den Jugendlichen beliebt seien, wolle man ausloten, inwieweit sich diese positiven Effekte auf den Bereich des freien Unternehmertums übertragen lassen. Einen Zugewinn erwarten die Initiatoren des Projekts auf beiden Seiten, bei den Freiwilligen durch die Praxiserfahrung, bei

den Unternehmen durch den frischen Wind und die neuen Ideen, die die jungen TeilnehmerInnen mitbringen. Der äußere Rahmen des Unternehmensjahres (Alter, Dauer, Taschengeld, Begleitseminare...) orientiert sich eng am FSJ.

Bei den Trägern des FSJ allerdings stieß das Projekt der damaligen Familienministerin Nolte zum Teil auf scharfe Kritik.

Der christliche Friedensdienst EIRENE z.B. kritisierte, daß bei dem Modellversuch die Bereitschaft der Jugendlichen zu freiwilligem Engagement für wirtschaftliche Interessen instrumentalisiert und mißbraucht werde. Alle traditionellen Freiwilligen-Dienste hätten einen gesellschaftspolitischen Anspruch und leisteten einen Beitrag für das Gemeinwohl. Das FJU dagegen diene dem Interesse von privaten Wirtschaftsverbänden und Unternehmen. Ex-Familienministerin Nolte betonte demgegenüber die soziale Komponente der Marktwirtschaft: »Auch wer Verantwortung für sich und andere übernimmt und Arbeitsplätze schafft, handelt sozial.« Kritisiert wurde von EIRENE auch, daß das Bundesjugendministerium das Unternehmensjahr finanziell fördere, während gleichzeitig Finanzkürzungen für die bestehenden Freiwilligendienste vorgenommen würden.

Ob die neue Bundesregierung das FJU nach der Probephase weiterführen wird, ist nach Angaben des Ministeriums derzeit noch offen.

Kontakt: Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend, Rochusstraße 8-10, 53123 Bonn

Friedensdienst der Älteren

Auch Angehörige der mittleren und älteren Generation können sich im Ausland während eines mindestens einjährigen Friedensdienstes engagieren: Der Internationale Christliche Friedensdienst EIRENE bietet für Singles und Paare vielfältige Einsatzmöglichkeiten, die von Versöhnungsarbeit in Nordirland, Obdachlosenbetreuung in den USA bis zu Büroarbeit für Friedensgruppen in verschiedenen Ländern reichen. Ehemalige »Ruhehändler«, denen das Rentnerleben hierzulande zu langweilig war und die sich in ein Auslandsprojekt vermitteln ließen, berichten begeistert von ihren Erfahrungen.

Allerdings: Auch hier muß – wie bei den jungen KDVern – der Einsatz durch einen Eigenanteil (350,- DM/Monat) mitfinanziert werden.

Kontakt: Friedensdienst der Älteren, Sigmar Petry, Karl-Schröder-Straße 4, 82049 Pullach, Tel: 089/7938394

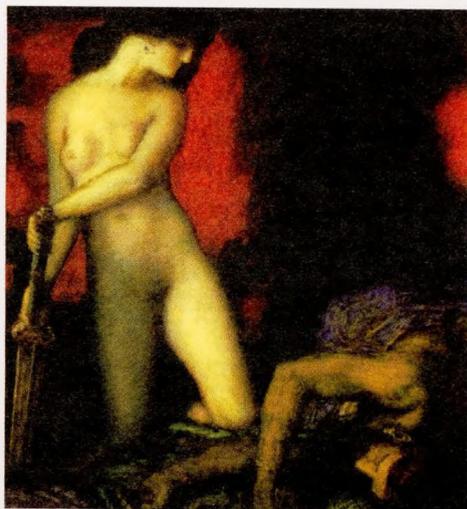
Von Maren Witthoef

Schwert in Frauenhand – ein Tabubruch



Ein Ausstellungsband informiert über weibliche Bewaffnung in der europäischen Geschichte

Der kleine, spitze »Liebesdolch«, von zarter Frauenhand dem untreuen Geliebten in die Brust gestochen – die Frau also als Rächerin persönlicher Verletzungen, das soll es geben, kann man sich vorstellen. Was dagegen in unserem Denken nicht vorkommt, ist die Frau als Soldatin oder bewaffnete Kämpferin für politische und soziale Ziele. Dabei ist die Geschichte der bewaffneten Frauen reich an Beispielen. Sie reichen von den Kriegsgöttinnen und Heldinnen der Antike, oder den bewaffneten Frauen der Glaubenskriege, über die Freiheitskämpferinnen der Französischen und der 1848er Revolutionen in Europa, hin zu jenen Frauen, die im bewaffneten Wider-



»Judith und Holofernes«, Franz v. Stuck, 1926

stand gegen den Nationalsozialismus kämpften oder auf der anderen Seite als »Blitzmädel« in den Krieg zogen und an der Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung mitwirkten, bis schließlich zu den mehr als 30 000 Soldatinnen der US-Army, die etwa im Golfkrieg 1991 im Einsatz waren. Frauen unter Waffen – es hat sie immer gegeben und dennoch sind sie immer etwas Besonderes geblieben. Ausnahmeerscheinungen. Es haftet ihnen etwas »Abnormes« an, die Aneignung männlicher Attribute steht gegen die »weibliche Natur«. Das Schwert in Frauenhand – ein Tabubruch.

Zu dokumentieren, daß Frauen sich von jeher als Soldatinnen, Kriegerinnen und Kämpferinnen an bewaffneten Konflikten mit der Waffe in der Hand beteiligen, war das Ziel einer Ausstellung, die bis Februar im Deutschen Klingensmuseum Solingen zu sehen war. Der jetzt im Klartext Verlag erschienene Ausstellungskatalog mit dem Titel »Schwert in Frauenhand. Weibliche Bewaffnung« gibt auf 150 Seiten und anhand zahlreicher Beispiele aus der europäischen Kunstgeschichte Einblick in die Geschichte jener Frauen, die zur Waffe griffen, um ihre Freiheit, ihre Ideale, ihren Glauben, ihr Vaterland oder schlicht ihr Hab und Gut zu verteidigen bzw. zu erkämpfen.

Aphrodite und »Femme fatale«

Gleich zu Beginn befassen sich die Autorinnen mit den Amazonen im ersten vorchristlichen Jahrtausend, den politischen und kriegerischen Aspekten der griechischen Liebesgöttin Aphrodite, und immerhin zwei Aufsätze sind dem Mythos Medea als Magierin und Kindermörderin gewidmet. Am Beispiel der biblischen Heldin Judith, der es gelingt ihre Heimatstadt Bethulia von den syrischen Belagerern durch die Enthauptung des Feldherrn Holofernes zu befreien, beschreibt die Kunsthistorikerin Ulrike Karstedt den Mythos der »Femme fatale«.

»Leidenschaft, Hitze und Ausschweifung«

Daß die Pariser Marktfrauen, bewaffnet mit Mistgabeln, Bajonetten, Piken und Säbeln mit ihrem Marsch auf Versailles 1789 der Französischen Revolution den entscheidenden Impuls gaben, ist bekannt. Die revolutionären Französinnen forderten, gleichberechtigt neben den Männern mit der Waffe in der Hand für die Revolution zu kämpfen. Sie, die sich als Nachfolgerinnen der legendären Amazonen verstanden, forderten die Aufstellung von Frauenbataillonen. In der Provinz waren sie geduldet, nicht aber in Paris und auch im Heer waren sie unerwünscht. Sie wurden gar für die sinkende Moral der Truppe verantwortlich gemacht. Zudem wurde die Beteiligung der Frauen als »Verwilderung und Barbarisierung« empfunden, man sah die Frauen in einem



Gabriele Frohnhaus ... (Hg.)
Schwert in Frauenhand – Weibliche Bewaffnung;
Klartext Verlag Essen 1998,
152 Seiten mit zahlreichen
Abbildungen, Preis 34,- DM

Rausch von »Leidenschaftlichkeit, Hitze und Ausschweifung« versinken.

Die weibliche Aneignung von Waffen, des Symbols von Männlichkeit und Herrschaft schlechthin, bringt das System der Geschlechter ins Wanken, das Männlichkeit mit Herrschaft und Gewalt, Weiblichkeit hingegen mit Unterwürfigkeit und Friedfertigkeit verbindet. Die Waffe in weiblicher Hand wird als zerstörerisch und barbarisch empfunden, als das begriffen, was sie ist, nur: Nicht die bewaffnete Gewalt an sich, der Krieg etwa, wird angeprangert, sondern die Verrohung der

Weiblichkeit. Gewalt und Krieg werden erst da zum Problem, wo Frauen zu Akteurinnen werden. Von Frauen wird bis heute die passive Hinahme männlicher Zerstörungsgewalt abverlangt: als Witwen, Verletzte, Vergewaltigungsoffer, Verschleppte, Vertriebene, Zwangsarbeiterinnen oder Trümmerfrauen. Dort aber, wo Frauen diese Zuschreibung zurückweisen, brechen sie die Ordnung der Geschlechter auf eine aggressive Art auf, verletzen männliche Handlungsräume und stellen die Omnipotenz des männlichen Kriegers in Frage.

Die Frau als Täterin

Warum interessieren sich nun AntimilitaristInnen für die bewaffnete Frau? Die Autorinnen betonen, daß sie keinesfalls an einem Plädoyer für Gewalt oder der Relativierung des Potentials männlicher Gewaltbereitschaft interessiert seien.

Der Band möchte vielmehr Anstoß zu einem produktiven Umgang mit der menschlichen

Gewalt- und Aggressionsbereitschaft geben und herrschende Projektionen bezüglich des weiblichen Sozialcharakters aufbrechen. Letzteres schließt auch die Erkenntnis ein, daß Frauen Täterinnen, Soldatinnen, Mörderinnen waren und sind, sich schuldig machen, wenn ihr Handeln Unterdrückung, Verletzung und Tötung von Menschen zur Folge hat.



»Aufbruch der Pariser Fischer-Weiber im Oktober 1789«, Zeitgenössische Radierung. Alle Abbildungen aus dem besprochenen Band

Der böse Mann vom Bodensee

Georg Schramm ist Reserveleutnant, Pazifist und einer der besten Schauspieler unter Deutschlands Kabarettisten.



»Die Nachkriegszeit ist vorbei.«
Fotos: PR

Von Tobias Kaufmann

Sieht so ein Terrorist aus? Er ist 49, groß, vielleicht einsneunzig, kräftig. Die braunen Haarsträhnen sind energisch und mit viel Gel zurückgekämmt, das Gesicht kantig. Georg Schramm trägt eine Uniform. Original-Bundeswehr, grau, auf dem Kopf ein Barett. Dazu kommt der stechende Blick. Mit den Augen fixiert er einzelne Menschen aus der dunklen Masse des Publikums, solange, bis der Angestarrte verschämt wegblickt – dabei kann Georg Schramm seine Zuschauer gegen das Scheinwerferlicht der Kabarett-Bühne gar nicht sehen. »Es hat Pannen gegeben, bei der Wehrmacht im 2. Weltkrieg, keine Frage«, nuschelt er, schickt ein drohendes Räuspern hinterher und schnippt imaginären Wüstenstaub vom Ärmel. Kurzer Blick zur Decke. Dann die Fortsetzung: »So war es natürlich nicht erlaubt, Massenerschießungen zu fotografieren.«

Das Gelächter im Saal nach solchen Pointen ist kein glucksendes, un-

schuldiges, wie es durch den deutschen Comedy-Boom üblich geworden ist. Es ist ein Lachen mit Gänsehaut und mit Bedenken: Nennt man das nicht Wehrkraftzersetzung, was der da macht? Schramm muß es wissen, er ist schließlich Leutnant der Reserve. Drei Jahre war er bei der Bundeswehr, dann wurde er Pazifist.

Das Gehorsamsprinzip und offensichtliche Lügen von Vorgesetzten in der Truppe hätten dazu beigetragen, vor allem aber der Umgang mit Waffen. »Ich habe gemerkt, daß mich das unheimlich fasziniert hat. Und daß diese Faszination mich negativ verändert«, sagt Schramm rückblickend. Sein Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer wurde abgelehnt, weil die Gründe rein politischer, nicht jedoch moralischer Natur gewesen seien. Trotzdem wurde Georg Schramm nie wieder zur Reserve eingeladen. »Ich gelte bei denen als Sicherheitsrisiko«, sagt er mit einem Grinsen. Sicherheitsrisiko? Ein Kompliment für jemanden, den die Jury des Deutschen Kleinkunst-Preises bewundernd einen »Psycho-Terroristen« nannte. Dieses Attribut hat sich Schramm verdient, weil er keine platten Karikaturen, keine zersetzende Blasphemie und keinen plumpen Klamauk liefert und weil seine Figuren perfekt konstruierte und gespielte Charakterstudien sind, von Militaristen, Personalchefs, Altenheim-Bewohnern. Er hat genügend Menschen kennengelernt, als er noch als Psychologe arbeitet – und daß er sie besonders mag, kann man nicht sagen.

Prädikat: Psycho-Terror

Schramm spielt auch einen alten Mann, der die Urlaubspostkarte plötzlich selbst schreiben muß, weil die Frau sterbenskrank ist: »Da denkt man an nichts böses und dann ist schwupps der Krebs im

Haus und plötzlich geht das da so, die ganze Zeit nur so ...« Er läßt einen Finger um den Kopf kreisen, als Zeichen für das Zahnrad, das sich beim Denken im Hirn bewegt. »Das hatte ich doch vorher nie.«

Seit regelmäßig Kabarettbesucher aufstanden und »nie mehr wiederkamen« schickt Schramm dieser Nummer die Erklärung voraus, daß jeder Witz eine menschliche Katastrophe berge und daß gerade über so schreckliches wie Kindesmißbrauch gelacht werde, gelacht werden müsse, weil man es sonst nicht aushält. »Statistisch gesehen«, sagt Schramm und blickt durchdringend in den Saal, »sitzt hier mindestens einer drin, der auf Pornos mit Kindern steht.«

»Kabarett muß böse sein«

Daß fies sein eine Marktlücke war, als er Kabarettist wurde, gibt Schramm zu. Aber es war mehr als Kalkül. »Ich neige zum Zynismus und merke auch, daß mit zunehmendem Alter meine Toleranz abnimmt«, sagt er. Die Kritik nimmt Schramm das nicht übel, sie reagiert sogar begeistert. »Schramm fängt da an, wo alle Politik endet, im Denken der Menschen, in ihren Köpfen, bei denen, die ganz unten sind oder auch ganz oben. Mit ihnen kennt er kein Mitleid, also auch nicht mit jenen, denen sie geglaubt haben, den Politikern«, analysierte das Hamburger Abendblatt. Schramm über seine Programme selbst: »Politisches Kabarett muß böse sein, sonst ist es keins. Und Kabarett muß unterhalten, sonst zahlt keiner dafür und ich bin pleite.«

Als Kind im hessischen Bad Homburg bekam der kleine Georg Bonbons, wenn er dem Kaufmann einen Witz erzählte. »Für Noten gab es keine Bonbons, also bin ich bei den Witzen geblieben.« Sie sind Schramms antimilitaristische Waffe, auch faszinierend, auch wirkungsvoll. Sie holen »die Wirklichkeit in ihrer Furchtbarkeit aus der Versenkung, befördern sie ins Groteske«, schrieb der Südkurier. Schramm imitiert keine Politiker. Namen sind unwichtig. Wichtig sind die Folgen der Politik. Die »Salamitaktik« (Schramm) mit der das Militär in die Gesellschaft zurückdrängt, belegt er nicht mit Zitaten christ- oder sozialdemokratischer Verteidigungsminister. Er schlüpft in seine Rolle als Presseoffizier mit Barett und grauer Uniform und sagt: »Die Nachkriegszeit ist vorbei. Jetzt hat die Vorkriegszeit begonnen.« Das paßt zum Eurofighter und zum Kosovo, könnte von einem Politiker sein, ist aber ausgedacht. Trefend ausgedacht.



GEORG SCHRAMM

Jahrgang 1949, geschieden, zwei Töchter. Studierte nach der Bundeswehr Psychologie in Bochum, arbeitete 1976 bis 1988 als Psychologe in einer Neuro-Klinik in Allensbach am Bodensee. Seitdem Kabarettist. Deutscher Kleinkunstpreis 1992. Tourt zur Zeit mit seinem Best-of-Programm »Ans Eingemachte« durch Deutschland.

Wössner ZUR SACHE



Doch, doch, war nicht schlecht, der Gottesdienst.
Aber im Vergleich zur Musik kam einfach zuviel Werbung!

IM JUNI-HEFT:

Irrwege der spirituellen Suche

Spalten die Medien die Gesellschaft?

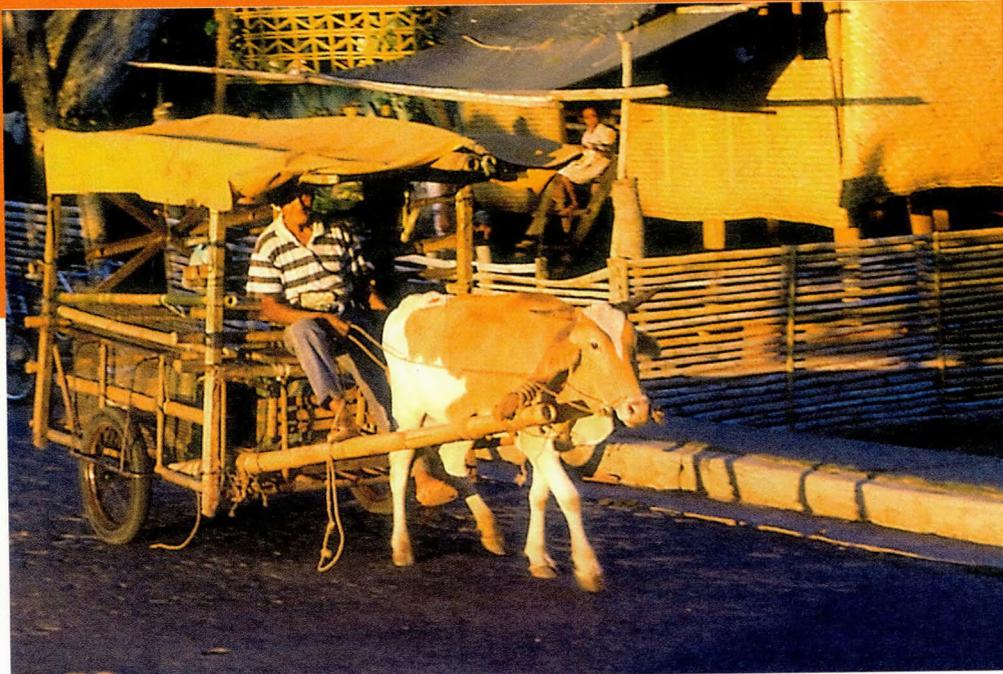
Selbsttherapie durch Schreiben

Neue Hilfen gegen Legasthenie



AM KIOSK Das Juni-Heft erhalten Sie am 12. Mai

LAND OHNE ARMEE: COSTA RICA



Auf den Dörfern des Landes geht es beschaulich zu

Text und Fotos von Roland Hanewald

Ein Land, das auf sich hält, besitzt natürlich eine Armee. Auch viele Länder der sogenannten Dritten Welt leisten sich den Luxus teuer ausgerüsteter Streitkräfte. Und oft obliegt es diesen Armeen auch, militärische Regenten – also ihre eigenen Befehlshaber – per Einschüchterung Andersdenkender und durch direkt ausgeübte Gewalt an der Macht zu halten. Alles in allem eine wenig wünschenswert erscheinende Situation.

Der mittelamerikanische Kleinstaat Costa Rica hat sich dieser Last ein für allemal entledigt. Und das ohne jegliches äußere Zutun; die Entscheidung, die Armee abzuschaffen, entsprang eigenem Impuls. Ohne einen greifbaren Anlaß ging es dabei allerdings auch nicht ab. Bestärkung erhielt der Entschluß durch einen jener zahlreichen Bürgerkriege, für die Lateinamerika bekannt ist und die im Prinzip immer nur einen Wechsel der Regierungen, nicht aber der Verhältnisse bewirken. Bürgerkriege sind kleiner, aber sie sind nicht weniger brutal. Im 44tägigen Bürgerkrieg des Jahres 1949 jedenfalls schos-

sen Menschen aufeinander, die zuvor Verwandte und gute Freunde gewesen waren. Danach sahen sich die Ticos (so der Spitzname der Costaricaner) betroffen an und riefen aus: »Qué tontos somos – was sind wir doch für Narren!«

Kultur und Erziehung statt Militär

Es war diese Einsicht, die zur Auflösung der Streitkräfte führte. Und so wurde auch ein für allemal die allgegenwärtige Gefahr eines Militärputsches eliminiert. (Keineswegs nämlich ist das Temperament der Ticos und Ticos kühler als jenes anderer Latinos. Deshalb wird weiterhin alle vier Jahre der ganze Polizeiapparat ausgewechselt, ohne den es – leider – nicht geht). Im selben Jahr, 1949, schuf Costa Rica seine gegenwärtige Verfassung, die zu den fortschrittlichsten der Welt zählt. Und da man schon mal dabei war, reinen Tisch zu machen, schlüsselte man auch gleich den Nutzen einer Armee mittels Kostenanalyse auf. Die daraus gezogene Bilanz ergab, daß sich das viele Geld, das man bislang für Waffen und Soldaten ausgab, besser anlegen ließe, zum Beispiel in den Posten Kultur und Erzie-

Wie ein kleiner Staat der Welt den Frieden erklärte, die Armee abschaffte und täglich davon profitiert

hung. Entsprechend wurde verfahren: Die Armee Costa Ricas wurde abgeschafft – und dabei ist es bis heute geblieben. Fast ein Viertel des Staatshaushalts fließt jetzt in diese beiden genannten Etats; außerdem ist die medizinische Versorgung für den keineswegs mit einem glänzenden Bruttonationalprodukt gesegneten Mini-Staat vorbildlich. Deshalb hat Costa Rica in ganz Lateinamerika die niedrigste Analphabetenrate und die höchste Lebenserwartung. Außerdem kann das auch als »tropische Schweiz« gelobte Land auf das ausgeprägteste Demokratieverständnis stolz sein – wobei ihm eine lange Tradition zugutekommt ...

Demokratische Tradition

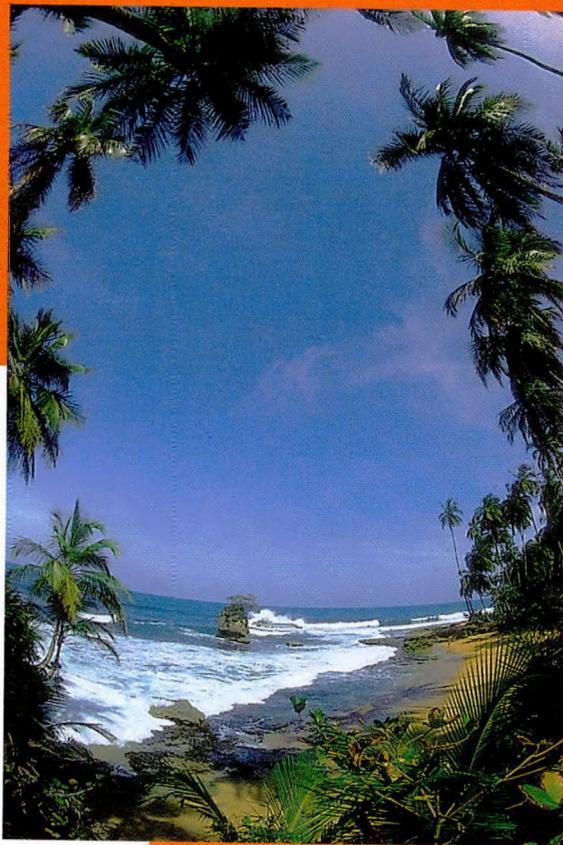
Bereits 1821 sagte sich Costa Rica vom spanischen Kolonialjoch los. Drei Jahre später wurde die Sklaverei abgeschafft, 1882 die Todesstrafe. Seit 1889 wird das Land demokratisch regiert; 1983 erklärte es der Welt sozusagen den Frieden, indem es seine »immerwährende unbewaffnete Neutralität« bekräftigte. Der damalige Präsident Oscar Arias Sánchez erhielt 1987 den Friedensnobelpreis für seine erfolgreiche Vermittlung zwischen den traditionell zerstrittenen Staaten Mittelamerikas. Allerdings half amerikanisches Geld in Gestalt einer täglichen Subvention von zwei Millionen Dollar an Costa Rica seinerzeit mit, den fragilen Status quo zu stützen. Den USA ist an Frieden im leicht entflammbareren Zentralamerika sehr gelegen, denn der »Hinterhof« ihres Landes ist ein immens wichtiger Handelsplatz.

Das Pünktchen aufs i seiner Vorbildfunktion setzte Costa Rica in jüngerer



Alte Kultur vor dem Sinnbild einer neuen

Costa Ricas Karibikstrände haben Postkartenqualität

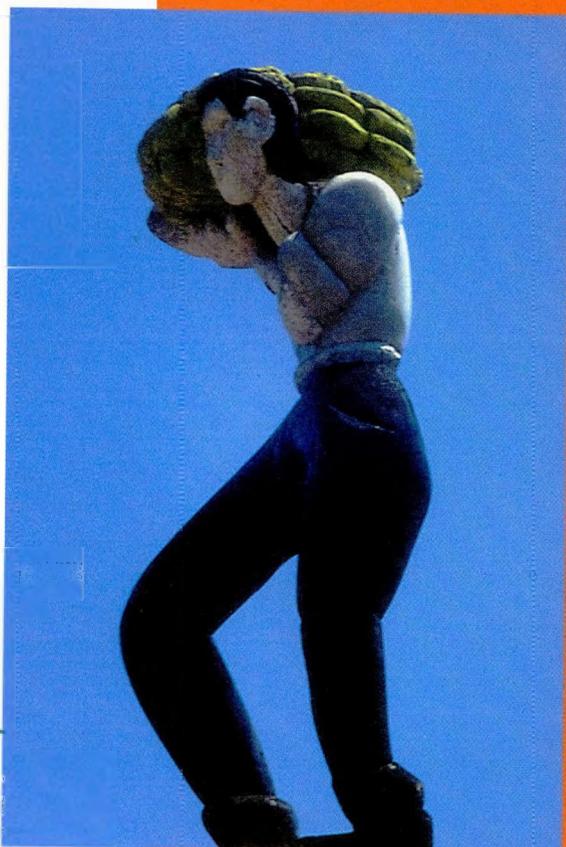


Statt in Soldaten und Waffen wird in die Ausbildung der Kinder investiert

billig. Denn was im Gegenzug geboten wird, hat auf der Welt nicht seinesgleichen ...

Dennoch: Wer Costa Rica heute bereist, wird das Land trotz seiner Superlative wahrscheinlich nicht als »reich«, sondern im Vergleich mit der gewohnten Umwelt eher als ärmlich empfinden. Außerhalb der Hauptstadt San José wickelt sich das Leben im unbeeilten rustikalen Tempo ab, die Straßen sind löchrig, die Dörfer klein. Man darf allerdings nicht den Fehler begehen, Armut mit Einfachheit zu verwechseln. Weniger die Quantität ist es, die hier den wahren Wert des Lebens ausmacht, sondern die Qualität. Wer einige Zeit in dieser grünen Oase zugebracht hat, der ahnt vielleicht, daß hier etwas am Werk ist, das sich nicht mit Geld aufwiegen läßt. Zahlreiche Deutsche, Österreicher und Schweizer sind deshalb nach Costa Rica ausgewandert, um sich dort permanent niederzulassen. Wer wollte es ihnen verdenken?

Die Ära der Bananenschlepper ist weitgehend vorbei – man hat ihnen schon ein Denkmal gesetzt



Vergangenheit mit der Unterschätzung seiner tropischen Natur, der teilweise üppigsten und schönsten der Welt. Auch in diesem Fall gab eigener Impuls den Ausschlag. Lange hatte man nämlich den Naturreichtum Costa Ricas genauso hemmungslos wie andersorts ausgebeutet, die Waldfläche von ursprünglich über 80% auf 27% schrumpfen lassen. Menschen mit Durchblick gelangten schließlich zu der Erkenntnis, daß mit der Verwüstung Schluß sein müßte. Die letztgenannte Ziffer entspricht heute präzise der Ausdehnung naturgeschützter Gebiete des Landes – absoluter Weltrekord. (Deutschland hat jammervolle zwei Prozent naturgeschützter Flächen, und um jeden zusätzlichen Quadratmeter muß erbittert gerangelt werden.) Und auch hier liegt eine Kosten-Nutzen-Rechnung zugrunde. Naturerhaltung kostet Geld. Für den Eintritt in die Nationalparks Costa Ricas wird eine Gebühr erhoben, die in die Staatskasse fließt. Das ist, sollte man sagen, nur recht und – relativ –

Von Tobias Kaufmann, Potsdam

Zur politischen Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland ist eine juristische hinzugekommen: Demnächst wird das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden müssen, ob die Wehrpflicht noch verfassungskonform ist. Das Potsdamer Landgericht hat diese Frage in

damit unverhältnismäßig. Erwartet wird, daß das Bundesverfassungsgericht zumindest den Gesetzgeber, also den Bundestag, bzw. die Wehrkommission, auffordern wird, sich mit der Frage, ob eine Wehrpflichtigen-Armee für den Bestand der Bundesrepublik notwendig ist, auseinanderzusetzen. (Siehe Interview)

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) hat den Potsdamer Be-

schreckung« mache das Überleben der Menschheit unmöglich und sei diesem entgegengesetzt. Er werde deshalb keine Form von Wehrdienst leisten. Bei dieser Haltung blieb er nach 1990 in der Bundesrepublik, auch nachdem per Bundestagsbeschluß alle als Bausoldaten anerkannten DDR-Bürger automatisch als KDVer akzeptiert wurden. Wiedersberg trat seinen Dienst als Zivi ab 1. September 1993 bei den Grünanlagen Potsdam nie an und begründete dies mehrfach schriftlich sowohl der Staatsanwaltschaft als auch der Dienststelle. Nach jahrelangem Rechtsstreit wurde Wiedersberg zunächst zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses – vergleichsweise sehr milde – Urteil legte Wiedersberg Berufung ein. Mit dem Beschluß von Ende März hat das Potsdamer Landgericht Volker Wiedersberg freigesprochen.

Ist die Wehrpflicht verfassungswidrig?

Überraschender Beschluß des Landgerichts Potsdam

einem viel beachteten Beschluß Ende März verneint. Das Gericht folgte damit dem Gutachten des Hamburger Verfassungsrechtlers Manfred Baldus. Darin vertritt Baldus die Ansicht, die Wehrpflicht schränke die freie Entfaltung der Persönlichkeit ein und unterliege damit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Warschauer Pakts sei die generelle Einberufung junger Männer zum Wehrdienst nicht mehr nötig und

schluß kritisiert. CDU/CSU und eine klare Mehrheit der SPD halten an der Wehrpflicht fest, bei FDP und Grünen ist sie umstritten, die PDS lehnt sie strikt ab.

Volker Wiedersberg (30) verweigerte in der DDR als Schüler die Teilnahme an einem Wehrlager. Er engagierte sich in der evangelischen Kirche, war nicht in der FDJ und durfte deshalb weder Abitur machen noch studieren. Später verweigerte Wiedersberg auch den Dienst als »Bausoldat«, dem in der DDR üblichen Ersatzdienst. Als Begründung schrieb er dem Wehrkreiskommando, »jede Form militärischen Schutzes, militärischer Auseinandersetzung und Ab-

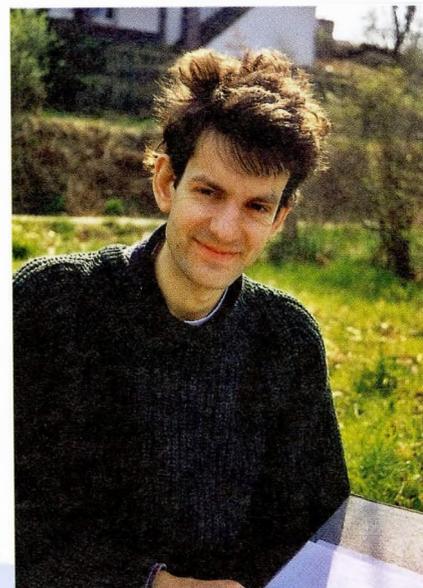


Foto: Kaufmann

»Im Kriegsfall werden auch Zivis eingezogen«

zivil: Was glaubst Du, wie das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird?

Wiedersberg: Es wird zumindest eine Verhandlung geben. Und die wird öffentlichkeitswirksam sein, dafür werden wir sorgen. Allein der Potsdamer Beschluß hat für Wirbel gesorgt. Dafür hat es sich schon gelohnt, alles durchzuhalten.

zivil: Was wäre Dir lieber: daß das Ende der Wehrpflicht juristisch beschlossen wird oder daß die Parteien es vorher selbst machen?

Wiedersberg: Das ist mir egal. Es wird wahrscheinlich sowieso darauf hinauslaufen, daß das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber dazu auffordert, sein Ermessen auszuüben. Die Wehrpflicht ist keine Grundpflicht sondern eine Kann-Bestimmung. Nach dem Fall des eisernen Vorhanges mußte die Politik also entscheiden, ob es noch verhältnismäßig ist, so umfassend in

die Rechte der jungen Männer einzugreifen. Wir stehen in der NATO doch fast alleine da. Nebenbei: Wer kann Wehrdienstleistende im High-Tech-Heer gebrauchen?

zivil: Das ist eine Argumentation von Militärs.

Wiedersberg: Natürlich. Bei der Frage, ob es angemessen ist, die Wehrpflicht beizubehalten, spielt es ja auch überhaupt keine Rolle, daß ich persönlich absolut gegen Armeen bin, auch wenn es Berufs- oder Freiwilligenarmeen sind. Das ist nur der Grund für meine persönliche Totalverweigerung in der DDR und später.

zivil: Hat diese Erkenntnis etwas mit Glauben, vielleicht sogar mit Gott zu tun?

Wiedersberg: Sicher, auch. Ich bin in der Kirche und das hat mich geprägt. Ich würde mich zwar nicht als Christ bezeichnen, aber auch nicht als ungläubigen Menschen. Die evangelische Kirche war insofern wichtig, als ich dort auch in der DDR kritische Gedanken äußern und hören konnte.

zivil: Was spricht dagegen, Zivildienst zu leisten?

Wiedersberg: Im Kriegsfall werden auch Zivis eingezogen. Für die Rüstungsproduktion, in Lazaretten. Man arbeitet für den Krieg. Ich weiß nicht, ob das alle wissen. Natürlich will ich nicht leugnen, daß für viele Zivis dieses Jahr sehr wichtig ist und daß sie gute Erfahrungen machen. Aber gesamtgesellschaftlich löst ein Zwangsdienst keine Probleme. Weder sozial noch auf dem Arbeitsmarkt.

zivil: Viele haben Angst vor den Folgen einer Totalverweigerung. Würdest Du trotzdem dazu raten?

Wiedersberg: Die Chancen sind jetzt so groß wie nie. Viele Prozesse werden mit Hinweis auf mein Verfahren momentan ausgesetzt. Es wäre gut, sich jetzt erst recht auf den Beschluß zu berufen und total zu verweigern.

Von den ZDL Daniel Richwien, Jochen Wolff, Jürgen Reisert und Andy Grünenwald

Der 3-Liter-Zivi

Bei der Werkwoche »Mobil mit Stil« in Bad Boll erlernten Zivis einen ökologischen Fahrstil

Jeder Autofahrer kann durch die richtige Fahrweise Kraftstoff sparen. Dies ist finanziell sowie ökologisch sehr interessant. Durch das ecodrive-Konzept »Gas geben, Benzin sparen« kann eine durchschnittliche Verbrauchsreduzierung von 42 % erreicht werden.

Unter der Anleitung von Fahrlehrern einer Fahrschule lernten wir eine für uns neue aber einfache, effiziente und für das Auto schonende Fahrweise. Unsere anfänglich sehr große Skepsis wurde behoben, wir wurden durch die wissenschaftlichen Erkenntnisse im Theorieunterricht sowie von den Praxisversuchen überzeugt. Bei Versuchen mit unseren eigenen Fahrzeugen erzielten wir sogar eine durchschnittliche Spritersparnis von 50 %. Die wichtigsten Punkte einer sparsamen Fahrweise:

- extrem frühes Schalten zwischen 1200 und 1500 u/min;
- dazwischen Beschleunigen mit Vollgas;
- Motor abstellen (lohnt bei jedem Stop!);
- Reifendruck 2,7 bis 3,0 bar;
- vorausschauende Fahrweise.

Rechenbeispiel: Ein ZDL im Fahrdienst mit einer Jahresleistung von 30 000 km könnte seinen Durchschnittsverbrauch von 10 l/100 km mit dem eco-Fahrstil auf 6 l/100 km senken. Somit würde dieser eine ZDL bei einem angenommenen Dieselpreis von 1,10 DM pro Liter im Jahr ganze 1310 DM (!!!) einsparen.

Die Werkwoche »Mobil mit Stil« befasste sich außerdem noch mit ökologischen Problemen des Straßenverkehrs im allgemeinen oder auch mit verkehrspolitischen Überlegungen. Unter anderem führten wir eine Expertendiskussion mit Forschungsingenieuren aus der Automobilindustrie und lernten eine CarSharing-Initiative kennen.

Uns wurde bei dieser Werkwoche wieder ins Bewußtsein gerückt, daß ein Umdenken im Umgang mit der Natur stattfinden muß – unser Beitrag ist der 3-Liter-Zivi.



Auf die richtige Fahrweise kommt es an. Foto: zivil

Weitere Informationen können unter folgender Adresse angefordert werden: ecodrive, Landhausstraße 45, 70190 Stuttgart, Tel: 0711/28 56 56-27

Eine Broschüre »Energiesparend Fahren« gibt es beim Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Postfach 10 34 39, 70029 Stuttgart

Dritte Brüder – wer zählt dazu?

Wer zwei Brüder hat, die Grundwehr- oder Zivildienst geleistet haben, wird auf Antrag vom Wehr- und Zivildienst befreit (§11 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 3 Wehrpflichtgesetz; §10 Abs. 2 Ziffer 3 Zivildienstgesetz). Umstritten war in der Vergangenheit, wer zu den Brüdern zählt. Neben den Voll-, Halb- und Adoptivbrüdern zählen jetzt auch die Stiefbrüder dazu. Dies wurde im Rahmen einer Eingabe an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages (Pet 5-13-14-50064-060151) geklärt:

Unverändert werden freiwilliger Wehrdienst von mehr als zwei Jahren, geleisteter Dienst im Zivil- und Katastrophenschutz und Dienst in fremden Armeen bei der »Dritt-Brüder-Regelung« nicht angerechnet.

Lebensversicherungs-Beitragshilfe für ZDL

Wenn Wehr- und Zivildienstleistende vor dem Zivildienst eine Lebensversicherung abgeschlossen haben, übernimmt ihr Dienstherr (Bundesamt für den Zivildienst oder die Truppe) für die Dauer des Dienstes die Beiträge, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind (nach Frankfurter Rundschau vom 12.3.1999, S. 14):

»Erstens muß es sich um eine kapitalbildende Lebens- und Rentenversicherung mit laufend anfallenden Beiträgen handeln, die der Alters- oder Hinterbliebenenversorgung dient und nicht vor dem 60. Lebensjahr ausgezahlt wird. Zweitens müssen die Dienstleistenden vor Dienstantritt bereits ein Jahr lang Geld an die Versicherung überwiesen haben, und drittens ist notwendig, daß sie die Überweisungen vor ihrer Einberufung mit eigenem Geld bezahlt haben. Viertens ist erforderlich, daß der Dienstleistende sowohl Versicherungsnehmer als auch versicherte Person ist, bei deren Ableben die Leistung fällig wird. Sind Vertragspartner und Versicherter nicht immer identisch gewesen, muß – fünftens – der junge Mann ein Jahr vor Dienstantritt derjenige gewesen sein, der im Erlebensfall die Leistung kassieren darf.«

Berufskleidung muß der Zivi nicht bezahlen

Zivildienstuniformen sind zwar vorgesehen (wer sich amüsieren möchte, kann die Kleidervorschriften im Leitfaden für die Durchführung des Zivildienstes im Abschnitt F8 Anlage nachlesen), werden aber in der Praxis nicht beschafft, weil die Zivildienststellen das gar nicht bezahlen könnten. Die Zivildienstleistenden erhalten deshalb pro Kalendertag 1,35 DM für das Tragen der eigenen Kleidung im Dienst und 0,95 DM für die Reinigung dieser Kleidung. Mit der Sonderinformation 1/1999 vom 23.2.1999 hat das Bundesamt für den Zivildienst ausdrücklich darauf hingewiesen, »daß eine Dienststelle einen Dienstleistenden nicht dazu verpflichten darf, bestimmte Kleidungsstücke ... auf eigene Kosten zu beschaffen, wenn diese im konkreten Einsatzbereich ... vorgeschrieben sind. Die Entschädigung in Höhe von derzeit 1,35 DM ist nicht für die Neuanschaffung einer erforderlichen einsatzartspezifischen Kleidung vorgesehen. Vielmehr ist es Angelegenheit der Dienststelle, diese spezielle Berufskleidung auf eigene Kosten zu beschaffen.«

Weiter auf Seite 36.

Soldgruppe 3 für alle

Der anhaltende Protest gegen die Ungleichbehandlung von Zivis und Bundis bei der Gewährung der Soldgruppe 3 zahlt sich nun doch aus, und zwar wörtlich in barer Münze. Ab dem 1.7. sollen alle Zivis vom 7. Dienstmonat an die Soldgruppe 3 erhalten können. Dies teilte der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Dieter Hackler, auf Anfrage von *zivil* mit. Der Erhalt der Soldgruppe 3 werde künftig nicht mehr von der ausgeübten Tätigkeit abhängig sein, so Hackler. Im Klartext bedeutet dies, daß ab dem 1.7. jeder Zivi, der sich in seinem Dienst nichts zu Schulden kommen läßt, Anspruch auf die »Beförderung« in Soldgruppe 3 hat. Bei der Bundeswehr war dies längst gängige Praxis. *zivil* hatte auf diese Form der Ungleichbehandlung wiederholt hingewiesen. Mit ihren wohlbegründeten Anträgen, die in den vergangenen Monaten zu Hunderten beim Bundesamt eingingen, haben Zivis schließlich die Sache ins Rollen gebracht. Die Neufassung der Verwaltungsvorschrift soll in Kürze veröffentlicht werden.

Väter mit Sorgerecht werden nicht einberufen

Das Bundesverteidigungsministerium hat mit Erlaß vom 25.8.98 die Nichtheranziehungsregelung für Väter ausgeweitet. Künftig werden nicht nur verheiratete oder alleinerziehende Väter von der Einberufung ausgenommen, sondern auch unverheiratete Väter, sofern sie erklärt haben und durch eine Bescheinigung des Jugendamtes nachweisen, daß sie gemeinsam mit der Mutter die Sorge des Kindes wahrnehmen.

Quelle: Zentralstelle KDV

ZiviZeit

ZiviZeit heißt die Zeitschrift der katholischen Zivildienstseelsorge. Die Ausgabe 2/99 beschäftigt sich mit dem Thema Gewalt. Die Gewalt in der Gesellschaft nimmt zu – so ist immer öfter in den deutschen Zeitungen zu lesen. Ob in der Schule oder am Arbeitsplatz, im Fußballstadion oder in der Familie – Konflikte würden zusehends gewalttätig ausgetragen. ZiviZeit fragt, ob das tatsächlich so ist, oder ob dieser Eindruck nur von den allgegenwärtigen Medien erzeugt wird.

Ein Probeheft von ZiviZeit kann angefordert werden bei:

ZiviZeit, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn, Tel.: 0228/10 33 20, Fax: 0228/10 33 72, e-Mail: ZSPastoral@dbk.de

Kampagne »10 statt 13«

Die Angleichung der Zivildienst- an die Grundwehrdienstdauer ist überfällig

Der Zivildienst dauert zur Zeit drei Monate länger als der Grundwehrdienst. Zur Begründung wurden 1984 – also noch zur Zeit des Kalten Krieges – die zu leistenden Wehrübungen, die Arbeitszeitbelastung im Grundwehrdienst und die 12-monatige Verfügungsbereitschaft im Anschluß an den Grundwehrdienst angeführt. Diese Argumente haben sich schon damals als falsche Realitätsbeschreibung herausgestellt, inzwischen sind sie nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich überholt. Alle »leichten« Stellen im Zivildienst sind gestrichen worden, Wehrübungen werden weitgehend freiwillig geleistet, zwangsweise geleistete Wehrübungen machen bezogen auf alle ehemaligen Grundwehrdienstleistenden (W 10) nur wenige Stunden aus, die Wochenarbeitszeit entspricht dem öffentliche Dienst und die Verfügungsbereitschaft wurde von 12 auf 2 Monate verkürzt, in der Realität aber noch nie eingefordert. Es gibt also keinen Grund mehr, die grundgesetzwidrige Benachteiligung der Kriegsdienstverweigerer aufrecht zu erhalten (Artikel 12a: »Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen.«).

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Bremen haben 1984 gegen die verlängerte Zivildienstdauer Ver-

des Zivildienstes gefordert. (Bundestagsdrucksache 13/9330 vom 2.12.1997, Frage 73). Dies jetzt umzusetzen ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Schließlich geht es um die Artikel 3 (Gleichheit), Artikel 4 (Gewissensfreiheit) und Artikel 12a Abs.2 (Gleiche Dienstdauer) des Grundgesetzes.

Post an die Abgeordneten

Die Zentralstelle KDV und einige ihrer Mitgliedsverbände haben eine Kampagne »10 statt 13« ins Leben gerufen. Über das Internet können sich alle an dieser Aktion beteiligen und den beiden zuständigen Abgeordneten eine e-Mail schicken. Die Internet-Adresse: <http://www.dfg-vk.de/zentralstelle-kdv/10statt13>

Auch auf dem Post-, Fax- und Telefonweg sind die Abgeordneten erreichbar.

Für die SPD:
Dieter Dzewas, MdB, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel.: 0228/16-83419, Fax: 0228/16-86426, e-Mail: Dieter.Dzewas@mdb.bundestag.dbp.de.
Für Bündnis 90/Die Grünen:
Christian Simmert, MdB, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel.: 0228/16-81624, Fax: 16-86286, e-Mail: Christian.Simmert@mdb.bundestag.dbp.de.

Einige Jugendverbände haben in einer gemeinsamen Erklärung am 19.2.'99 die gleiche Dienstdauer für Wehr- und Zivildienst gefordert. Der Deutsche Bundesjugendring, der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, die Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das Grün-Alternative Jugendbündnis und die Jungsozialisten in der SPD erklärten:

»Wir fordern die Bundesregierung auf, den Zivildienst (13 Monate) auf die Dauer des Wehrdienstes von 10 Monaten zu verkürzen. Kriegsdienstverweigerer dürfen nicht länger mit zusätzlichem Dienst bestraft werden. (...) Die CDU/CSU/

FDP-Bundesregierung hatte bewußt eine Schlechterstellung der Kriegsdienstverweigerer vorgesehen. Damit muß jetzt Schluß sein. (...) Grundwehrdienstleistende und Zivildienstleistende müssen gleichbehandelt werden. Beide Gruppen leisten einen Dienst für die Gesellschaft, der allgemein anerkannt und jeweils in seiner Weise anstrengend und belastend ist. (...) Die Beseitigung der bestehenden Ungerechtigkeiten ist keine Frage der »Zukunft der Bundeswehr«. Deshalb darf die Einsetzung der Wehrstrukturkommission keine Ausrede für Nichtstun sein. Wir fordern die Regierungsparteien auf, den Gesetzgebungsantrag zur Angleichung der Zivildienstdauer an die Wehrdienstdauer, den Rudolf Scharping und Fraktion am 25.10.'95 im Deutschen Bundestag eingebracht haben, erneut einzubringen und zu verabschieden.«



Zeichnung: Matthias Scharp

fassungsklage (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24.4.1985) erhoben, auf Antrag der SPD-regierten Bundesländer Saarland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen (Bundestagsdrucksache 191/2/93 vom 6.5.1993) hat der Bundesrat 1993 mehrheitlich beschlossen, die Zivildienstdauer auf die Wehrdienstdauer zu verkürzen, wurde aber von der CDU/CSU/FDP-Bundestagsmehrheit überstimmt. Am 20.10.1995 hat Rudolf Scharping einen Antrag in ein Wehrrechtsänderungsverfahren eingebracht, in dem formuliert wurde: »Der Zivildienst hat die gleiche Dauer wie der Grundwehrdienst.« (Bundestagsdrucksache 13/2757, s. a. *zivil* 1/99, S. 3). Im Dezember 1997 hat die SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen einer großen Anfrage noch einmal nachdrücklich die Verkürzung



Leserbriefe bitte nur an folgende Adresse senden: **Redaktion zivil, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart**
Anonyme Leserbriefe werden grundsätzlich nicht abgedruckt.



Betr.: zivil 1/99, Forschung, »Violagra«

Hurra! Ich hab's geschafft! Auf meine letzten Tage als Zivi hab' ich's noch geschafft, von der schweigenden Mehrheit ins Lager der Leserbriefschreiber zu wechseln. Im nachhinein möchte ich mich für 13 mal mehr mal weniger interessante Artikel bedanken, auch wenn natürlich (?) das Kreuzworträtsel und die Cartoons das wichtigste waren.

Eine Anregung, die mir am Herzen liegt, möchte ich noch abgeben: Macht montierte Bilder doch bitte als solche kenntlich. Beispiel Nr. 1/99, S. 14: Diese Violagradose dürfte so nicht existieren. Viele Zeitungen, z.B. die »taz« kennzeichnet solche Bilder mit einem (M). Die Begründung find ich auch sehr einleuchtend: In unserer Zeit können Bilder sehr leicht mittels Computer manipuliert werden, und das so perfekt, daß niemand die Täuschung erkennt.

Weiterhin alles Gute und viel Erfolg bei Eurer Zeitschrift.

Jan Hartmann, Sinsheim

P.S.: Ich freu mich auf ein weiteres Jahr mit Euch, da ich bei meinem Bruder weiterhin mitlesen werde.



Betr.: zivil 1/99, »Intern«

Wie froh war ich zu erfahren, daß die SPD die zeitliche Ungleichbehandlung von Zivildienst und Bundeswehr abschaffen möchte. Umso ernüchternder ist die Tatsache für mich, daß sich auch nach 100 Tagen Regierungszeit unter Gerhard Schröder noch nichts getan hat. Dabei wäre die Aufhebung der zeitlichen Ungleichbehandlung – wodurch im Extremfall Wehrdienstleistende ein Semester früher (!) mit einem Studium beginnen können als ihre Zivildienstkollegen – nur ein Schritt in die richtige Richtung. Es bleiben aber weitere Ungleichbehandlungen bestehen: Die generelle Zahlung der Soldgruppe 3 für die Wehrdienstleistenden im Gegensatz zu den Zivildienstleistenden; die vorzeitige Entlassung aus dem Wehrdienst, um mit einem Studium zu beginnen; die weitaus besseren Fortbildungsangebote für das spätere Berufsleben/Allgemeinwissen sowie der Erhalt von Sonderurlaub für solche Maßnahmen und für die Teilnahme am Blutspenden. Ebenso wird es Zeit, sich Gedanken über das Verfahren zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zu machen. Ich halte es nicht mehr für zeitgemäß, daß ein Wehrdienstverweigerer dieses schriftlich tun muß. Man sollte bei der Musterung vor die Entscheidung gestellt werden, ob man lieber Zivildienst oder Wehrdienst leisten möchte, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen, Zivildienst zu leisten. Ich finde, auch wenn der Zivildienst in der Dauer dem Wehrdienst angepaßt wird, ist die Ungleichbehandlung noch lange nicht aufgehoben.

Christian Rauscher, Uelzen



Betr.: zivil 1/99, Anregungen, Kritik, Lob:

Eure Zeitung ist grotten-schlecht. Die Texte sind uninteressant. Vielleicht solltet Ihr mal Eure Zielgruppe genauer ansehen. Alle 9 anderen Zivis der Roland-Klinik finden dies auch!

Christian Nieke, Stuhr

Hey, macht weiter wie bisher. Eure Berichte und Reportagen sind einfach klasse. Gut finde ich auch Eure Ausbildungsinformationen.

Ulrich Schwitzke, Groß Gastrose

Themen: »Sind die Deutschen wirklich so viel anders als im 3. Reich?« »Brauchen wir eine Bundeswehr? (pro/contra)« Aktuelle Themen: »Kosovokonflikt (historisch)« »Todesstrafe in Amerika – Der Saubermann hat Dreck am Stecken!«

Helmut Ziegler, Emskirchen

Sehr geehrter Herr Schulz, für die aktuelle Ausgabe möchte ich Ihnen und Ihrer Redaktion ein großes Lob aussprechen; vor allem die Themen Konversion und Abrüstung waren hochinteressant. Doch am Lösungswort »Eirene« möchte ich einige Kritik üben: Wer – außer Latein-LKlern, wie mir, oder anderen »Käpsele« – kennen Eirene, die griechische Göttin des Friedens und eine der Horen, Töchter von Zeus und Themis?

Marc Landherr, Aldingen

Berichtigung:

Leider enthält unser Beitrag »Abrüstung ist Pflicht« in Heft 1/99, S. 9 einen Übersetzungsfehler: Die Kosten der US-Atomwaffenstrategie seit 1940 belaufen sich auf 6 Billionen Dollar – und nicht Trillionen, wie es in *zivil* hieß. Wir danken den aufmerksamen Lesern, die uns auf den Fehler hingewiesen haben.

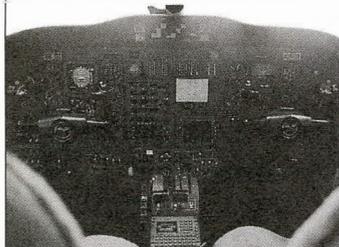
Die Redaktion

© by Tom
Zentralstelle KDV
TOUCHÉ



Verkehrspilot / Fluglotse

Interessante Berufe mit Zukunft. Die Stellen sind da. Die Vorbereitung auch. Das ATTC-Training für die Einstellungstests von Lufthansa und DFS garantiert Ihren Erfolg.



- ➔ Vorbereitung auf den DLR-Test (BU) und Firmenqualifikation für die LH-Verkehrsfliegerschule
 - ➔ Vorbereitung auf den DLR-Test für angehende Fluglotsen bei der Deutschen Flugsicherung DFS
- Intensiv-Training durch Verkehrsflugzeugführer, promovierte Dozenten und Fachlehrer



- ➔ Seriöse Schulung und individuelle Betreuung bis zur sicheren Teststreife
- ➔ Anerkanntes Seminar, Förderung durch das BAZ für Zivildienstleistende.

ATTC München	Gabriela Müller M.A.	☎ (0 89) 60 60 15 30	Fax (0 89) 60 60 15 33
ATTC Hamburg	Dipl.-Ing. Olaf Pattberg	☎ (0 40) 2 51 21 20	Fax (0 40) 2 51 41 21
ATTC Frankfurt	Dr. Wolfgang Lorenz	☎ (0 69) 66 16 33 44	Fax (0 69) 66 16 33 55
ATTC im Internet · http://www.attc.de		eMail: info@attc.de	

Ein Beruf in Kirche und Diakonie

Diakon/Diakonin ist die Amts- und Berufsbezeichnung für Männer und Frauen, die ihre Tätigkeit vom Auftrag Jesu Christi herleiten und seine Liebe in der Hinwendung zu Menschen und Menschengruppen in sozialer, leiblicher und seelischer Not bezeugen wollen.

Ausbildung zum/zur Diakon/in

Die Diakonen Ausbildung verbindet eine soziale mit einer diakonisch-theologischen Ausbildung.

Nähere Infos:

Telefon 05 21 / 144-41 31

v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel
Westfälische Diakonenanstalt Nazareth
Diakonenschule
Nazarethweg 5 - 7 · 33617 Bielefeld



STAATLICH ANERKANNT

THERAPEUTISCHE LEHRANSTALTEN

32423 MINDEN

- Ergotherapeut/in
- Physiotherapeut/in
- Rettungsassistent/in

Tel. 0571 / 84 00 83
Fax 840025 / Marienwall 24
<http://www.blindow-schulen.de/minden.html>
eMail: TLMMINDEN@aol.com

STAATLICH ANERKANNT

SCHULEN

DR.W.BLINDOW
30171 HANNOVER Baumstr. 20

- BETRIEBSWIRT/in
- TECHNIKER/in

Maschinen · Elektro · Umwelt · Medizin

- ZUSATZQUALIFIKATION für Techniker · Betriebswirtschaft

Vollzeitform
Individuelle Ausbildungsberatung

Tel.: 0511 / 17 67 1
Fax: 0511 / 28 34 29 2

Ausbildung zur Diakonin und zum Diakon

Kombination eines Sozial- oder Pflegeberufs mit einer theologischen Ausbildung
Direkter Zugang zu Fach- oder Fachhochschule
Einen Arbeitsplatz in Kirche oder Diakonie finden
Nächster Ausbildungsbeginn 1.9.1999



Informationen:
Tel. 030/336 09 332
Wichern-Kolleg
Schönwalder Allee 26
13587 Berlin-Spandau

BEILAGENHINWEIS: BITTE BEACHTEN SIE IN DIESER AUSGABE DIE BEILAGE DER STUDIENGEMEINSCHAFT DARMSTADT

Ausbildung Zur Diakonin Zum Diakon



Studium der Sozialpädagogik
(Abschluß als Diplom-Sozialpädagogin, -pädagoge)

Ausbildung im theologisch-diakonischen Bereich
(kirchliche Abschlußprüfung)

Struktur des Studiums:

- 1.-3. Semester: Grundstudium in Darmstadt an der Evangelischen Fachhochschule
 - 4.-7. Semester: Hauptstudium in Hephata
- Fortsetzung der theologisch-diakonischen Ausbildung in den ersten beiden Berufsjahren

Voraussetzungen: Fachhochschulreife, Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit theologisch-diakonischen Themen und Fragen

Beginn: Jeweils zum Wintersemester (1.9.)

Bewerbungen jeweils bis zum 15. Mai.

Ab sofort an Hephata, Geschäftsbereich Aus-, Fort- und Weiterbildung. (Informationsmaterial kann sofort angefordert werden)

Hephata Hessisches Diakoniezentrum

Geschäftsbereich Aus-, Fort- und Weiterbildung
Dr. Friedrich Martiny · 34613 Schwalmstadt
Tel.: 0 66 91/18 12 39 · Fax: 0 66 91/18 14 39

Bernd-Blindow-u.-Dr.-Rohrbach-Schulen



- ▶ Physiotherapeut/in (auch als Nachqualif. für Masseure)
- ▶ Masseur/in u. med. Bademeister/in
- ▶ Ergotherapeut/in (Beschäftigungs- u. Arbeitstherapeut/in)
- ▶ Logopäde/in
- ▶ Pharmazeutisch-techn. Assistent/in
- ▶ Biologisch-techn. Assistent/in
- ▶ Techniker/in (Maschinen- u. Umweltschutztechnik)



Fachhochschulen DIPLOMA



Es ist Zeit

- Diplom-Betriebswirt/in
- Diplom-Rechtswirt/in
- Diplom-Ingenieur/in IT
Informationstechnologie

Nordhessen / Oelsnitz/Vogtl.

Time is money
Ihr akademischer Abschluß

3 in Jahren
nach dem Abi oder mit FHR

Fernlehrmodule für Berufstätige / Ohne Abi oder FHR: Aufnahmeprüfung
Nutzen Sie Zeit, kombinieren oder wählen Sie zwischen

Präsenz- und Fernstudium

Ausbildungsorte: Bad Sooden-Allendorf, Bonn, Bückeburg, Friedrichshafen, Hannover, Kassel, Langenhagen, Leipzig, Oelsnitz, Ralsdorf/Kiel

*Die genannten Ausbildungen werden nicht an jedem Standort angeboten
Bernd-Blindow-Schulen, Herminenstr. 17f, PF 12 10, 31666 Bückeburg
Tel.: 0 57 22/ 9 50 50 <http://www.blindow.de> <http://www.diploma.de>

Vielfältige Arbeitsplätze:

Der Beruf der Diakonin/des Diakons



Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenhilfe reichen die Arbeitsfelder. Fotos: zivil

Von Friedrich Martiny

In der Tradition Johann Hinrich Wicherns, der vor 150 Jahren mit seiner berühmten Rede in Wittenberg die Gründung der Inneren Mission, initiiert hat, werden seitdem Männer und seit gut 20 Jahren auch Frauen als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den diakonischen und kirchlichen Dienst zu Diakoninnen und Diakonen ausgebildet. Auch wenn sie keine sehr große Gruppe unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Diakonie und Kirche sind, so haben sie doch aufgrund dieser Tradition und ihrer spezifischen Ausbildung eine wichtige Funktion.

Diakoninnen bzw. Diakone sind Frauen und Männer, die ihr professionelles Engagement in der Hilfe, Begleitung und Unterstützung von Menschen ausüben, dies als Ausdruck ihres Glaubens, ihres christlichen Welt- und Menschenbildes verstehen und religionspädagogisches Handeln als Teil ihrer Arbeit ansehen. Diakoninnen bzw. Diakone erhalten, gestalten, verteidigen und prägen Lebensräume in professioneller Verantwortung für Menschen, die aufgrund bestimmter Lebenssituationen auf Hilfe, Unterstützung oder Begleitung angewiesen sind. Sie tun dies aus Achtung vor der Schöpfung Gottes, motiviert vom Evangelium von Jesus Chri-

stus und in der Hoffnung und Zutrauen auf die Zukunft des Reiches Gottes.

Die verschiedenen Ausbildungsstätten für Diakoninnen und Diakone haben ihr je eigenes Profil, das durch die Traditionen der Einrichtung, deren Teil sie sind, und die heutige Situation bestimmt ist. Grundlage für alle Ausbildungsstätten ist die »doppelte Qualifikation«, d. h. Diakonin/Diakon ist jemand, der eine Ausbildung in einem sozialen oder pflegerischen Beruf und eine theologisch-diakonische Qualifikation erworben hat. Die Ausbildung in einem sozialen Beruf kann sehr unterschiedlich sein:

- Sozialpädagogin/Sozialpädagoge (FH), Erzieherin/Erzieher (Fachschule),
- Krankenpfleger/Krankenschwester, Altenpflegerin/Altenpfleger.

In der theologisch-diakonischen Ausbildung wird eine Verknüpfung zwischen Fragen und Problemen aus den Sozialwissenschaften, wie sie für die betreffenden sozialen Beruf kennzeichnend sind, mit den Positionen des christlichen Glaubens hergestellt, um so das berufliche Handeln zu stützen und zu profilieren.

So vielfältig die sozialen bzw. pflegerischen

Ausbildungen sind, so vielfältig sind auch die Arbeitsplätze von Diakoninnen und Diakonen. Sie arbeiten etwa

- in der Jugendarbeit von Kirchengemeinde und Kirchenbezirken;
- in der religionspädagogischen Arbeit der Kirche;
- in diakonischen Einrichtungen in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen;
- in der Krankenpflege oder Altenpflege diakonischer bzw. kirchlicher Einrichtungen;
- in der sozialen Arbeit kommunaler oder freier Träger.

Doppelte Qualifikation

Die »doppelte Qualifikation« ermöglicht es den Diakoninnen und Diakonen innerhalb und außerhalb von Diakonie und Kirche zu arbeiten. Sie können somit Grenzgänger sein, die mit ihrer zusätzlichen theologisch-diakonischen Ausbildung etwas von Gottes Liebe in die Welt tragen können. Außerdem erhalten sie dadurch die Befähigung, in ihrer sozialen oder pflegerischen Arbeit religionspädagogische Aktionen eigenverantwortlich durchzuführen.

Die Einbindung der meisten Ausbildungsstätten in eine diakonische Einrichtung ermöglicht einen engen Kontakt mit der jeweiligen sozialen oder pflegerischen Praxis. Die Ausbildung ist dadurch »Lernen in der Praxis« und »Lernen mit der Praxis«.

Die Ausbildung geschieht je nach Voraussetzung auf Fachhochschul- oder Fachschulebene. Beide Ausbildungsteile – die Ausbildung im sozialen Beruf und die theologisch-diakonische Ausbildung – können je nach den Gegebenheiten vor Ort hintereinander liegen oder miteinander verflochten sein.

21 Ausbildungsstätten zur Diakonin/zum Diakon gibt es in Deutschland. Eine Übersicht kann angefordert werden beim »Verband Evangelischer Diakoninnen- und Diakoninnengemeinschaften in Deutschland e.V.«: VEDD Geschäftsstelle, Goethestraße 1, 33617 Bielefeld, Tel.: 0521-152214, Fax: 0521-152064.

Dr. Friedrich Martiny ist Leiter der Diakonenausbildung im hessischen Diakoniezentrum Hephata



Zum Beispiel: Auschwitz



Rüstzeiten und Werkwochen sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden A8 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungs-ort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- vom Veranstalter erstattet.

HANNOVER

- 31.05.-04.06.99 **Obernkirchen:** Sport und Ethik
 - 07.06.-11.06.99 **Wustrow:** Widerstand er-fahren
 - 16.06.-20.06.99 **Stuttgart:** Friedensbewegung auf dem Kirchentag
 - 03.07.-11.07.99 **Verdun/Frankreich:** Deutsche und Franzosen
- Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle KDV + ZDL, PF 265, 30002 Hannover, Tel. 05 11/12 41-468/-469, Fax 05 11/1 24 1499

KURHESSEN-WALDECK*

- 01.06.-08.06.99 **Aldein/Südtirol:** Grenzen erwandern – respektieren – verändern
 - 06.06.-12.06.99 **Kryzowa-Kreisau/Schlesien:** Unbekannter Nachbar Polen
 - 14.06.-18.06.99 **Dalherda/Rhön:** Fasten und Bewegung
 - 07.06.-11.06.99 **Laurentiushof bei Wetzlar:** Hilflös angesichts alltäglicher Gewalt? Einführung in gewaltfreies Handeln
 - 05.07.-09.07.99 **Nordhessen:** Entdeckungstour mit dem Fahrrad
- Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle KDV + ZDL, Lessingstraße 13, 34119 Kassel, Tel. 05 61/10 96 582, Fax 05 61/10 78 87

NORDELBNIEN

- 07.06.-11.06.99 **Koppelsberg/Plöner See:** Macht – Aggression – Herrschaft – Gewalt
 - 12.07.-16.07.99 **Radtour Schleswig-Holstein:** »Rio er-fahren« Die Umsetzung der Agenda 21
 - 16.08.-20.08.99 **Koppelsberg:** Immer diese Fundis – unfähig zum Kompromiß? Grundlagen des Zusammenlebens
 - 23.08.-27.08.99 **Koppelsberg:** Zi-VIDEO – der etwas andere Film. (Workshop)
 - 06.09.-10.09.99 **Lichtensee/Hoisdorf:** Kurz vor dem Jahr 2000: Zukunftsentwürfe
 - 12.09.-24.09.99 **Polen:** Auschwitz, Krakau, Warschau Vorbereitung: 25.-27.06., Anmeldeschluß: Ende Mai
- Anmeldeformulare:** Kirchl. Dienst für KDV + ZDL, Hirschgraben 25, 22089 Hamburg, Tel. 040/25 88 81, Fax 040/25 08990

PFALZ

- Juni '99 **Berlin:** Spurensuche gegen das Vergessen
- Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle Friedensdienst, Reiner Landua, Große Him-melsgasse 3, 67346 Speyer, Tel. 0 62 32/6 71 50, Fax 0 62 32/67 15 67

RHEINLAND

- 31.05.-04.06.99 **Altenkirchen:** Spielwiese für Neugierige – Schauspiel-training mit einem Schauspieler
 - 16.06.-20.06.99 **Stuttgart:** Kirchentag
 - 23.08.-27.08.99 **Essen:** Foto-Rüstzeit
 - 15.09.-21.09.99 **Niederlande:** Radtour »Spurensuche«
 - 22.09.-27.09.99 **Brüssel:** Zivildienst International
- Anmeldeformulare:** Ev. Zivildienstseelsorge, Rochusstraße 44, 40479 Düsseldorf, Tel. 02 11/36 10-221, Fax 02 11/36 10-224

BADEN*

- 05.07.-09.07.99 **Radtour Offenburg – Freiburg:** Spurensicherung im Umgang mit Rassismus
 - 26.07.-30.07.99 **Radtour Offenburg – Trossingen:** Einfacher und soli-darischer leben
- Anmeldeformulare:** Amt für ev. Jugendarbeit, Arbeitsstelle Frieden, PF 2269, 76010 Karlsruhe, Tel. 07 21/91 75-468, Fax 07 21/91 75-479

BAYERN*

- 31.05.-04.06.99 **Schwanberg:** Haste Töne?! – auf deinem Instrument
 - 06.06.-13.06.99 **Assisi/Italien:** Wenn einer aus der Reihe tanzt...
 - 15.06.-20.06.99 **Kirchentag in Stuttgart:** Ihr seid das Salz der Erde
 - 28.06.-02.07.99 **Schornewisach:** »... Sie werden lachen, die Bibel!«
 - 05.07.-09.07.99 **Deinsdorf:** Mit der Natur leben – aus der Natur lernen
 - 12.07.-16.07.99 **Königsdorf:** Natur erleben – natürlicher leben (Zeltlager)
 - 19.07.-23.07.99 **Deinsdorf:** Aus der Höhle auf den Berg (Erlebnistour)
 - 19.07.-23.07.99 **Leutershausen:** Das war mein Zivildienst – war das alles?
- Anmeldeformulare:** Beauftragte für KDV + ZDL, Gudrunstraße 33, 90459 Nürnberg, Tel. 09 11/43 04-238, Fax 09 11/43 04-303

BERLIN-BRANDENBURG

- 07.06.-11.06.99 **Wünsdorf:** Portraits – Kunst und/oder Kommerz (Fotoseminar)
 - 10.09.-26.09.99 **Wünsdorf:** Weltreligionen in Berlin und Brandenburg
- Anmeldeformulare:** Amt für ev. Jugendarbeit, Neue Grünstraße 19, 10179 Berlin, Tel. 030/30 86 97-142, Fax 030/2 79 56 49

BRAUNSCHWEIG

- 15.06.-21.06.99 **Prag:** Der 2. Weltkrieg und die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Prag und Theresienstadt (Anmeldung bis 25.05.!))
- Anmeldeformulare:** Beratungsstelle für KDV + ZDL, Am Fallersleber Tore 9, 38100 Braunschweig, Tel. 05 31/4 25 39



Zum Beispiel: Theaterworkshop



Zum Beispiel: Fahrradtouren

* Ausführliche Programme für die Zivis aus diesen Landeskirchen finden sich in gesonderten Regionalbeilagen in der Heftmitte.

THÜRINGEN

- 31.05.-04.06.99 **Thüringer Wald:** Wanderung Rennsteig und Höselsberge
- 16.06.-20.06.99 **Stuttgart:** Deutscher Evangelischer Kirchentag
- 21.06.-25.06.99 **Hand made music:** Arbeit mit Musikern im Tonstudio
- 21.06.-27.06.99 **Thüringen und Berlin:** Internationale Jugendbegegnung mit Gästen aus Estland
- 05.07.-11.07.99 **Eisenach, Erfurt, Weimar:** Internationale Jugendbegegnung mit israelischen Volontären und Freiwilligen

Anmeldeformulare: Zivildienstseelsorge, Detlef Harland, Gottesackergrasse 4, 99706 Sondershausen, Tel./Fax 0 36 32/78 23 87

WESTFALEN

- 03.06.-06.06.99 **Radtour deutsch-holländische Grenze:** Auf den Spuren von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (Infoblatt anfordern!)
 - 07.06.-11.06.99 **Nordwalde:** Die Lust Ver-rückt zu sein - Theaterworkshop
 - 14.06.-18.06.99 **Hallenberg:** Ökologie II - Zukunftsfähigkeit - Cyberforst (Infoblatt anfordern!)
 - 28.06.-02.07.99 **Nordwalde:** Was hat mir der Zivildienst gebracht? Was kommt danach?
 - 05.07.-09.07.99 **Osnabrück:** AIKIDO - kreativ sein gegen Gewalt
- Anmeldeformulare:** Diakonisches Werk, Referat KDV + ZDL, Friesenring 32-34, 48147 Münster, Tel. 02 51/27 09-191, Fax 02 51/27 09-105

WÜRTEMBERG*

- 28.06.-02.07.99 **Murrhardt:** Ökologisch leben - auf einem Biolandhof
- 28.06.-02.07.99 **Burg Rieneck/Main-Spessart:** Natur erfahren - unterwegs mit Booten **Ausgebucht!**
- 05.07.-09.07.99 **Reutlingen:** Computer und Musik **Ausgebucht!**
- 30.08.-04.09.99 **Polen:** Motorradfahrt nach Auschwitz
- 05.09.-12.09.99 **Taizé/Frankreich:** Vertrauen auf der Erde
- 13.09.-21.09.99 **Dolomiten/Italien:** Friedenspfad - Bergwanderung **Ausgebucht!**

Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV + ZDL, Haeberlinstraße 1-3, 70563 Stuttgart. Tel. 07 11/97 81-114, -112, Fax 07 11/ 97 81-105

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei:

BREMEN:
Pastorin Ruth Fenko
Hollerallee 75
28209 Bremen
Tel. 04 21/34 61 55-0
Fax: 0421/34 61 55-2

HESSEN UND NASSAU
Pfarramt für KDV + ZDL,
Riedstraße 2,
64295 Darmstadt,
Tel. 0 61 51/36 70 -02/-01,
Fax 0 61 51/36 70 03

MECKLENBURG:
Beauftragte für KDV + ZDL
2. Ringstraße 2031
17033 Neubrandenburg
Tel./Fax 03 95/58 23 475

SACHSEN:
Landesjugendpfarramt,
Referat KDV/ZDL,
Caspar-David-Friedrich-Str. 5,
01219 Dresden,
Tel. 03 51/47 39 00,
Fax 03 51/47 39 0-30



Zum Beispiel: Musikworkshops

Anzeigen

Eine Chance für Realschüler/-innen
**Physik - Informatik -
Elektronik und Datentechnik**
Berufsausbildung zu technischen Assistenten
Physikalisch-Technische Lehranstalt · Feldstraße 143 · 22880 Wedel · (04103) 8048-0 · <http://www.ptl.de>

Fordern Sie bitte unseren Prospekt an

Schulen Dr. W. Blindow • 06108 Halle
Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum
• **staatl. geprüften Betriebswirt**
• Finanzwirtschaft • Touristik
Vom Koch, Restaurant-, Hotelfachmann zum **schulgeldfrei**
• **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt**
Beginn: September • Wohnheime, Förderg. möglich
<http://blindow-schulen.de/halle.html>
Bernburger Str. 5 • Tel./Fax 0345 / 2026663

Staatlich geprüfte/r Betriebswirt/in

Fachrichtung: • Betriebswirtschaft • Wirtschaftsinformatik

Studiendauer: 4 Semester Vollzeit
8 Semester Teilzeit

Voraussetzung: Kfm. Berufsausbildung und 2 Jahre
kfm. Berufspraxis oder alternativ
7 Jahre kfm. Berufspraxis

Zusatzqualifikation: Erwerb der Fachhochschulreife NRW
Geprüfter Wirtschaftsinformatiker
(Kammerabschluss), Ausbildereignung

Beginn: Jeweils im April und Oktober, abhängig von
den Schulferien in NRW

Staatlich anerkannte
Wirtschaftsfachschule
Berufskolleg



Das Studium an der staatlich anerkannten Wirtschaftsfachschule der DAA bildet den Grundstein für Ihre Karriere. Fordern Sie unser Informationsmaterial an. Oder vereinbaren Sie ein persönliches Beratungsgespräch. Anruf genügt.



Deutsche Angestellten-Akademie e.V.

Konrad-Adenauer-Platz 9
40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11/1 79 37 30
Fax: 02 11/17 93 73 20
<http://www.shuttle.de/d/daa-wfs>

Berufschancen für Zivildienstleistende

Fachschule des Möbelhandels Köln**Berufschancen für Zivildienstleistende**

Welchen Einstieg in das Berufsleben soll ich wählen?

Vor dieser Frage steht jeder Zivildienstleistende vor Ablauf seiner Ersatzdienstzeit. Welche Qualifizierung wähle ich? Wo kann ich meinen Neigungen und Erfahrungen gemäß ein Berufsfeld finden, daß zukunftsorientierte Berufsperspektiven bietet.

Das zwei- bzw. viersemestrige Studium an der Fachschule des Möbelhandels in Köln eröffnet hervorragende Chancen für interessante Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche.

Nach der entsprechenden Studiendauer kann ein staatlicher Abschluß erworben werden.

Das Berufsförderungsprogramm des Arbeitsamtes regelt die Studienförderungsmöglichkeiten.

Als „Staatlich geprüfter Einrichtungsfachberater“, insbesondere mit dem Schwerpunkt „Kücheneinrichtung“ und als „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ warten viele Stellenangebote auf jeden Absolventen. Der Studiengang „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ umfaßt auch die Ausbilderqualifikation und befähigt, Führungspositionen in der Branche einnehmen zu können.

Die Fachschule des Möbelhandels ist als Wirtschaftsfachschule eine staatlich anerkannte private Ersatzschule und untersteht der Schulaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Aufnahmebedingungen sind daher vom Kultusminister durch Runderlaß festgelegt und sehen vor, daß nach dem Hauptschulabschluß eine Berufsausbildung abgeschlossen sein soll, sei es in einem kaufmännischen Beruf oder in einem Handwerksberuf, der für eine Tätigkeit in der Einrichtungsbranche förderlich ist. Darüber hinaus muß der Bewerber noch eine mindestens zweijährige berufspraktische Tätigkeit ausgeübt haben. Hier bieten sich für den Zivildienstleistenden besondere Chancen. Bei Nachweis einschlägiger Verwendung werden Praktika anerkannt. Auch ohne Berufs-

abschluß kann ein Berufswunsch erfüllt werden. Bei einer einschlägigen Tätigkeit von mindestens 6 Jahren können die Aufnahmebedingungen erfüllt werden.

Bewerber für den Studiengang „Staatlich geprüfter Betriebswirt“, die keinen kaufmännischen Berufsabschluß erworben haben, müssen in einer Aufnahmeprüfung die entsprechenden Kenntnisse nachweisen.

„Staatlich geprüfter Einrichtungsfachberater“ mit Ausbilderqualifikation

Die Anforderungen, die an einen guten Mitarbeiter im Verkauf gestellt werden, sind komplex. Er benötigt sowohl fundierte Fachkenntnisse als auch kommunikative Fähigkeiten, um ein Verkaufsgespräch zum sicheren Abschluß führen zu können. Die Studierenden erhalten eine praxisbezogene Ausbildung, die warenkundliche, planerische und verkaufsspezifische Studieninhalte optimal kombiniert und damit eine sichere Basis für den beruflichen Erfolg bietet.

Der zukünftigen Tätigkeit entsprechend werden praxisingerechte Verkaufssituation unter Einsatz modernster Videoanlagen in den Ausstellungsstudios simuliert, dabei werden die Erkenntnisse der Verkaufspsychologie ebenso eingebracht wie die in den warenkundlichen Fächern Möbel, Polstermöbel und Heimtextilien erlernten Gebrauchseigenschaften und Einsatzmöglichkeiten. Die Wirklichkeitsnähe wird durch originale Möbelprogramme, Dekorationen und zugehörige Verkaufsunterlagen hergestellt.

„Staatlich geprüfter Einrichtungsfachberater“ – Schwerpunkt „Kücheneinrichtung“ – mit Ausbilderqualifikation

Hier steht das Einrichten von Küchen im Mittelpunkt. Die zukünftigen „Küchenfachberater“ arbeiten mit den Verkaufsunterlagen der namhaften Küchenhersteller anhand originaler Einrichtungen, wobei der Küchentechnik eine besondere Bedeutung zukommt, da hier der Beratungsbedarf für den Kunden besonders hoch ist.

Ebenso wird im Bereich Raumplanung und -gestaltung mit Katalogen, Typen- und Preislisten gearbeitet, um auch hier dem Kunden komplexe Einrichtungsvorschläge unterbreiten zu können. Unterschiedliche Programme bekannter Hersteller werden zu konkreten Angeboten verarbeitet. Computergestützte Küchenplanung ist für die Küchenfachberater ein Muß.

„Staatlich geprüfter Betriebswirt“ – Fachrichtung Möbelhandel – mit Ausbilderqualifikation

Durch eine optimale Kombination aus betriebswirtschaftlichen, waren-spezifischen und gestalterischen Studieninhalten mit praxisbezogener Ausrichtung vermitteln wir den Studierenden die erforderliche Reife, Sicherheit und Entscheidungsfreude, die sie als selbständiger Unternehmer oder in einer leitenden Stellung benötigen.

Kontakte zur Branche

Exkursionen zu Herstellern, Einkaufsverbänden, Möbelhäusern und Küchenspezialisten vermitteln Kontakte zur Praxis. Auf der jährlichen Möbelmesse in Köln werden intensiv Modellstudien betrieben. Vorträge von Fachreferenten aus der Praxis ergänzen das Studium.

In jedem Fachgebiet unterrichten Dozenten, die aufgrund ihrer Ausbildung, Kenntnisse und Erfahrungen Fachleute sind, und die es verstehen, den Wissensstoff praxisnah und anwendungsbezogen zu vermitteln.

Weitere Informationen können Sie gern über die Rufnummer 02 21/40 20 61 erhalten.

**Dipl.-Hdl. Manfred Strauch
Oberstudiendirektor**

Für ZIVILDienstLEISTENDE
zur beruflichen
NEUORIENTIERUNG



Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche
durch eine praxisingerechte Fortbildung und staatliche Abschlußprüfung
als

EINRICHTUNGSFACHBERATER
– 2 Semester –

oder als

KÜCHENFACHBERATER
– 2 Semester –

oder als

BETRIEBSWIRT
FACHRICHTUNG MÖBELHANDEL
– 4 Semester –

FACHSCHULE DES MÖBELHANDELS

Fragenheimstraße 6
50931 Köln (Lindenthal)

Telefon 02 21/40 20 61
Telefax 02 21/40 19 76

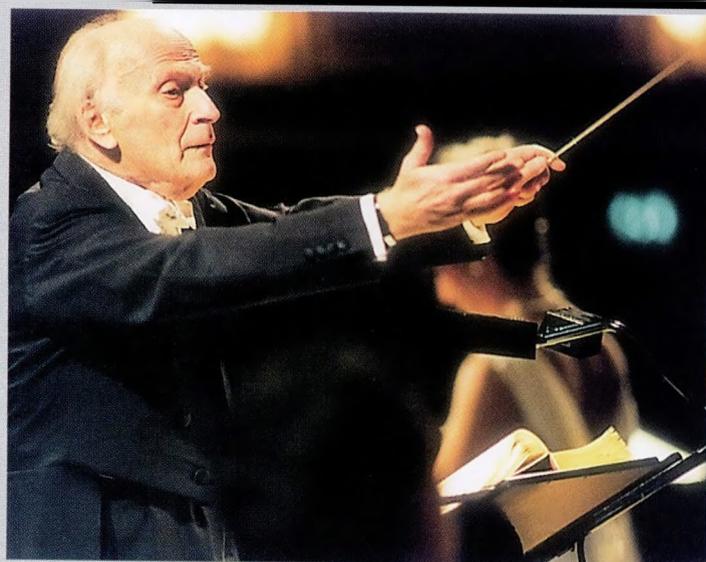
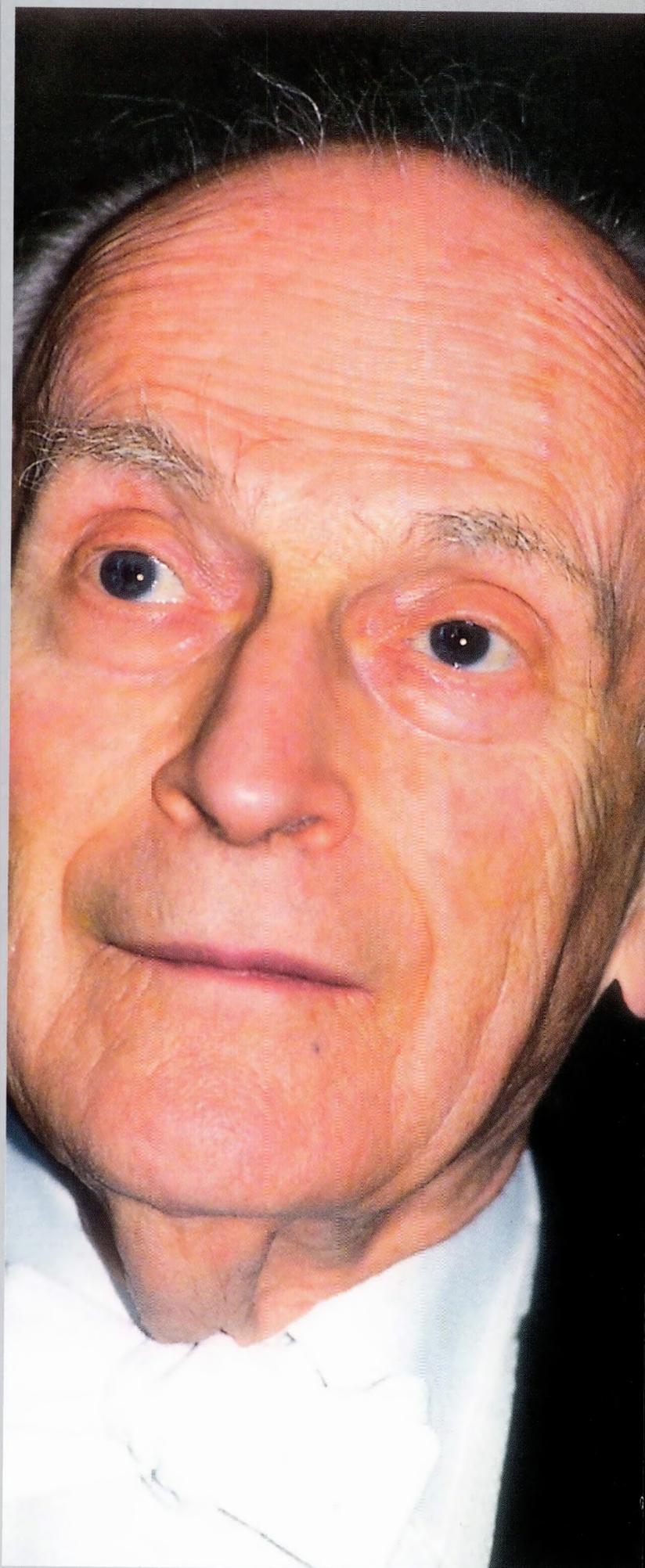
Studienbeginn: 1. April und 1. Oktober
Unterkunft im Wohnheim mit Mensa auf Wunsch
Förderung nach dem Berufsförderungsprogramm
des Arbeitsamtes möglich

Yehudi Menuhin

»Das haßerfüllte Verhalten von Menschen entsteht dort, wo der grundlegende, verdrängte kreative Drang mit Mord und Gewalt einhergeht. Ich denke, daß Kinder schon mit schöpferischer Begabung geboren sind, daß wir sie aber zu früh in engen Gefängnissen des Denkens einschränken und diese schöpferische Gabe töten, anstatt die Kinder zu zivilisieren. Aber dazu gehört die schöpferische Bildung.«

Yehudi Menuhin, am 22. April 1916 als Sohn einer jüdisch-russischen Familie in New York geboren, gilt als der berühmteste Geiger des 20. Jahrhunderts. Seit vielen Jahren reiste er nicht nur für die Musik, sondern auch für Völkerverständigung um die Erde. Unter anderem erhielt er für sein Friedensengagement 1979 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und 1998 die Otto-Hahn-Friedensmedaille. Yehudi Menuhin verstarb am 12. März '99.

Foto: dpa



Zivil

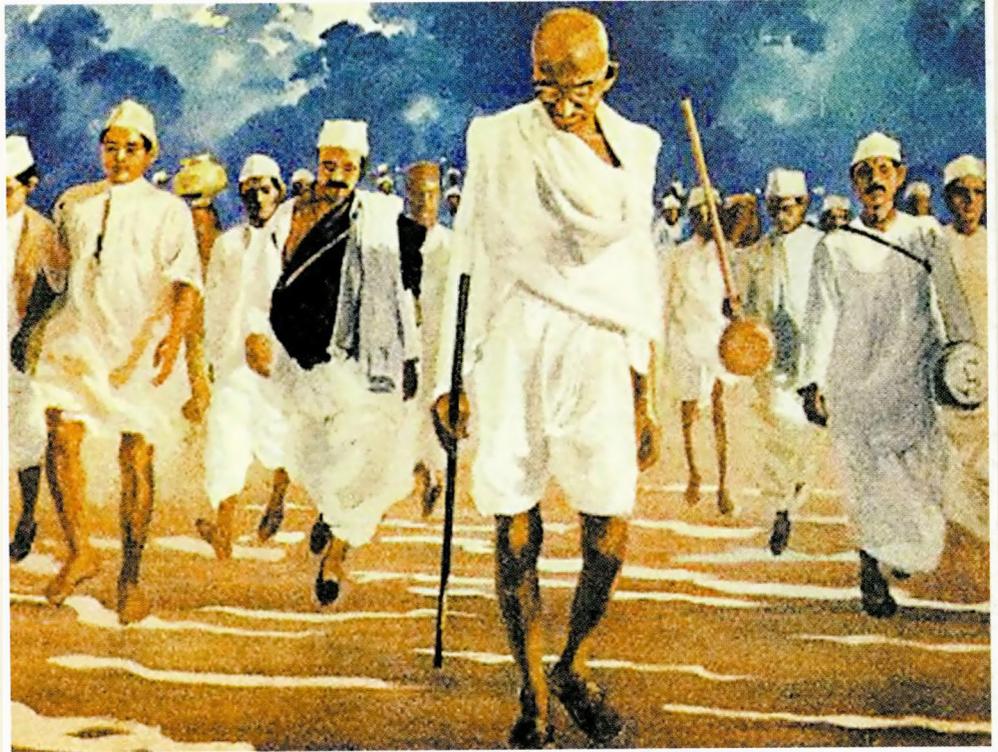
GALERIE zum Kirchentag

Was will dieser halbnackte Fakir? soll Winston Churchill überheblich über Mahatma Gandhi gesagt haben. Gandhi war alles andere als ein indischer Fakir. Er war ein besonderer »Salz«- und Friedensmensch. Salz war von alters her ein Symbol des Friedens. »Habt immer Salz bei euch und Frieden untereinander« (Mt. 9,50) sagt Jesus in der Bergpredigt zu seinen Jüngern, ganz in der Tradition des Alten Testaments. Denn »Salzbund« nannte man die besondere Friedensbeziehung Gottes zu seinem Volk. Und Mahatma Gandhi, ein Hindu, war ein Liebhaber des Bergpredigers und ein Liebhaber des Friedens. Das Motto des Ev. Kirchentages lautet: »Ihr seid das Salz der Erde«, ihr seid Menschen des Friedens. Anlässlich des Kirchentages haben wir dieses Bild von Gandhis »Salzmarsch« gewählt, das den Titel »Dandimarch« trägt, nach dem Ort, an dem er 1930 stattfand. Der Salzmarsch war sicherlich die bekannteste der vielen symbolischen Aktionen gewaltlosen Widerstandes gegen die englische Kolonialmacht in Indien. Die gesamte Episode ist in dem Film »Gandhi« des englischen Regisseurs Richard Attenborough besonders eindrücklich dargestellt. (Café zivil zeigt den Film während des Kirchentages, s. S. 8/9)

Das Bild ist dem virtuellen »Gandhi Album« im Internet entnommen. Dort finden sich noch andere Fotos, Texte und eine Biographie Gandhis. Ein interessanter Link ist auch das »Gandhi Institut for Non-violence« in Neu Delhi.

Wir sehen Mahatma Gandhi, zielstrebig nach vorne gebeugt, voller Entschlossenheit und asketischer Kraft. Mit 78 Männern aus seinem »Ashram«, seiner Lebens- und Wohngemeinschaft, machte er sich am 12. März 1930 nach den Morgengebeten zum Marsch ans Meer auf, 24 Tage lang, 12 Meilen täglich. In den Dörfern, durch die sie kamen, schlossen sich Ihnen Menschen an, aus 78 wurden mehrere Tausende. Sie erreichten das Meer. Die ganze Nacht wurde gebetet. Danach sammelte Mahatma Gandhi

Gandhi, »Der Salzmarsch«



Das Bild findet sich unter: <http://www.kamat.com/mmgandhi/dandimarch.jpg>

am Ufer ein paar Klumpen Salz auf. Dies war ein Gesetzesverstoß. Salz unterlag britischer Besteuerung und mußte damals in englischen Regierungsläden gekauft werden. Gandhi und seine Leute hatten Salz »gestohlen«. Tausende gingen nun ans Meer, taten es Gandhi nach und holten sich Salz. Diese Aktion löste Salzmärsche im ganzen Land aus. Viele Salzwerke wurden gewaltfrei besetzt. Die Gesetzesbrecher wurden niedergeknüppelt und verhaftet. Die Gefängnisse des englischen Vizekönigs füllten sich mit 60 000 Gesetzesbrechern. Es war ein Akt zivilen Ungehorsams mit hohem praktischem und symbolischem Wert. Der Salzmarsch demonstrierte das »neue Instrument einer friedlichen Militanz« (E. Ericson)

Gandhi verband Gewaltverzicht mit dem Widerstand gegen Unrecht. Um sein Ziel zu erreichen, setzt dieser »gewaltfreie Krieger« nicht auf Präzisionswaffen. Er bombardiert keine zivilen und militärischen Einrichtungen. Er greift nicht zur Gewalteskation. Er setzt gegen Menschenrechtsverletzungen »Sathyagraha«, die Spiritualität der Gewaltlosigkeit.

Harald Wagner